III. Erwartungshorizonte und Reisevorbereitung

In diesem Kapitel wird analysiert, welche Vorstellungen und welches Wissen die behandelten Linksintellektuellen über die Sowjetunion hatten, bevor sie ihre Reise dorthin antraten. Es geht also um Erwartungshorizonte, die, so die eingangs erläuterte Hypothese[1], Einfluss auf den Wahrnehmungsprozess haben können. Im Folgenden werden drei Felder unterschieden, die prägend wirkten: Zunächst wird darauf eingegangen, welche kontextuellen Faktoren wesentlich für das Interesse an der Sowjetunion waren. In einem zweiten Schritt wird – ausgehend von der untersuchten Personengruppe – dargestellt, welche Sowjetunionbilder und Interpretationen für das linksintellektuelle Milieu insgesamt relevant waren. Der dritte Abschnitt schließlich zeichnet nach, welche Informationen über die Sowjetunion die Autoren im Zuge ihrer aktiven Reisevorbereitungen sammelten. Dabei ist in diesem Kapitel insbesondere der Frage nachzugehen, inwieweit der oftmals gegen linke Sympathisanten erhobene Vorwurf überzogener und unrealistischer Erwartungen an die Sowjetunion zutreffend ist[2].

A. Der Ausgangspunkt des Interesses: Die eigene Situation

Bei fast allen behandelten Intellektuellen kann aus den Reiseberichten und aus anderen Quellen abgelesen werden, dass die Einschätzung der eigenen Situation ein wichtiger Ausgangspunkt für das Interesse an der Sowjetunion und grundlegend für die damit verbundenen Erwartungen war. Von zentraler Bedeutung ist hierbei zum einen das extreme Krisenbewusstsein im Hinblick auf die „westliche Welt", durch das die Haltung der meisten Autoren gekennzeichnet war[3]. Zum anderen ist in diesem Zusammenhang im Falle einiger Reisender auch die konkrete, persönliche Lebenssituation wesentlich.

1. Enttäuschung und Krisenbewusstsein

Im Dezember 1931 schrieb Jean-Richard Bloch, der zu diesem Zeitpunkt noch kein erklärter *Compagnon de route* war, einen langen Brief an Romain Rolland, in

[1] Vgl. hierzu oben S. 4f.

[2] S. etwa Pforte: Rußland-Reiseberichte aus den 20er Jahren als Quellen historischer Forschung, S. 31; Uhlig: Utopie oder Alptraum?, S. 45f. u. 409f.; Golubev: „Osnovnaja cel' ego priezda …" [„Das wesentliche Ziel seiner Reise hierher …"], S. 135; Hourmant: Au pays de l'avenir radieux, S. 179–188; Hollander: Political pilgrims, S. 7–16.

[3] Zur Einordnung Deutschlands als Teil der „westlichen Welt" durch die behandelten Linksintellektuellen vgl. Abschnitt V.A.3.

dem er gravierende Befürchtungen für die Zukunft der Menschheit zum Ausdruck brachte:

„[Q]uand j'écris ce mot, je me représente l'immense nuage noir en forme de dragon qui monde l'horizon et menace de s'étendre sur la terre. Et je [me demande] s'il subsistera, dans six mois, une Europe, une société, un lecteur … Mais qu'importe! J'aime à me représenter le dernier Adam travaillant encore, une heure avant la destruction finale, – connue de lui. […] Quand tout cela sautera-t-il? Demain? En février? En mars? Avons nous encore une semaine, un trimestre, une demi-année? Tel est mon état d'esprit. Ce n'est pas précisément du désespoir. Ma nature ne me porte pas au désespoir. C'est une forme de non espérance qui s'apparente à l'atmosphère du Purgatoire chrétien. […] Chacun, chaque parti, chaque peuple, chaque race, chaque continent, crie: moi! moi! […] L'esprit grince des dents, les cœurs sanglotent […]. Tout le monde a peur, les Français ont peur des Allemands, les Allemands ont peur des Juifs, les [Slavons] ont peur des Italiens, les Anglais ont peur des Français, l'Amérique a peur de l'Europe, l'Europe a peur de ses colonies, les colonies ont peur de l'Europe, la Chine a peur du Japon, le Japon a peur de la Russie, la Russie a peur du monde entier, les pacifistes ont peur des révolutionnaires, les révolutionnaires des pacifistes, les bellicistes ont peur des uns et des autres, et moi j'ai peur pour mon travail et pour mes enfants."[4]

Rolland, der sich seit den frühen 1930er Jahren immer mehr dem Kommunismus zuwandte, antwortete ihm wenige Tage später in weitaus weniger pathetischem und sehr viel optimistischerem Ton:

„[J]e ne vois pas venir le nouvel an, avec les mêmes soucis que vous. […] Je ne crois pas que le monde entier soit en proie à la panique dont vous parlez. C'est l'Occident qui, brusquement, claque des dents. (Il est bien temps!) Je vous assure que les lettres que je reçois de jeunes travailleurs des usines soviétiques sont pleines de joie et de confiance."[5]

Dieser Briefwechsel, der freilich auch Hinweise auf die spezifische Situation zu Beginn der 1930er Jahre enthält, ist in vielem charakteristisch für die Stimmung eines Großteils der behandelten Personen während des gesamten Untersuchungszeitraums: Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Beginn des Zweiten lässt sich sowohl für deutsche als auch für französische Linksintellektuelle zeigen, dass ihr Interesse an der Sowjetunion und die auf sie gerichteten Hoffnungen ganz wesentlich durch das Empfinden einer gravierenden Krise im eigenen Lande bzw. allgemeiner in der gesamten „westlichen Welt" bedingt war. Diese Vorstellung hat zwar gewisse Ähnlichkeiten mit der marxistischen Rhetorik von einer Krise der „kapitalistischen Welt", sie findet sich jedoch auch bei nichtkommunistischen Autoren, die sonst keineswegs in marxschen Kategorien dachten. Das Krisenbewusstsein äußert sich in den Texten über die Sowjetunion oftmals nur vage, ist dabei jedoch häufig stark emotional aufgeladen und – vor allem was die deutschen Linksintellektuellen betrifft – nicht selten mit geradezu hasserfüllten Gefühlen gegen das eigene Land verbunden[6].

[4] Brief von Jean-Richard Bloch an Romain Rolland vom 30. Dezember 1931 aus La Mérigôte, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, Correspondance avec Jean-Richard Bloch, Bl. 318–320.

[5] Brief von Romain Rolland an Jean-Richard Bloch vom 4. Januar 1932 aus Villeneuve, BnF, Mss, Fonds Jean-Richard Bloch, Correspondance XLI, Bl. 168–170.

[6] Zu den Jahren zwischen den Weltkriegen als Krisenzeit und zu den zeitgenössischen Wahrnehmungen hierzu vgl. generell: Föllmer u. a.: Einleitung; Graf: Die „Krise" im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik; Möller: Krisen und Krisenbewußtsein in Deutschland 1920 bis 1930; Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 611 f.; Beilecke: Französische Intellektuelle und die Dritte Republik, S. 214–216 u. 320–324; Peukert: Die Weimarer Republik, insbes. S. 266–271.

a) Der Erste Weltkrieg und die Furcht vor einem neuen Krieg

Als Ausgangspunkt dieses Krisengefühls erscheint im Falle zahlreicher behandelter Autoren das Trauma des Ersten Weltkriegs[7]: Dessen Grausamkeiten und das – wie es vielfach gesehen wurde – Ausbleiben eines radikalen Neuanfangs nach dem Krieg markierten für viele den definitiven Bankrott der europäischen Zivilisation. Diese Sicht findet sich bei Deutschen wie auch Franzosen und scheint dabei weitgehend unabhängig von der politischen Ausrichtung innerhalb der Linken gewesen zu sein. Von größerer Bedeutung war offensichtlich das generationell bedingte persönliche Erleben des Weltkrieges: Rund zwei Drittel der untersuchten Personen – 18 Deutsche und 15 Franzosen – waren unmittelbar ins Kriegsgeschehen involviert gewesen und hatten dessen Gräuel aus nächster Nähe miterlebt[8].

Besonders präsent ist die Folie des Ersten Weltkriegs bei den Reisenden der Bürgerkriegszeit und der frühen 1920er Jahre. Doch auch später enthalten die Texte über die Sowjetunion immer wieder Hinweise auf die Jahre 1914 bis 1918, wobei zumeist der Gedanke im Vordergrund steht, dass die (west)europäischen Länder sich – im Gegensatz zu Russland – offensichtlich als unfähig erwiesen hätten, aus der Katastrophe des Weltkrieges zu lernen und sich in der Folge grundlegend zu ändern.

Der deutsche Journalist Alfons Paquet hegte in dieser Hinsicht während seines Moskauaufenthaltes im Sommer und Herbst 1918 noch große Hoffnungen. Er zeigte sich davon überzeugt, dass das Kriegsende in allen europäischen Ländern einen fundamentalen Neubeginn mit sich bringen müsse:

„In keinem der kriegführenden Länder werden einschneidende Umwälzungen ausbleiben, wenn einmal die Heere in ihre Heimat zurückkehren. Die Grundlagen der europäischen Zivilisation, die diesen Weltkrieg hervorbringen konnte, werden einer Revision unterzogen werden."[9]

Auch der französische Journalist René Marchand hatte nach dem Ende des „fürchterliche[n] Morden[s] […], das die Menschheit mit Blut besudelte"[10], auf eine „Wiederherstellung Europas auf der großen Basis der Menschlichkeit, der menschlichen Solidarität"[11] gehofft – musste aber bereits 1919 feststellen, dass das „absolute Vakuum [an] Ideen […], das Fehlen jeglicher Prinzipien und die wilde Opposition der Geldinteressen der Finanzgruppen" jede Aussicht auf einen wirklichen Neuanfang zunichte machte:

[7] Vgl. zu diesem Aspekt auch Prochasson: Les intellectuels, le socialisme et la guerre, S. 239–248. Zur Bedeutung des Fronterlebnisses für die Konversion französischer Intellektueller zum Kommunismus vgl. Kroll: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa, S. 28–41.

[8] Auf deutscher Seite handelt es sich um Barthel, Friedländer, Goldschmidt, Graf, Gumbel, Heller, Holitscher, Jung, Kersten, Kisch, Paquet, Renn, Roth, Siemsen, Toller, Vogeler, Wegner und Wolf – wobei Holitscher und Paquet als Kriegsberichterstatter fungierten, Wegner und Wolf als Krankenpfleger bzw. Truppenarzt. Von den behandelten Franzosen nahmen Aragon, Barbusse, Bloch, Duhamel, Durtain, Freinet, Guilbeaux, Marchand, Moussinac, Pelletier, Vaillant-Couturier, Vildrac, Viollis, Weiss und Wullens am Krieg teil; von ihnen waren Duhamel, Durtain, Pelletier, Viollis und Weiss im medizinischen Bereich tätig.

[9] Paquet: Im kommunistischen Rußland, S. 83f.

[10] Marchand: Warum ich mich der sozialen Revolution angeschlossen habe, S. 24.

[11] Ebd., S. 59.

„Von den edlen Gedanken, den hohen Prinzipien, in deren Namen man zu uns sprach, und um deretwillen wir nur zugehört hatten, blieb nur ein zaghaftes Echo zurück, das immer seltener aufklingt."[12]

Allein dem sowjetischen Russland schien es in den Augen vieler Linksintellektueller gelungen zu sein, die Last des Weltkrieges zu überwinden: So sah etwa Maurice Wullens in der Tatsache, dass die Bolschewiki es als Erste gewagt hatten, die „grande boucherie" zu beenden, „leur plus beau titre de gloire et impérissable"[13]. Und auch Heinrich Vogeler erschien das sowjetische Beispiel „wie ein leuchtender Stern im Chaos des Völkermordens": Nur Sowjetrussland hätte „den unerhörten Mut" gehabt, „den europäischen Bankerott bei sich selber anzutreten, alle alten Schulden des vergangenen Systems zu streichen und ein Aufklärungs- und ein Wirtschaftssystem als Weg zum Sozialismus aufzubauen"[14]. Auch noch in den späten 1920er Jahren bestand für manche Autoren die Attraktion der Sowjetunion vor allem in diesem Mut zum Neuanfang – so etwa für Armin T. Wegner, der in seinem Reisebericht emphatisch die Hinwendung zur Sowjetunion rechtfertigte, obwohl sich dies kaum mit seinem radikalen Pazifismus vereinbaren ließ[15]:

„Ich sehe, dass ich verehren muß, was ich solange verflucht habe; denn wenn die Enttäuschung des Krieges groß gewesen ist – viel größer war jene, die nach ihm kam. Ich sah die ungerechten Verurteilungen in den Ländern, die fortfuhren, die Leiber und Seelen der Menschen zu foltern, die neuen Kriege, die sich noch unsichtbar hinter der Stirnhaut im Gehirne der Staaten vorbereiten."[16]

Ebenso spielte in den 1930er Jahren das Gefühl noch immer eine Rolle, die Welt hätte die menschengemachte Katastrophe des Ersten Weltkriegs nicht hinreichend verarbeitet – so etwa bei dem französischen Schriftsteller Jean-Richard Bloch, der zum 20. Jahrestag des Kriegsausbruchs während seiner Sowjetunionreise folgende Gedanken festhielt:

„Il faut venir en U.R.S.S. pour prendre, comme je vous le disais, un second recul. Et alors on s'aperçoit que la question n'est pas de juger, condamner ou absoudre nos actes de 1914, mais bien plutôt de savoir ce qu'il faut faire pour leur donner leur suite légitime, en tirer toutes les conséquences. […] Dans le reste du monde – et dans les pays fascistes plus encore qu'ailleurs – l'ancien combattant a bénévolement restitué le pouvoir aux hommes mêmes qui portaient la responsabilité de la guerre et aux puissances qui avaient rendu 1914 possible. En U.R.S.S., le pouvoir leur a été repris. Il ne leur sera pas rendu. Il ne le sera jamais. Ou bien c'est que nous serons des misérables."[17]

Der beklemmende Eindruck, dass sich im Prinzip kein Land außer der Sowjetunion tatsächlich grundlegend – in seinen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen – geändert habe, musste fast zwingend die Befürchtung mit sich bringen, dass die „westliche" Zivilisation jederzeit wieder einen ebenso grausamen Krieg hervorbringen könne. Diese Angst vor einem neuen

[12] Ebd.
[13] Wullens: Paris – Moscou – Tiflis, S. 68.
[14] Vogeler: Reise durch Rußland, S. 21. Vgl. ähnlich auch Guilbeaux: Wladimir Iljitsch Lenin, in: Die Weltbühne 20 (1924), S. 163.
[15] Zu Wegners Pazifismus und zur ambivalenten Haltung vieler Pazifisten zur Sowjetunion vgl. ausführlicher Abschnitt III.B.4.
[16] Wegner: Fünf Finger über dir, S. 305f.
[17] Bloch: Lettre, S. 342f.

Krieg zeigte sich bei einigen der untersuchten Autoren schon in den 1920er Jahren, sehr viel stärker und verbreiteter war sie jedoch im darauffolgenden Jahrzehnt, als die Spannungen im „gewitterschwangeren" Europa[18] immer offensichtlicher und bedrohlicher wurden[19].

Bei einigen Autoren – es handelt sich hierbei überwiegend um Kommunisten oder erklärte Sympathisanten der Sowjetunion – hatte diese Furcht vor einem neuen Krieg eine besondere Prägung, die im Wesentlichen mit den Vorgaben der sowjetischen Propaganda übereinstimmte[20]. In den Augen dieser Intellektuellen war die Sowjetunion besonders gefährdet, das erste Opfer des heraufkommenden Krieges zu werden, da sie durch ihre bloße Existenz die „kapitalistische Ordnung" in Frage stelle. Gerade dies aber würde für die Menschheit den „Rückfall in tiefste Barbarei"[21], den „Untergang der europäischen Zivilisation", ja „der gesamten Kultur"[22] bedeuten – sei doch die Sowjetunion das einzige Land, das einen wirklichen Neubeginn gewagt habe, der Kriege in Zukunft unmöglich machen sollte[23].

b) Die wirtschaftliche Krise der kapitalistischen Länder und die Bedeutung des Jahres 1929

Ein weiterer, zentraler Faktor, der das Krisenbewusstsein vieler behandelter Linksintellektueller enorm verschärfte und die Sowjetunion wiederum als leuchtendes Beispiel für die Möglichkeit eines alternativen Weges erscheinen ließ, bestand in der wirtschaftlichen Krise der kapitalistischen Länder, die in den Jahren ab 1929 bis dahin nicht gekannte Ausmaße erreichte. Die ökonomischen Entwicklungen in der Sowjetunion, insbesondere die vermeintlichen Erfolge des 1927 beschlossenen Ersten Fünfjahresplans, wurden von zahlreichen Autoren primär vor der Folie der zunehmend problematischen wirtschaftlichen Situation im eigenen Lande perzipiert.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise waren freilich in Deutschland deutlich früher zu spüren als in Frankreich und faktisch sehr viel gravierender – und dies spiegelt sich auch im Krisenempfinden der untersuchten Personen wider, das in dieser Hinsicht auf deutscher Seite erheblich ausgeprägter war als auf französischer. Zwar lässt sich aufzeigen, dass auch eine Reihe von Franzosen in den 1930er Jahren den wirtschaftlichen Aufschwung in der Sowjetunion vor allem vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise sah – teilweise sogar schon bevor diese Frankreich erfasst hatte. Jedoch sind die Hinweise hierauf in den analysierten Texten seltener und zumeist weniger dringlich[24].

[18] Wolf: Die Sowjetkunst und die Werktätigen, S. 286.
[19] Vgl. für weitere Beispiele Aragon: D'Alfred de Vigny à Avdeenko, S. 808; Duhamel: Le voyage de Moscou, S. 258; Heller: wladi wostok!, S. 299; Stöcker: Zum 7. November 1932; Weiskopf: Russland registriert, S. 9.
[20] Vgl. hierzu Abschnitt III.B.2.a).
[21] Stöcker: Rußland und der Weltfriede, S. 49.
[22] So Toller auf dem Reichsgründungskongress des BdFSU. Vgl. Protokoll des Reichsgründungskongresses des BdFSU am 4. November 1928, AdK, Sammlung Leipzig, SSA/F/23, Bl. 6.
[23] Vgl. ähnlich beispielsweise Aragon: Aux intellectuels révolutionnaires; Friedmann: De la Sainte Russie à l'U.R.S.S., S. 195 u. 238f.; Rolland: Retour de Moscou, in: ders.: Voyage à Moscou, S. 216; Heller: Auf zum Baikal, S. 42; Wolf: Mit eigenen Augen in der Sowjetunion, S. 355.
[24] Vgl. beispielsweise den Brief von Louis Aragon an Romain Rolland vom 19. Juni 1933 aus Paris, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, Correspondance avec Louis Aragon; Friedmann: Problèmes du machinisme, S. 9; Gramont: Le chemin de l'U.R.S.S., S. 162; Vaillant-Couturier: Les bâtisseurs de la vie nouvelle, Bd. 3, S. 6 u. 8.

Kaum ein Deutscher hingegen, dessen Reisebericht nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erschien, betonte darin nicht direkt oder indirekt die steigenden Arbeitslosenzahlen und die erschreckend hohen Selbstmordraten in Deutschland[25]. Zusätzlich noch verstärkt wurde die Einsicht in die dramatischen Ausmaße der ökonomischen Probleme der „westlichen Welt" bei einigen Deutschen durch die Tatsache, dass sie sich selbst in einer schwierigen finanziellen Situation befanden[26]. Die Verzweiflung, mit der nach Lösungen oder alternativen Wegen gesucht wurde, war somit auf deutscher Seite weitaus größer. Die desaströse Lage im eigenen Land verlieh hier der kommunistischen Interpretation einige Überzeugungskraft, nach der sich „das kapitalistische System" bereits „in letzten Fieberkrämpfen" winde und „seinen Totenschein in der Tasche" trage[27].

c) Der Aufstieg des Faschismus und die Bedeutung des Jahres 1933

Ebenso zentral für das Krisenempfinden vieler behandelter deutscher, aber auch französischer Linksintellektueller war das Erstarken des Faschismus in Europa, wobei freilich die größte Aufmerksamkeit stets den Entwicklungen im eigenen Lande galt. Für Kommunisten bildete der Antifaschismus bereits seit der ersten Hälfte der 1920er Jahre ein zentrales Element des Selbstverständnisses; allerdings war er – vor allem aufgrund der unterschiedlichen politischen Kontexte – seit Ende der 1920er Jahre für KPD und PCF nicht in gleicher Weise prägend. Während der kommunistische „Antifaschismus" in Deutschland schon vor Hitlers Machtergreifung mit der von der Komintern diktierten Sozialfaschismusthese stark akzentuiert war, erlangte er in Frankreich erst während der Volksfrontjahre eine erhebliche Durchschlagskraft[28].

Bei einigen der behandelten Autoren zeigte sich die Furcht vor einem „Sieg des faschistischen Gedankens"[29] bereits seit den späten 1920er Jahren, und schon zu diesem Zeitpunkt bezeichneten manche – vor allem kommunistische und sympathisierende – Intellektuelle die Sowjetunion als einzigen wirklich ernst zu nehmenden Widersacher. Ganz in diesem Sinne schrieb beispielsweise Henri Barbusse im Februar 1928 an den damals dem Kommunismus noch kritisch gegenüberstehenden Romain Rolland:

„Enfin on ne peut pas empêcher une évidence: la théorie communiste et l'incarnation que s'efforce de lui donner contre vents et marées l'état prolétarien de l'U.R.S.S., constitue tout de même la formule anti-fasciste par excellence."[30]

[25] Vgl. beispielsweise Siemsen: Rußland ja und nein, S. 5; Gumbel: Moskau 1932, S. 591; Kisch: Zwischen zwei Silvestern, S. 302. S. auch Klaus Mann: [Über Planwirtschaft und Sozialismus].
[26] Vgl. hierzu unten S. 142f.
[27] Wolf: Mit eigenen Augen in der Sowjetunion, S. 351.
[28] Zum kommunistischen „Antifaschismus" zwischen den Weltkriegen vgl. ausführlich Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie; Furet: Le passé d'une illusion, S. 349–514; Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 527–574; sowie Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 259–264. Zur Politik der KPD gegenüber den deutschen Sozialdemokraten in den Jahren 1929 bis 1933 vgl. Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie, S. 13–79. Zur Bedeutung des Antifaschismus für die Konversion französischer Intellektueller zum Kommunismus in den 1930er Jahren s. Kroll: Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa, S. 71–75.
[29] So Toller auf dem Reichsgründungskongress des BdFSU. Protokoll des Reichsgründungskongresses des BdFSU am 4. November 1928, AdK, Sammlung Leipzig, SSA/F/23, Bl. 5.
[30] Brief von Henri Barbusse an Romain Rolland vom 13. Februar 1928 aus Miramar par Théoule, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, correspondance avec Henri Barbusse, Bl. 84f.

Diese Interpretation entwickelte sich in den Folgejahren vor allem auf deutscher Seite immer mehr zu einem im linken Milieu allgemein akzeptierten Topos, zu dem es schließlich infolge der Ereignisse seit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kaum noch Alternativen zu geben schien. „[J]eder spürt jetzt deutlich: es gibt nur noch diese 2 Fronten", schrieb Wolf schon gegen Jahresende 1931, kurz nach seiner Sowjetunionreise, an Moskauer Bekannte: „Nazis und Kommunisten, und die Entscheidung wächst rasend schnell uns entgegen"[31].

Hitlers Machtergreifung zwang nahezu alle der behandelten Deutschen ins Exil, was in der Regel eine erhebliche Verschlechterung der persönlichen Lage mit sich brachte[32]. Von diesem Zeitpunkt an wurde die Interpretation der Sowjetunion als stärkster Gegner des Faschismus mehr und mehr auch von nichtkommunistischen und bis dahin der Sowjetunion eher kritisch gegenüberstehenden Autoren übernommen[33] – so beispielsweise von Klaus Mann, der sich als einer der ersten deutschen Intellektuellen für ein Bündnis aller linken Kräfte gegen den Faschismus aussprach: Der „verabscheuungswürdige Zustand", in dem sich Deutschland befände, so Mann, erlaube es nicht mehr, „durch intellektuelle Nuancen" die „Stellungnahme [zu] komplizieren oder unklar werden [zu] lassen"[34]. Die Gegnerschaft gegen Hitlerdeutschland lief in dieser Perspektive fast automatisch auf ein Bekenntnis zur Sowjetunion hinaus, die als einzige dazu bereit und in der Lage sei, den Faschismus daran zu hindern, „seinen Krieg gegen eine schlechtbewaffnete Welt zu beginnen"[35]. Zu diesem Schluss kam letztlich auch Rolland, der 1934 in einem Brief an den mit ihm befreundeten Gandhi seine Hinwendung zur Sowjetunion mit der faschistischen Gefährdung Europas rechtfertigte:

„The most commanding duty for those of us Europeans who remain free and irreconcilably opposed to imperialism and Fascism is thus to defend the USSR, which is the indispensable basis for all hopes of social reconstruction."[36]

Wiederum gilt auch hier, dass die Bedrohung zwar von deutschen und französischen Linksintellektuellen gleichermaßen ernst genommen wurde, dass jedoch Deutsche hiervon bereits in den 1920er Jahren, insbesondere dann aber nach 1933, weitaus existenzieller betroffen waren als Franzosen. Zwar konstatierten auch französische Autoren mit großer Besorgnis die Aktivitäten rechtsextremer Bewegungen in ihrem Land, die spätestens seit dem 6. Februar 1934 von niemandem mehr ignoriert werden konnten. Doch die Lage der deutschen Exilanten war aufgrund ihrer persönlichen Betroffenheit um ein Vielfaches verzweifelter, die Hoffnungen, die sie auf die Sowjetunion richteten, – zumindest zunächst – größer.

[31] Brief von Friedrich Wolf an das *INTER-BÜRO für revolutionäre Literatur* in Moskau [o. D., o. O.], AdK, Sammlung Leipzig, IfW/F/174–211. Zu Wolfs antifaschistischem Engagement vgl. Haarmann: „Pour vaincre les ennemis, il faut de l'audace, encore de l'audace et toujours de l'audace!"

[32] Vgl. Möller: Exodus der Kultur, S. 55f.

[33] Zur Bedeutung des Antifaschismus während der Volksfront-Ära vgl. allgem. Caute: The fellow travellers, S. 132–184.

[34] S. Grunewald: André Gide – Klaus Mann, S. 598.

[35] Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 52.

[36] Brief von Romain Rolland an Mahatma Gandhi vom 4. April 1934 aus Villeneuve, in: Rolland u. Gandhi: Correspondance, S. 302–305, hier S. 303.

d) Die Enttäuschung über die westlichen Demokratien und der hoffnungsvolle Blick nach Osten

Angesichts dieser soeben skizzierten Elemente der Krisenwahrnehmung – die Furcht vor einem neuen Krieg, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und vor dem Sieg des Faschismus – scheint sich bei einem Großteil der untersuchten Autoren der Eindruck verfestigt zu haben, dass politisches System und geistige Grundlagen der westlichen Demokratien letztlich nicht in der Lage seien, die enormen Probleme der Zeit zu bewältigen.

Bei zahlreichen Beobachtern auf deutscher wie auf französischer Seite war die vermeintliche Unfähigkeit der eigenen Regierungen die Folie, vor der die sowjetischen Entwicklungen wahrgenommen wurden. Allerdings muss festgehalten werden, dass die Kritik an den politischen Eliten, was die Franzosen anbelangt, nur von einer eher kleinen Gruppe kommunistischer Autoren in der gleichen Härte und Grundsätzlichkeit formuliert wurde, wie es unter den Deutschen auch ein bedeutender Teil der Sympathisanten und sogar der nicht näher an die kommunistische Bewegung gebundenen Intellektuellen tat: Demnach seien die häufig pauschal als reaktionär abgestempelten, machthabenden Politiker nicht in der Lage, den als katastrophal perzipierten Entwicklungen prinzipielle Lösungen entgegenzusetzen, ihr scheinbar hilfloses Tun liefe letztlich allein auf die Verteidigung überkommener Strukturen der Ausbeutung hinaus[37].

Auch die Aversionen gegen das parlamentarische System traten auf deutscher Seite massiver zutage als auf französischer. So sprach beispielsweise Marchand, der sich den Bolschewiki angeschlossen hatte, eher vorsichtig vom „verbrauchten Parlamentarismus“[38] oder der Anarchist Mauricius mit einem gewissen Humor von „réunions de politiciens tarés, bavards et baveux“[39]. Vaillant-Couturier betonte nachdrücklich seine „aversion pour le Parlement“, konnte sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass er mit dieser grundsätzlichen Haltung innerhalb der französischen Linken weitgehend allein dastehe[40]. Demgegenüber war die Ablehnung des parlamentarischen Systems auf deutscher Seite deutlich verbreiteter. Zahlreiche Intellektuelle – und zwar der kommunistischen Bewegung nahestehende ebenso wie politisch unabhängigere Autoren – äußerten sich hier sehr kategorisch: So monierte schon in den frühen 1920er Jahren Paquet, die „Demokratien des Westens“ seien „äußerlich geschmückt mit den Symbolen der Revolution“, aber „innerlich von Gegenrevolution gesättigt“[41]; sie lieferten, so Kersten, „heterogensten Machtgruppen“ immer wieder „die besten Werkzeuge“, um die Unter-

[37] Vgl. für Frankreich beispielsweise Barbusse: Voilà ce qu’on a fait de la Géorgie, S. 153; zu Deutschland: Roth: Reise in Rußland, S. 180; Stöcker: Rußland und der Weltfriede, S. 48; Rede Tollers in: Protokoll des Reichsgründungskongresses des BdFSU am 4. November 1928, AdK, Sammlung Leipzig, SSA/F/23, Bl. 5.

[38] Marchand: Warum ich mich der sozialen Revolution angeschlossen habe, S. 34.

[39] Mauricius: Au pays des soviets, S. 252. S. für weitere Beispiele Pelletier: Mon voyage aventureux, S. 62; Vaillant-Couturier: Un mois dans Moscou la Rouge, S. 111.

[40] „Je ne pense pas qu’il ait dans toute cette ‚gauche‘ ou pseudogauche un seul camarade qui pousse aussi loin que moi son aversion pour le Parlement …“ Brief von Paul Vaillant-Couturier an Grigorij E. Zinov’ev vom 18. November 1921 aus Paris, in: Dialogue d’écrivains, S. 31–33, hier S. 32.

[41] Paquet: Rom oder Moskau, S. 132. Vgl. auch ders.: Der Geist der russischen Revolution, S. 40 u. 97.

drückung der „Massen“ fortzuführen[42]. Gegen Ende der 1920er Jahre stellten Toller und Stöcker übereinstimmend fest, die „Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte“ hätten gelehrt, dass es falsch sei, sich auf „die Parlamente“ zu verlassen[43]. Und in den frühen 1930er Jahren schließlich kam Gumbel zu dem Ergebnis, der „demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus“ habe „in eine Sackgasse geführt“ – und „[v]or diesem Hintergrund [hebe] sich Rußland hell ab“[44].

Das in den analysierten deutschen Texten aufscheinende Bild der Weimarer Republik verweist somit darauf, dass die Erwartungen an einen Systemwechsel nach Kriegsende hier vielfach radikaler und weitergehender gewesen waren als die Errungenschaften der Novemberrevolution – die dementsprechend häufig als gescheitert angesehen wurde. Auffallend ist der immer wieder aufscheinende Hass gegen die SPD, die letztlich für das „Scheitern“ der Revolution mitverantwortlich gemacht und als Verräterin der Arbeiterklasse gesehen wurde[45]. Zudem schienen verschiedene Entwicklungen in der Weimarer Republik eine Einschätzung des neuen Staatswesens als reaktionär immer wieder zu rechtfertigen: Vor allem die in der Tat problematische Praxis der Weimarer Justiz, politisch motivierte Straftaten linker Extremisten ungleich härter zu ahnden als jene rechter Extremisten, rief bei zahlreichen Autoren starke Antipathien hervor[46]. Insgesamt wirkt somit die Abneigung vieler Deutscher gegen das politische System ihres Landes sehr viel heftiger und emotionsgeladener als auf französischer Seite.

Neben diesen vor allem auf das politische System bezogenen Bemerkungen findet sich bei deutschen und französischen Reisenden häufig auch eine generelle und eher vage Kritik an den geistigen Grundlagen der deutschen bzw. französischen Gesellschaft. Auch hier entsteht der Eindruck, dass viele deutsche Linksintellektuelle sehr viel enttäuschter und hasserfüllter gegen ihr Land waren als die meisten Franzosen[47]. Zwar äußerten auch Franzosen mit Blick auf die Entwicklungen im eigenen Lande immer wieder Besorgnis oder Ratlosigkeit, erschien doch manchem die eigene Zivilisation lediglich als „fourmillement tournant sans cesse à vide[48]. Aber es scheint hier auch viele gegeben zu haben, die wie Georges Duhamel glaubten, dass das „westliche“ Europa – „ce grand corps malade“[49] – trotz allem noch nicht verloren sei: „[M]algré ses erreurs, malgré ses fautes, notre civilisation occi-

[42] Vgl. Kersten: Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, S. 148.
[43] Zitat bei Stöcker: Rußland und der Weltfriede, S. 48. Vgl. auch die Rede Tollers in: Protokoll des Reichsgründungskongresses des BdFSU am 4. November 1928, AdK, Sammlung Leipzig, SSA/F/23, Bl. 5.
[44] Gumbel: Moskau 1932, S. 400.
[45] Vgl. beispielsweise Vogeler: Reise durch Rußland, S. 7f.
[46] Das Problem der Parteilichkeit der Weimarer Justiz wird in den hier untersuchten Texten beispielsweise genannt von Kersten: Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, S. 146f.; Siemsen: Rußland ja und nein, S. 119f.; Brief von Heinrich Vogeler an seine Mutter Marie Louise Vogeler vom Juni 1924 [aus der Sowjetunion], in: Vogeler: Briefe, S. 402–404, hier S. 402; Wolf: Mit eigenen Augen in der Sowjet-Union [Manuskript], AdK, Friedrich Wolf, 129/13/1-2. Das Thema spielte auch für Gumbel und Toller eine wichtige Rolle. Vgl. hierzu Jordan: Objektivität, Engagement und Literatur.
[47] Zum deutschen und französischen Selbstverständnis s. auch die in Abschnitt V.A.3. beschriebenen Autostereotyen.
[48] Marx: C’est la lutte finale!, S. 240. Vgl. auch Durtain: L’autre Europe, S. 271; sowie Texte officiel de l’entretien de Staline avec Romain Rolland, S. 238.
[49] Duhamel: Entretien sur l’esprit européen, S. 14.

dentale mérite d'être sauvée"[50], betonte dieser 1927 in einem kurz nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion gehaltenen Vortrag[51] und brachte damit eine für viele französische Linksintellektuelle charakteristische Haltung zum Ausdruck[52]. Lediglich bei einigen kommunistischen Autoren war die Ablehnung der französischen oder „westlichen" Zivilisation definitiv, so etwa bei Barbusse, der in der gesamten „kapitalistischen Welt" nichts als ein „univers esclavagiste" sah[53], oder bei Vaillant-Couturier, der alle „qui vomissent la vieille culture bourgeoise" an den großen Hoffnungsträger Sowjetunion verwies[54].

Unter den behandelten Deutschen hingegen findet sich kaum einer, der trotz allem für das Modell einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild und für die damit verbundenen Werte – für die geistigen Grundlagen der Weimarer Republik also – Partei ergriffen hätte[55]: Viele scheinen vielmehr ähnlich wie Paquet empfunden zu haben, der zu dem Schluss kam, der „Westen" hätte „in diesem Zustand unseres Suchens nicht viel zu geben, außer der Aufforderung zur Selbsthilfe". „Wenn wir nach dem Westen schauen", so Paquet, „ist unsere Enttäuschung groß und abschließend"[56]. Ebenso sah auch Vogeler in der Weimarer Republik voller Verzweiflung nur noch „Korruption", „sittlichen Verfall mit dem dazugehörigen Polizeiknüppelregiment", „Verwesung", „Klassenjustiz", „Parasiten und Spitzel". „Die Ordnungsbestie triumphiert auf dem Krampf dieser sterbenden Gesellschaft. Geistlose Impotenz trägt sie und wird von ihr getragen", schrieb er voller Hass in den einleitenden Seiten zu seinem ersten Russlandbuch, um sein Interesse – „als Suchender" – an dem neuen sowjetischen Staat zu begründen[57]. Und auch Weiskopf meinte voller Abscheu, in Deutschland werde „nur noch eine bessere Vergangenheit abgebaut" – während in der Sowjetunion schon eine bessere „Zukunft im Rohbau" fertig sei[58].

Vielen der untersuchten Personen betrachteten offensichtlich – angesichts der enormen Probleme, mit denen die europäischen Länder konfrontiert waren, und angesichts des Fehlens überzeugender Lösungsansätze, die innerhalb der beste-

[50] Ebd., S. 19.
[51] Der Vortrag wurde vor einer Gruppe französischer Lehrer („instituteurs") gehalten. Vgl. ebd., S. 9.
[52] Vgl. beispielsweise auch die Rede von Aragon 1934 auf dem Moskauer Schriftstellerkongress, in der er sich für eine Wiederbelebung des französischen Kulturerbes durch das Proletariat ausspricht: Aragon: [Rede].
[53] Barbusse: Voici ce qu'on a fait de la Géorgie, S. 163.
[54] Vaillant-Couturier: Un mois dans Moscou la Rouge, S. 192.
[55] Lediglich Roth äußerte vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in der Sowjetunion deutliche, dabei jedoch auch ambivalente Affinitäten zur „westlichen" Zivilisation und Kultur. In Briefen, die er während seiner Reise verfasste, betont er, er hätte noch niemals „so stark gefühlt", dass er ein „Europäer" sei: Ein „Mittelmeer-Mensch", „Humanist" und „Renaissance-Mensch", „ein Franzose aus dem Osten", ein „Katholik mit jüdischem Gehirn". Und in seinem Reisebericht schreibt er, vorläufig sei „die geistige Physiognomie Europas" im Vergleich zur sowjetischen noch immer „interessanter" – „wenn auch ihre politische und soziale Physiognomie schauderhaft" sei. Vgl. die Briefe von Joseph Roth an Bernard von Brentano vom 26. September 1926 aus Odessa und an Benno Reifenberg vom 1. Oktober 1926 aus Odessa, in: Roth: Briefe, S. 94–96, hier S. 94f., u. S. 96–98, hier S. 98, sowie Roth: Reise in Rußland, S. 180.
[56] Paquet: Rom oder Moskau, S. 63. S. ähnlich, wenngleich etwas vorsichtiger formuliert, beispielsweise auch Stöcker: Neue Kulturträger in Rußland, S. 63.
[57] Alle Zitate bei Vogeler: Reise durch Rußland, S. 5.
[58] Weiskopf: Zukunft im Rohbau, S. 299.

henden Systeme realisierbar erschienen, – die Sowjetunion als letzten großen Hoffnungsträger im „untergehenden Europa“[59]. Dieses Gefühl wurde mit der Zunahme der Krisenerscheinungen in Deutschland und – in abgeschwächter Form – auch Frankreich immer stärker und erreichte insgesamt betrachtet wohl in den Jahren 1933 bis 1935 seinen Höhepunkt, bevor der Große stalinistische Terror diese Sicht der Sowjetunion nach und nach unter Teilen der deutschen und französischen Linken wieder in Frage zu stellen begann. „[D]as dort drüben ist das Einzige“[60], schrieb Klaus Mann 1934 kurz nach seinem Moskauaufenthalt an seine Mutter – das Einzige, das für die Zukunft Hoffnung geben könne, wie er in seinem Moskau-Aufsatz präzisierte[61]. Und ebenso betonte Rolland ein Jahr später, wie wichtig der Fixpunkt Sowjetunion für viele geworden sei:

„Au milieu d’un monde affolé, sans direction, sans but, prêt et livré à toutes les aventures, la grande ruche soviétique, tout occupée de son miel, offre un spectacle tranquillisant.“[62]

Die psychologische Bedeutung der Sowjetunion als Hoffnungsträger und Orientierungspunkt in der schwierigen Situation der 1930er Jahre zeigt sich auch an der Verzweiflung jener Linksintellektueller, die sich nach ihren Sowjetunionaufenthalten enttäuscht vom „neuen Russland“ abwandten: „Moi, j’ai le sentiment de jouer aux dés ce que je possède de plus précieux, d’irremplaçable – et de perdre“[63], notierte der frühere Kommunist Pierre Herbart hoffnungslos in seinem 1937 publizierten Reisebuch. Von ähnlicher Niedergeschlagenheit zeugt auch ein Tagebucheintrag André Gides, der 1935 noch über die UdSSR geschrieben hatte: „toi grâce à qui mon cœur peut se gonfler à nouveau d’espérance“[64]. Nach seiner Sowjetunionreise waren alle diese Hoffnungen zerstört, und er vermerkte rund zwei Jahre später, kurz nachdem er seine „Retouches à mon retour de l’U.R.S.S.“ in den Druck gegeben hatte, in seinem Tagebuch:

„Je ne vois partout que détresse, désordre et folie; que justice bafouée, que bon droit trahi, que mensonge. Et je me demande ce que la vie pourrait bien encore m’apporter, qui m’importe. Qu’est-ce que tout cela signifie? À quoi tout cela va-t-il aboutir, et le reste? Dans quel gâchis absurde l’humanité s’enfonce! Comment et par où s’évader?“[65]

Die Verzweiflung angesichts der Entwicklungen in Europa, so lässt sich abschließend zusammenfassen, erscheint somit für fast alle untersuchten Personen als wesentlicher Ausgangspunkt ihres Interesses an der Sowjetunion: Sie hofften hier den Beweis für die Existenz möglicher Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem und zur Staatsform der parlamentarischen Demokratie zu finden und tendierten oftmals dazu, die Sowjetunion primär vor der Folie der zunehmend krisenhaften Verhältnisse in Deutschland bzw. Frankreich zu perzipieren. Je größer dabei die auf die Sowjetunion gerichteten Hoffnungen waren, desto mehr

[59] Holitscher: Grußschreiben an den Kongreß der sowjetischen Schriftsteller.
[60] Brief von Klaus Mann an Katia Mann vom 30. August 1934 aus Finnland, in: Mann: Briefe und Antworten, S. 195–197, hier S. 196.
[61] Vgl. Mann: Notizen in Moskau, S. 26f.
[62] Rolland: Retour de Moscou, in: ders.: Voyage à Moscou, S. 221. Vgl. ähnlich auch Bloch: Anniversaire d’Octobre, S. 403; Feuchtwanger: Ce qui signifie pour moi l’Union soviétique, S. 103.
[63] Herbart: En U.R.S.S., S. 82.
[64] André Gide: Adresse aux jeunes gens de l’U.R.S.S., S. 388.
[65] Tagebucheintrag vom 13. Mai 1937, André Gide: Journal, S. 556.

Mut war erforderlich, um dem „neuen Russland“ dennoch unvoreingenommen und kritisch zu begegnen und diese Erwartungen gegebenenfalls zu korrigieren.

2. Persönliche Gründe für Affinitäten zur Sowjetunion

Bei einigen der untersuchten Personen lassen sich neben den allgemeinen Kontexten auch persönliche Faktoren anführen, die mitursächlich für ein besonderes Interesse an der Sowjetunion waren, unter Umständen sogar für eine betont positive Haltung zum „neuen Russland“. Diese konnten sehr unterschiedlicher Natur sein und reichten von persönlichen Bekanntschaften und Verbindungen mit kommunistischen bzw. aus der Sowjetunion stammenden Frauen bis hin zu sozialen, finanziellen oder gar justiziellen Gründen.

Für mehrere Autoren lässt sich aufzeigen, dass der Beginn des Interesses für die Sowjetunion mit persönlichen Bekanntschaften zusammenfällt[66]: Was die untersuchten Linksintellektuellen anbelangt, ist dies insbesondere für Heinrich Vogeler, Walter Benjamin, Romain Rolland und Louis Aragon der Fall. Vogeler lernte 1922 seine künftige zweite Frau Zofia Marchlewska[67] kennen, deren Vater der in Moskau lebende polnische Kommunist und Revolutionär Julian Marchlewski war – ein Mitarbeiter Lenins und seit 1922 Rektor der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) sowie Vorsitzender der *Internationalen Roten Hilfe*. Gerade um diese Zeit schloss sich Vogeler endgültig der revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft an und entwickelte ein gesteigertes Interesse für die Sowjetunion[68]; seine erste Sowjetunionreise sollte er dann 1923 zusammen mit Zofia Marchlewska antreten. Was Benjamin anbelangt, so lernte dieser 1924 auf Capri die lettische Regisseurin und engagierte Kommunistin Asja Lacis kennen, die eine wichtige Rolle für seine Hinwendung zum Marxismus spielte[69]. Wenngleich die beiden trotz ihrer „erotische[n] Bindung“[70] nie ein Paar waren – Lacis war mit dem Schauspieler und Theatertheoretiker Bernhard Reich liiert – hatte die lettische Kommunistin großen intellektuellen Einfluss auf ihn. Das Verlangen sie wiederzusehen war einer der wesentlichen Gründe, weshalb Benjamin 1926/27 nach Moskau fuhr, unter ihrer Einwirkung erwog er ernsthaft den Eintritt in die KPD[71]. Auch im Falle von Rolland scheint die Bekanntschaft mit der Russin Maria P. Koudacheva[72], mit der er seit 1930 zusammenlebte, die er 1934 heiratete und in deren Begleitung er 1935 seine Reise in die UdSSR unter-

[66] Die These, dass derartige Bekanntschaften von sowjetischen Geheimdiensten arrangiert wurden, um westliche Sympathisanten zu manipulieren, bleibt bislang ohne überzeugende Belege. Dahingehende Behauptungen finden sich etwa bei Koch: Double lives, S. 21–23, 187, 230f., 251f. Zur Rolle Koudachevas betont Stern, die umfangreiche sowjetische Archivbestände eingesehen hat, es ließe sich nicht feststellen, ob diese im sowjetischen Auftrag gehandelt habe. Vgl. Stern: Western intellectuals, S. 73.

[67] Auch Sonja genannt.

[68] Vgl. Vogeler: Werden, S. 268f.

[69] Vgl. hierzu Lacis: Revolutionär im Beruf, S. 41–51.

[70] Scholem: Vorwort, S. 14.

[71] Vgl. Romaschko: „Daß nichts so eintrifft, wie es angesetzt war“, S. 431f.

[72] Koudacheva, geborene Cuvillier, war Tochter eines russischen Vaters und einer französischen Mutter. Sie war verwitwet und in erster Ehe mit dem Prinzen Sergueï A. Koudachev verheiratet gewesen.

nahm, eine wesentliche Rolle für die zunehmenden Sowjetunion-Sympathien gespielt zu haben. Nicht außer Acht gelassen werden darf darüber hinaus, dass die Familie Koudachevas – unter anderem ihr Sohn – nach wie vor in der Sowjetunion war. Rolland musste also stets bedenken, dass seine öffentlichen Äußerungen in der aufgeheizten innenpolitischen Situation der Sowjetunion der 1930er Jahre sich unter Umständen negativ auf das Wohlergehen seiner angeheirateten Verwandten auswirken konnten. Dies wird ähnlich auch für Aragon gegolten haben, der seit 1928 die französisch-russische Schriftstellerin und Kommunistin Elsa Triolet zur Lebensgefährtin hatte[73], deren Familie – unter anderem die Schwester Lilja Ju. Brik – ebenfalls in der UdSSR lebte. Zusammen mit Triolet unternahm Aragon seine Sowjetunionreisen der Jahre 1930 und 1932/33. Allerdings kann hier wohl nicht in dem Maße von einem direkten Einfluss Triolets ausgegangen werden: Aragon war bereits 1927 als Surrealist Mitglied des PCF geworden. Seine Distanzierung vom Surrealismus freilich und die damit einhergehende Wandlung zum klar kommunistisch ausgerichteten Schriftsteller erfolgte erst in den Folgejahren[74].

Was Aragon anbelangt, muss darüber hinaus auch festgehalten werden, dass seine zunehmend bedingungslose Unterstützung für den Kommunismus offensichtlich auch aus der Gefahr der sozialen und politischen Isolierung erwachsen gewesen zu sein scheint. Unmittelbar vor seiner zweiten Sowjetunionreise, die die wesentliche Grundlage für sein Buch „Hourra l'Oural" und verschiedene kleinere Artikel darstellte[75], hatte Aragon endgültig mit den Surrealisten gebrochen – was für ihn psychologisch und menschlich einen gravierenden Einschnitt darstellte[76]. Diese „aventure" sei für ihn „assez terrible humainement" gewesen: „[Elle] m'a soudain opposé aux seuls gens au monde avec lesquels, quinze années durant, j'ai été prêt à tout", schrieb er im August 1932 traurig in einem während seiner Ural-Reise verfassten Brief an Rolland[77]. Hätte Aragon aufgrund der – nicht immer nur positiven – Erfahrungen seines achtmonatigen Sowjetunionaufenthaltes[78] nach seiner Rückkehr nach Frankreich Kritik an der Sowjetunion geübt oder sich vom Kommunismus distanziert, wäre er letztlich völlig isoliert gewesen. In etwas abgeschwächter Form gilt dies beispielsweise auch für Wilhelm Herzog, der aufgrund seiner Russlandreise im Jahr 1920 mit dem gemäßigten Flügel seiner eigenen Partei, der USPD, in Konflikt geraten war[79]. Ein negativer Reisebericht hätte ihn zu einem demütigenden Gang nach Canossa gezwungen.

[73] Das Paar heiratete allerdings erst 1939. Triolet, geborene Kagan, war in erster Ehe mit dem französischen Offizier André Triolet verheiratet gewesen, von dem sie sich 1921 trennte. In den 1920er Jahren hielt sie sich in Paris, Berlin, London und Moskau auf, bevor sie ab 1928 mit Aragon in Paris lebte. Über ihre Schwester, die Lebensgefährtin Vladimir V. Majakovskijs, Lilja Ju. Brik, hatte sie seit dem frühen 20. Jahrhundert Kontakte zur revolutionären Bewegung in Russland.

[74] Zur Frage des politischen Einflusses Triolets auf Aragon vgl. Delranc-Gaudric: Elsa Triolet et la vision politique d'Aragon.

[75] S. insbes. Aragon: Saison d'Asie; ders.: D'Alfred de Vigny à Avdeenko.

[76] Zur Bedeutung von Aragons Bruch mit den Surrealisten vgl. Desanti: Elsa – Aragon, S. 175; Stauder: Wege zum sozialen Engagement, S. 52–58; Staraselski: Aragon. La liaison délibérée, S. 81–90.

[77] Brief von Louis Aragon an Romain Rolland vom 12. August 1932 aus Nižnij Tagil, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, Correspondance avec Louis Aragon.

[78] Vgl. hierzu unten S. 429f.

[79] Vgl. Koenen: „Indien im Nebel", S. 568.

Im Falle einiger – insbesondere deutscher – Intellektueller lässt sich auch aufzeigen, dass ihr gesteigertes Interesse an der Sowjetunion vor dem Hintergrund einer finanziell, teilweise aber auch sozial problematischen persönlichen Situation entstand, die nicht nur die Antipathien gegen das eigene Land verstärkte, sondern vor allem auch den Blick für Alternativen schärfte. Dies trifft beispielsweise für Egon Erwin Kisch zu, der in einem kurz vor seiner ersten Sowjetunionreise im Winter 1925/26 verfassten Brief an die befreundete Jarmila Haasová einräumte, er hoffe, nach Russland fahren zu können, um seinem ungeliebten Berliner Leben zu entgehen:

„Überhaupt stehe ich mich [sic!] mit den Russen sehr gut und fahre vielleicht noch in diesem Monat nach Moskau, ich freue mich darauf so sehr, daß ich Angst habe, daß daraus nichts wird. Ich lebe von diesen schrecklichen Dummheiten in der ‚Montagspost', lauter alte Feuilletons, – so schlecht ist es mir in Berlin noch nie gegangen und deshalb sehne ich mich so sehr nach der Fremde."[80]

Ähnliches lässt sich auch für Gumbel sagen, dessen akademische Karriere als Mathematiker – er hatte sich 1923 in Heidelberg habilitiert – aufgrund seiner pazifistischen und linken Einstellung enorm erschwert wurde. Schon vor seiner ersten Sowjetunionreise musste er Anfeindungen von Seiten seiner Kollegen erleiden[81]. Diese Situation setzte sich nach seiner Rückkehr fort und fand schließlich 1932 mit seinem durch ein Disziplinarverfahren herbeigeführten Ausschluss von der Universität seinen Höhepunkt; auch materiell lebte Gumbel als Privatdozent unter schwierigen Bedingungen[82]. Ebenso hatte Vogeler in der Weimarer Republik mit finanziellen Sorgen zu kämpfen gehabt. In einem rund ein Jahr nach seiner Übersiedlung in die Sowjetunion verfassten Brief vom Juli 1932 an seine Schwester Henny Walther hielt er begeistert fest, wie positiv sich sein Dasein in der Sowjetunion von dem in Deutschland abhebe, wo er zeitweise in „völliger Erwerbslosigkeit und Not" gelebt habe[83]. Alle drei genannten Autoren erwogen schon während der Zeit der Weimarer Republik, in die Sowjetunion auszuwandern[84] – was jedoch schließlich nur Vogeler im Sommer 1931 tatsächlich ausführte. Dass deutsche Linksintellektuelle von derartigen finanziellen und sozialen Problemen stärker betroffen waren als französische, ist dabei sicherlich kein Zufall: Im politischen Gefüge der Weimarer Republik waren Linksintellektuelle stärker auf eine gesellschaftliche Außenseiterposition festgelegt[85], was ihre finanzielle Situation im wirtschaftlich ohnehin krisengeschüttelten Deutschland der Zwischenkriegszeit noch erschwerte.

Für einige Autoren ist auch anzunehmen, dass sie aufgrund der für sie bestehenden Publikationsmöglichkeiten in der Sowjetunion und der daraus resultieren-

[80] Brief von Egon Erwin Kisch an Jarmila Haasová vom 29. November 1925 aus Berlin, in: Kisch: Briefe an Jarmila, S. 51–54, hier S. 52.
[81] Vgl. Vogt: Emil Julius Gumbel, S. 18.
[82] Vgl. ebd., S. 24–32.
[83] Brief von Heinrich Vogeler an Henny Walther vom Juli 1932 aus Kislovodsk, in: Vogeler: Briefe, S. 431.
[84] Zu Kisch vgl. Kisch: Alle wollen nach der Sowjetunion!, S. 510. Zu Gumbel s. den Brief von Emil Julius Gumbel an Georg Friedrich Nicolai vom 3. Oktober 1931 aus Berlin, IfZ, ED 184/42. Auch bei Renn deuten sich dahin gehende Überlegungen an. Vgl. Renn: Rußlandfahrten, S. 82.
[85] Vgl. die Ausführungen zur deutschen Linken oben in Kapitel I.B.2.

den finanziellen Vorteile ein besonderes Interesse am „neuen Russland“ entwickelten und stärker zu einer wohlwollenden Haltung tendierten. Allerdings gilt dies weniger für die 1920er Jahre. Erst im darauffolgenden Jahrzehnt unterzeichneten einige der behandelten Autoren lukrative Verträge mit sowjetischen Verlagshäusern, insbesondere Lion Feuchtwanger, Ernst Toller, Henri Barbusse, André Gide und Romain Rolland[86]. Auch kleinere, nur gelegentliche Veröffentlichungen konnten – vor allem für die deutschen Exilschriftsteller, die teilweise mit erheblichen finanziellen Problemen zu kämpfen hatten, – von großer Bedeutung sein[87].

Schließlich muss für zwei der behandelten Personen – es handelt sich um Franz Jung und Henri Guilbeaux – festgehalten werden, dass ihre Aufenthalte in der Sowjetunion im Kontext eines direkten Abhängigkeitsverhältnisses zu sehen sind. Beiden drohte in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg in ihren Heimatländern die Strafjustiz. Jungs Verfahren in Deutschland wegen der Schiffsentführung stand noch aus, und der wegen Hochverrats verurteilte Guilbeaux gar musste bei einer Rückkehr nach Frankreich mit der Todesstrafe rechnen[88]. Ihre Anwesenheit in der UdSSR, die als einziger Staat gewillt gewesen war, ihnen Zuflucht zu gewähren, stellte somit ein Exil dar, zu dem es keine Alternative gab. Auch nach ihrer Ausreise aus der Sowjetunion blieb die Situation beider Autoren problematisch: Jung lebte bis 1928 illegal in Deutschland, und Guilbeaux, der sich im Berliner Exil befand, war letztlich vom Wohlwollen des PCF abhängig, für dessen Tageszeitung *Humanité* er bis 1929 als Korrespondent fungierte und so seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte[89].

Die angeführten Fälle verdeutlichen, dass neben den generellen historischen Kontexten auch die eigene Lebenssituation – die freilich oftmals auch nur ein Spiegel allgemeinerer Zusammenhänge ist – die Hinwendung zur Sowjetunion begünstigen konnte. Es ist davon auszugehen, dass die eben erfolgten Ausführungen eher exemplarischen Wert haben: Ließe die Quellensituation es zu, könnte wohl für einen noch größeren Teil der untersuchten Autoren aufgezeigt werden, dass ihr Interesse an der Sowjetunion – und in manchen Fällen ihr wohlwollender Blick – auch aus einer spezifischen, persönlichen Lebenslage resultierte.

B. Linke Perspektiven und Interpretationsangebote

In der Regel war es also die eigene, zumeist sehr kritisch perzipierte Situation, die bei dem untersuchten Personenkreis den Ausgangspunkt des Interesses an der Sowjetunion bildete. Die konkreten Hoffnungen und Vorstellungen, die dabei die Erwartungen an das „neue Russland“ bestimmten, konnten freilich je nach politi-

[86] Vgl. zu diesem Aspekt ausführlicher und mit Literaturangaben unten S. 222f.

[87] So betonte beispielsweise Graf 1936 in einem Brief an den befreundeten Kurt Rosenwald, ihm und seiner Frau ginge es finanziell wieder etwas besser, „insbesonderheit weil jetzt die Russen ab und zu zahlen, wenn man direkt an russische Zeitschriften was liefert – und gut zahlen“. Brief von Oskar Maria Graf an Kurt Rosenwald vom 26. Januar 1936 aus Brünn, Bayerische Staatsbibliothek, ANA 440, 29B–26.

[88] Zu den Umständen der Ausreise Jungs und Guilbeaux’ in die Sowjetunion vgl. ausführlicher und mit Literaturangaben oben S. 82f. u. 75f.

[89] Vgl. Racine: Henri Guilbeaux.

scher Positionierung innerhalb der Linken und persönlicher Interessenlage stark variieren. Ausgehend von der Gruppe der behandelten Autoren soll deshalb in diesem Abschnitt ein Panorama der unterschiedlichen Perspektiven und Interpretationsangebote zur Sowjetunion entworfen werden, die innerhalb des linksintellektuellen Milieus anzutreffen waren.

1. Die Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung und die Auseinandersetzung von Sozialdemokraten und Sozialisten mit dem Bolschewismus

Wenngleich lediglich zwei der in dieser Arbeit untersuchten Personen, die beiden Deutschen Otto Friedländer und Emil Julius Gumbel, zum Zeitpunkt ihrer Sowjetunionreisen Mitglieder der SPD waren, steht doch außer Zweifel, dass die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokraten und französischen Sozialisten mit dem sowjetischen Modell einen weitaus größeren Teil der Linksintellektuellen prägte. Nicht wenige der behandelten Autoren waren zu einem früheren Zeitpunkt ihrer Biographie in Parteien der II. Internationale engagiert gewesen oder hatten ihnen nahegestanden[90]. Einige waren nach dem Ersten Weltkrieg vom Sozialismus zum Kommunismus übergetreten, hatten sich also in dem Streit zwischen den beiden Flügeln der marxistischen Arbeiterbewegung explizit für die eine und gegen die andere Seite entschieden[91].

Für die sozialdemokratische Bewegung bedeutete die Oktoberrevolution eine existentielle Herausforderung[92]: Wie die Parteien der II. Internationale erhoben auch die Bolschewiki den Anspruch, für die Arbeiterschaft zu kämpfen, auch sie beriefen sich auf die marxistische Theorie, und auch ihr Endziel war die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft und die Emanzipation des Menschen von ökonomischen, politischen, sozialen und religiösen Zwängen. Während jedoch Sozialdemokraten und Sozialisten zunehmend dazu übergegangen waren, innerhalb des gegebenen staatlichen Rahmens in Richtung dieser Ziele zu wirken, strebten die Bolschewiki die Realisierung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung auf revolutionärem Wege an. Die Herrschaft des Proletariats sollte laut Lenin unter der Führung einer zentralisierten Partei errichtet werden, die als kommunistische Avantgarde das Klassenbewusstsein in die Arbeiterschaft hineintragen werde. Die Mitglieder sozialdemokratischer Parteien standen nach der Oktoberrevolution vor der Wahl, sich dem bolschewistischen

[90] So etwa Barthel, Heller, Herzog, Siemsen, Toller, Wolf, Bloch, Guilbeaux, Moussinac, Pelletier, Vaillant-Couturier.

[91] Zu nennen sind insbes. Barthel, Heller, Wolf, Bloch, Pelletier, Vaillant-Couturier – wobei nicht alle von ihnen längerfristig bei den Kommunisten bleiben sollten.

[92] Vgl. Winkler: Demokratie oder Bürgerkrieg, S. 1; s. auch Schröder: Internationalismus, S. 158–163; Merz: Das Schreckbild, S. 118–193; Schöler: „Despotischer Sozialismus" oder „Staatssklaverei" revisited; sowie Wette: Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert, S. 47. Zur Geschichte der SFIO seit 1917 vgl. allgem. Hohl: A gauche!; Neri-Ultsch: Sozialisten und Radicaux; Bergounioux u. Grunberg: Le long remords du pouvoir; Judt: La reconstruction du Parti socialiste; sowie Prochasson: L'introuvable social-démocratie. Zur SPD s. Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 64–109; Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten; Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung; ders.: Der Schein der Normalität; ders.: Der Weg in die Katastrophe; Schönhoven: Reformismus und Radikalismus; sowie Kuhn: Die deutsche Arbeiterbewegung, S. 161–180.

Weg anzuschließen – 1919 wurde in Moskau die III. Internationale gegründet, die alle Kommunistischen Parteien zusammenführen sollte – oder aber weiterhin im Rahmen der parlamentarischen Institutionen auf eine gerechtere Gesellschaft hinzuarbeiten. Wie bereits angesprochen, führte diese Situation in der Weimarer Republik zu einer weitaus tieferen und schmerzlicheren Spaltung der Arbeiterbewegung als in Frankreich[93].

In Deutschland war die marxistische Arbeiterbewegung bereits zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution geteilt gewesen: Von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die auch in der späten Phase des Weltkriegs am innenpolitischen Burgfrieden festhielt, hatte sich im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) getrennt, die sich gegen die Bewilligung von Kriegskrediten aussprach. Nach der Oktoberrevolution kritisierten die gesamte MSPD und der rechte Flügel der USPD die gewaltsame Vorgehensweise der Bolschewiki energisch. Zu den entschiedensten Antibolschewisten gehörten dabei Vertreter des rechten Flügels der USPD, so Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Rudolf Hilferding, der sich 1922 wieder der SPD anschließen sollte. Lediglich auf dem linken Flügel der USPD fanden sich Befürworter der russischen Methoden. Diese vereinigten sich 1920 mit der im Dezember 1918/Januar 1919 durch den Zusammenschluss von Spartakusbund und Bremer Linksradikalen entstandenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Jene Sozialdemokraten, die die bolschewistische Politik ablehnten, formulierten ihre Einwände und Kritik von Anfang an sehr deutlich und grenzten sich konsequent von der prosowjetischen KPD ab. Ebenso früh war auch auf kommunistischer Seite herausgestellt worden, dass man den Feind nicht nur im „kapitalistischen Imperialismus", sondern auch im sozialdemokratischen „Sozialimperialismus" sah[94]. Grundlegend für die sozialdemokratische Haltung zum sowjetischen Kommunismus sollten die von Kautsky vorgebrachten Argumente werden[95]. Dieser warf den Bolschewiki eine systematische Abweichung von den Lehren Marx' und Engels' vor, denn diese hätten in der „Diktatur des Proletariats" keinen Gegensatz zur Demokratie gesehen, sondern ein Mittel zu ihrer Verwirklichung. Gegenüber den leninschen Konzepten unterstrich Kautsky, dass der Sozialismus grundlegend mit der Idee der Demokratie verbunden sei; der Bolschewismus war für ihn gleichbedeutend mit Diktatur. Weiter kritisierte Kautsky, dass der Sozialismus nur in entwickelten Industriegesellschaften entstehen könne und dass Russland in keiner Weise dieser Anforderung genüge. Und auch von den Methoden der Bolschewiki distanzierte sich der sozialdemokratische Theoretiker: Er lehnte den gewaltsamen Bürgerkrieg als Mittel zur Austragung politischer und sozialer Gegensätze ab und unterstrich stattdessen die reformistische Identität der Sozialdemokratie. Der Bolschewismus war für ihn aus der Rückständigkeit der russischen Verhältnisse erwachsen, und Lenins „tata-

[93] Vgl. Abschnitte I.B.3.
[94] Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 42.
[95] Kautsky setzte sich in mehreren Schriften mit dem Thema auseinander, die für heftige Gegenkritik von Seiten Lenins und Trotzkis sorgten. Diese Debatten sind in zwei Bänden dokumentiert: Kautsky: Die Diktatur des Proletariats, Bd. 1, hg. v. Mende; sowie Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, Bd. 2, hg. v. Mende.

rischer" Sozialismus schien ihm der Tradition des westeuropäischen Sozialismus vollkommen zu widersprechen[96].

Diese grundsätzliche Haltung sollte sich auch in den Folgejahren nicht ändern. Da die deutschen Sozialdemokraten davon ausgingen, dass der Sozialismus nur in entwickelten Industriegesellschaften entstehen könne, sahen sie im russischen Bolschewismus eine Fehlentwicklung, deren antidemokratisches und gewaltsames Potential unter anderem in der zaristischen Vergangenheit wurzele. Die bolschewistischen Methoden waren dabei durchaus geeignet, die Reaktivierung älterer Stereotypen vom „asiatischen Despotismus" zu befördern[97]. Auch aufgrund der zahlreichen persönlichen Kontakte deutscher Sozialdemokraten zur nicht-bolschewistischen russischen Linken – viele ihrer Vertreter waren nach der Oktoberrevolution ins deutsche Exil geflohen[98] – stand im sozialdemokratischen Sowjetunionbild die brutale Verfolgung oppositioneller Sozialisten durch die Bolschewiki stark im Vordergrund. Ereignisse wie der sowjetrussische Einmarsch in Georgien, die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes, der Hungerstreik der Butyrka-Häftlinge oder der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und in der sozialdemokratischen Presse kritisiert, wobei nicht nur Kontinuitäten zur zaristischen Innenpolitik, sondern auch zum russischen „Imperialismus" der Vorkriegszeit hervorgehoben wurden[99]. Die Ablösung der Parteidiktatur durch eine persönliche Diktatur unter Stalin wurde von den Sozialdemokraten nicht als qualitative Veränderung, sondern als Radikalisierung der von Lenin angelegten Strukturen gesehen. Den außenpolitischen Verbindungen Deutschlands zur Sowjetunion widersetzte sich die SPD zwar nicht grundsätzlich, betrachtete sie jedoch als Teil eines umfassenden europäischen Vertragssystems, das vor allem auf der Westorientierung der Weimarer Republik fußen sollte. Ab 1928 vertiefte die von der Komintern propagierte Sozialfaschismusthese die Kluft zwischen KPD und SPD noch weiter. Trotzdem entwickelte unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und des Ersten sowjetischen Fünfjahresplans ein Teil der sozialdemokratischen Linken ein positiveres Sowjetunionbild, das Russland die Möglichkeit eines spezifischen Wegs zum Sozialismus zugestand. Was jedoch das eigene Land anbelangte, blieb die große Mehrheit der Sozialdemokraten überzeugt, dass die bolschewistischen Methoden hier nicht angewendet werden könnten[100].

In Frankreich sah die Situation zunächst anders aus: Hier nahm im Kontext des Weltkriegs lediglich eine kleine Gruppe am äußersten linken Rand der sozialistischen Partei eine probolschewistische Haltung ein. Die SFIO selbst hielt sich

[96] Vgl. Winkler: Demokratie oder Bürgerkrieg, S. 2–5, sowie Zarusky: Vom Zarismus zum Bolschewismus, S. 114. Für die frühen Jahre der Weimarer Republik s. insges. Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie.

[97] Vgl. Zarusky: Vom Zarismus zum Bolschewismus.

[98] Vgl. hierzu Schöler: Die Auslandsdelegation der russischen Sozialdemokratie (Menschewiki) im Berliner Exil.

[99] Vgl. Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 132–168. Verfolgungen von Gruppen, die nicht der nicht-bolschewistischen Arbeiterbewegung angehörten – etwa der Kirchen oder von Intellektuellen –, fanden bei den deutschen Sozialdemokraten ebenso wenig Beachtung wie etwa Nationalitätenkonflikte oder die Lage der Bauern. Vgl. ebd., S. 289.

[100] Vgl. ebd., S. 286–296.

unmittelbar nach der Oktoberrevolution mit grundsätzlichen Stellungnahmen zurück[101]. Auf die Organisation der französischen Arbeiterbewegung wirkten sich die russischen Ereignisse deutlich später als in Deutschland aus: Erst auf dem Kongress von Tours im Dezember 1920, etwa zeitgleich mit der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD, entstand durch die Abspaltung einer Mehrheit von der SFIO eine Kommunistische Partei Frankreichs (PCF), die die Bedingungen der III. Internationale akzeptierte[102]. Allerdings grenzten sich in Frankreich die Gegner eines Anschlusses an die III. Internationale innerhalb der SFIO zunächst weitaus weniger kategorisch von den Befürwortern ab als in Deutschland. So sprach auch der Hauptredner der Sozialisten auf dem Kongress von Tours, Léon Blum, vom Ziel der Revolution und der Errichtung einer „Diktatur des Proletariats". Allerdings müsse die Partei, die dies durchsetze, eine demokratische Partei sein, die nicht von einzelnen Persönlichkeiten geführt werde, sondern sich auf den freien Willen der „Massen" stützen könne. Die französischen Sozialisten kritisierten somit vor allem den von Moskau vorgeschriebenen Zentralismus, der die Austragung von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei nicht mehr zulasse und den demokratischen Charakter der SFIO, die sich auf breite Kreise der Arbeiterschaft stütze, unterminiere[103]. Trotzdem betonte Blum, dass die Sozialisten keinen radikalen Bruch mit den Kommunisten wollten:

„Nous sommes convaincus, jusqu'au fond de nous-mêmes, que pendant que vous irez courir l'aventure, il faut que quelqu'un garde la vieille maison. […] Les uns et les autres, même séparés, restons des socialistes; malgré tout, restons des frères, des frères qu'aura séparés une querelle cruelle, mais une querelle de famille, et qu'un foyer commun pourra encore réunir."[104]

Auch in den Folgejahren vermieden die französischen Sozialisten ein endgültiges Zerwürfnis mit den Kommunisten: So unterstrich eine während des XXV. Parteikongresses im Jahr 1928 entstandene Erklärung die „incontestable communauté de fins doctrinales" zwischen SFIO und PCF, die auf eine „transformation révolutionnaire des rapports sociaux actuels" ziele[105]. Zudem bevorzugten es die französischen Sozialisten, den „Familienstreit" nicht öffentlich auszutragen: Gegenüber der „kapitalistischen Welt" waren sie bereit, die russische Revolution als bedeutendes historisches Ereignis zu verteidigen – als den ersten ernsthaften Versuch, die sozialistische Revolution zu realisieren, der auch durch die Exzesse des bolschewistischen Terrors nicht grundsätzlich geschmälert werde. Allerdings blieb

[101] Nicht früher als im April 1919, auf einem außerordentlichen Parteitag in Paris, erfolgte eine erste Verlautbarung zur russischen Oktoberrevolution: Mit einem prinzipiellen Bekenntnis zur sozialen Revolution sprachen die französischen Sozialisten den Bolschewiki zwar ihre Zustimmung aus, schränkten diese jedoch gleichzeitig durch die Verurteilung gewaltsamer Methoden deutlich ein.

[102] Zur Spaltung der französischen Arbeiterbewegung vgl. Girault u. Robert: 1920, le Congrès de Tours; sowie grundlegend Kriegel: Aux origines du communisme français. S. auch Lefranc: Le mouvement socialiste sous la Troisième République, Bd. 2, S. 219–240. Zur Auseinandersetzung der SFIO mit dem sowjetischen Experiment in den Jahren 1917 bis 1920 vgl. ausführlich Jelen: L'aveuglement.

[103] Vgl. Winkler: Demokratie oder Bürgerkrieg, S. 5–8.

[104] Rede Blums auf dem Kongress von Tours am 27. Dezember 1920, in: Girault u. Robert: 1920, le Congrès de Tours, S. 59f.

[105] Zitiert nach Becker u. Berstein: Histoire de l'anticommunisme, S. 142.

die SFIO bei ihrer inhaltlichen Kritik an der Linie des PCF. Eine Wiedervereinigung der beiden Parteien wurde nur für möglich gehalten, falls die kommunistischen „Häretiker" sich von ihrem „falschen Glauben" abwenden und wieder in die „vieille maison" zurückkehren sollten[106].

Wie die deutschen Sozialdemokraten kritisierte auch die SFIO die brutale Diktatur der Bolschewiki, als deren Opfer vor allem die russischen Sozialisten gesehen wurden, und die „imperialistischen" Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik. Allerdings wurden diese Vorwürfe häufig nicht gegen die Sowjetunion selbst gerichtet, sondern auf die Komintern projiziert – was es ermöglichte, das positive Bild der Revolution unangetastet zu lassen. Insgesamt blieb die Kritik an den theoretischen Positionen des PCF weniger grundsätzlich als in Deutschland. Was Blum den Kommunisten in seiner 1931 publizierten Schrift „Bolchevisme et socialisme" zum Vorwurf machte, war erstens, dass sie den Prozess der Machtergreifung, also das Mittel, mit der Revolution, die eine soziale Transformation darstelle und das eigentliche Ziel sei, verwechselten. Blums zweiter Vorwurf lautete, dass die Bolschewiki nicht eine „Diktatur des Proletariats" aufgebaut hätten, sondern eine Diktatur der Partei über das Proletariat, das selbst weiterhin unfrei bleibe. Die Gründe hierfür lägen, so Blum ähnlich wie Kautsky, in der Rückständigkeit der russischen Verhältnisse, die noch nicht reif für eine Revolution gewesen seien. Die SFIO warf den Kommunisten vor, dass sie als praktische Folge dieser Fehlinterpretationen bereit seien, eine Verschlechterung der Lebensbedingungen des Proletariats oder gar einen „imperialistischen Krieg" in Kauf zu nehmen, nur um die Wahrscheinlichkeit der Revolution – und damit einer bolschewistischen Machtergreifung – in den kapitalistischen Ländern zu erhöhen[107].

Die Haltung der SFIO zur Sowjetunion und zum PCF änderte sich nach Hitlers Machtergreifung insofern, als die kommunistischen Kräfte zunehmend als notwendige Partner gegen den aufsteigenden Faschismus im Inneren und im europäischen Ausland gesehen wurden. In Folge des 1934 von SFIO und PCF unterzeichneten *Pacte d'unité d'action* wurden vor allem die gemeinsamen Ziele hervorgehoben und gegenseitige Kritik möglichst vermieden. Freilich hatte sich das Sowjetunionbild der französischen Sozialisten nicht schlagartig geändert; die negativen Aspekte in der Wahrnehmung des bolschewistischen Staates wurden lediglich zurückgestellt, um die gemeinsame Front gegen den Faschismus nicht zu gefährden. Es ist sogar anzunehmen, dass die enge Zusammenarbeit von SFIO und PCF, durch die die Sozialisten direkt mit den Methoden der Kommunisten konfrontiert wurden, das Misstrauen und die Angst vor Unterwanderung noch verstärkt hat. Spätestens mit dem Auseinanderbrechen der Volksfront zögerte die SFIO nicht mehr, sich wieder klarer vom Bolschewismus zu distanzieren[108].

Insgesamt betrachtet war also die Abgrenzung der deutschen Sozialdemokraten vom Bolschewismus sehr viel radikaler und grundlegender als auf französischer Seite: Die französischen Sozialisten hielten am positiven Bild der Revolution fest,

[106] Vgl. ebd., S. 142–145.
[107] Vgl. Blum: Bolschevisme et socialisme. S. auch Becker u. Berstein: Histoire de l'anticommunisme, S. 146–159; Lefranc: Le mouvement socialiste, S. 265–275; sowie Judt: La reconstruction du Parti socialiste, S. 149–164.
[108] Vgl. Becker u. Berstein: Histoire de l'anticommunisme, S. 247–250.

und die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus veränderte das Profil der SFIO nur begrenzt. Auf deutscher Seite hingegen formulierte Kautsky seit 1918 theoretische Grundlagen, nach denen der Sozialismus eindeutig an die Demokratie gekoppelt war, und verwarf die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele zugunsten einer evolutionären Fortentwicklung des Bestehenden. Die Kritik am Bolschewismus war bei den deutschen Sozialdemokraten somit Grundlage eines Lernprozesses, der die Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie bekräftigte[109].

Gründe für diese unterschiedlichen Reaktionen liegen zum einen in der innenpolitischen Situation der beiden Länder: In der Weimarer Republik drohten bis in die frühen 1920er Jahre und dann wieder seit dem Anfang der 1930er Jahre bürgerkriegsähnliche Zustände[110]. Gleichzeitig hing der Bestand der Republik ganz wesentlich von der Kompromissbereitschaft der SPD ab, denn das politische Spektrum bot zu wenige demokratische Alternativen: Wollte die SPD einen Zusammenbruch der Republik vermeiden, musste sie eine konstruktive, reformistische Haltung einnehmen und auch bereit sein, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die Dritte Republik hingegen war gestärkt aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen, die kommunistische Bewegung blieb hier vergleichsweise schwach und stellte keine Gefahr für den Bestand der Republik dar. Die große Mehrheit der im Parlament vertretenen Parteien war systemloyal, so dass für die SFIO lange Zeit geringe Veranlassung bestand, in Regierungskabinette einzutreten. Ohne ernsthaft den Ausbruch einer gewaltsamen Revolution in Frankreich zu wünschen, konnten sich die Sozialisten in dieser Situation auf eine revolutionäre Rhetorik stützen.

Neben diesen innenpolitischen Faktoren spielten für die unterschiedlichen Reaktionen von SPD und SFIO auf den russischen Bolschewismus auch die Traditionen der deutschen und französischen Linken eine wesentliche Rolle[111]: In Deutschland gab es keine eigene, positiv besetzte revolutionäre Tradition; die Vorstellung eines gewaltsamen Bürgerkriegs erschien hier für breite Kreise auch der Arbeiterbewegung abschreckend[112]. Zudem wurden bei der SPD in höherem Maße als bei der SFIO Fremdbilder vom „russischen Despotismus“ und einer Bedrohung aus dem Osten aktiviert, die schon im 19. Jahrhundert das deutsche Russlandbild geprägt hatten. Bei den französischen Sozialisten hingegen war die Wahrnehmung stärker auch von positiven Selbstbildern mitbestimmt, die auf die Sowjetunion projiziert wurden – namentlich vom Bild der Revolution, die trotz aller Auswüchse letztlich zu positiven Ergebnissen führe und deshalb als Ganzes zu befürworten sei[113]. Trotz aller Kritik, die auch die Sozialisten dem Bolschewismus entgegenhielten, integrierten sie die Oktoberrevolution in das Bild historischen

[109] So eine der Hauptthesen in: Wirsching: Antibolschewismus als Lernprozess, S. 142. S. auch Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 296.
[110] Zu den Milieus in Deutschland, die den Bürgerkrieg befürworteten, vgl. Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 41–44.
[111] Vgl. ausführlich Kapitel I.B.
[112] Lediglich auf der extremen Linken entwickelten sich eindeutige Affinitäten zur Idee des Bürgerkriegs, die allerdings auf einem „revolutionären Voluntarismus“ fußten, der von der sozialen Realität weitgehend abstrahierte. Vgl. Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 43.
[113] Vgl. zu diesem Revolutionsbild S. 34 u. 400f.

Fortschritts, der über eine Kette von Revolutionen von 1789 über 1871 bis in die Gegenwart reiche[114].

Die sozialdemokratische Kritik am Bolschewismus bot also den in dieser Arbeit behandelten deutschen Sowjetunionreisenden umfassende und theoretisch fundierte Argumente zur Beurteilung der Sowjetunion. Einschränkend ist jedoch festzuhalten, dass diese Interpretationsangebote angesichts der in Deutschland sehr tiefgehenden Spaltung der Arbeiterbewegung von der extremen Linken kaum rezipiert, sondern oftmals pauschal abgelehnt wurden. Für die französische Seite hingegen kann davon ausgegangen werden, dass die größere Homogenität der Linken insgesamt sowie die nicht ganz so eindeutige und weniger fundamentale Kritik der Sozialisten am Bolschewismus eine offenere Rezeption der Argumente bis ins linksextreme Lager hinein eher zuließ.

2. Utopische Projektionen und frühe Enttäuschungen

Die besondere Faszination, die das durch die Oktoberrevolution gewandelte, „neue Russland" auf weite Teile der Linken ausübte, rührte ganz wesentlich von dem offensichtlich ernst gemeinten Versuch, der Utopie des Sozialismus einen realen Ort zu geben. Diese Vorstellung veranlasste Intellektuelle von teilweise sehr unterschiedlicher politischer Herkunft dazu, Hoffnungen in das Projekt der Bolschewiki zu setzen. Vor allem in den frühen Jahren der Existenz des sowjetischen Staates erlaubte die weitgehende Unkenntnis der sowjetischen Realitäten[115] und die radikale Neuheit des bolschewistischen Experiments, das sich mit bekannten Maßstäben kaum erfassen ließ, im „neuen Rußland" die Verwirklichung der eigenen Träume und Ziele wiederzuerkennen – selbst dann, wenn diese vom Programm des Marxismus-Leninismus relativ weit entfernt waren[116]. Und auch in späteren Jahren behielt der erste „sozialistische" Staat – trotz manch zweifelhafter Entwicklung – für viele etwas von diesem ursprünglichen Zauber.

a) Kommunistische Wunschbilder, Schulung und Propaganda

Rund ein Drittel der in dieser Arbeit behandelten Personen war zum Zeitpunkt der Sowjetunionreise Mitglied der KP: neun Deutsche[117] und acht Franzosen[118]. Für diese Personen ist davon auszugehen, dass die utopische Vorstellung einer kommunistischen Gesellschaft die Erwartungen an die Sowjetunion zumindest in gewissem Maße mitbestimmte. In abgemilderter Form gilt dies wohl auch für die relativ große Gruppe der *Compagnons de route* und jener Linksintellektuellen, die für kürzere Zeit in kommunistisch beeinflussten Netzwerken verkehrten. Im Detail sind die – oftmals wohl ohnehin eher vagen – Ideen der behandelten Autoren vom Sozialismus bzw. Kommunismus freilich kaum zu rekonstruieren. Den un-

114 Vgl. Winkler: Demokratie oder Bürgerkrieg, S. 17–23.
115 Zur Berichterstattung über die Sowjetunion in der Weimarer und der Dritten Republik vgl. unten Abschnitt III.C.2.
116 Vgl. Pénin: Charles Gide, S. 219.
117 Barthel, Heller, Kisch, Koestler (bei seiner zweiten Sowjetunionreise), Renn, Seghers, Vogeler, Weiskopf und Wolf. Wegner trat vermutlich unmittelbar nach seiner Reise ins „neue Russland" der KPD bei, seine Mitgliedschaft war jedoch nur von kurzer Dauer.
118 Aragon, Barbusse, Freinet, Herbart, Marx, Moussinac, Pelletier und Vaillant-Couturier.

tersuchten Quellen lässt sich zumeist lediglich das recht allgemeine Ideal sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit entnehmen sowie die Überzeugung, dass die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für alle Mal unmöglich sein sollte[119]. Was hingegen deutlich hervortritt, ist zum einen die Tatsache, dass wohl nur in den seltensten Fällen tiefergehende Kenntnisse kommunistischer Theorie wesentlich für die Erwartungen an die Sowjetunion waren, und zum anderen die Beeinflussung durch sowjetische Propaganda.

Von einem fundierten Verständnis des Marxismus-Leninismus oder stalinscher Schriften kann, besonders was die französische Seite anbelangt, nur für einen extrem geringen Teil der Reisenden ausgegangen werden[120]. Im Falle einiger Autoren lässt sich aufzeigen, dass sie sich zu bestimmten Zeitpunkten ihrer Biographie mit dem Werk von Marx, Lenin oder Stalin beschäftigt haben – so etwa Ludwig Renn[121], Heinrich Vogeler[122] oder Georges Friedmann[123]. Doch nur die wenigsten waren wie Friedmann soziologisch geschult, und einigen wird es wohl eher wie Madeleine Pelletier gegangen sein, die in einem autobiographischen Manuskript ohne Umschweife zugab, dass der Marxismus ihr schwer verständlich blieb:

„Je n'ai jamais étudié l'économie politique, trouvant cela ennuyeux. […] J'ai été parfois à de grandes réunions socialistes. […] Les auditeurs applaudissent […], sans doute ils comprennent, moi je ne comprends pas très bien. Bien [qu'on] m'ait fait lire Le Capital de Marx; ce qui a été un gros effort. Non que la question soit difficile. J'ai lu des œuvres de philosophie bien autrement arides, mais je pense que Marx s'est ingénié à compliquer les choses qui ne le sont pas."[124]

Sehr viel stärker als von sozialistischer Theorie scheint das Bild der Sowjetunion bei einer Reihe von Autoren von moskaugesteuerter Propaganda geprägt gewesen zu sein. Der sowjetische Staat bediente sich eines ganzen Netzes von Institutionen und Organisationen, um die linken Milieus anderer Länder ideologisch beeinflussen zu können: Zum einen wurde die Propaganda der nationalen KPs – etwa in

119 S. für Beispiele etwa Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 18f.; Kisch: Asien gründlich verändert, S. 56f.; Weiskopf: Zukunft im Rohbau, S. 14; André Gide: Retour de l'U.R.S.S., S. 41; Guilbeaux: Wladimir Iljitsch Lenin. Ein treues Bild seines Wesens, S. 69f.; Herbart: En U.R.S.S., S. 87.

120 Vgl. hierzu allgem. Caute: The fellow travellers, S. 225–294; sowie für die französische Seite ders.: Le communisme et les intellectuels français, S. 323–336.

121 Vgl. die Biographie Renns auf der Internetseite des Deutschen Historischen Museums: http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/RennLudwig [31. Mai 2010].

122 Dass Vogeler sich um ein tiefergehendes Verständnis des Marxismus-Leninismus bemühte, zeigen etwa seine Aufzeichnungen über den VIII. Weltkongress der Komintern, über die Geschichte der sowjetischen KP und über den Trotzkismus, SMB-ZA, Nachlass Heinrich Vogeler, E 3223.

123 Friedmann setzte sich in den 1930er Jahren intensiv mit der marxistischen Theorie auseinander und trug so wesentlich zu ihrer Verbreitung in Frankreich bei. Vgl. Racine: Georges Friedmann.

124 Pelletier beschreibt hier ihr politisches Engagement im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, der Text ist wahrscheinlich kurz nach dem Ersten Weltkrieg – und damit etwa zwei Jahre vor ihrer Sowjetunionreise – entstanden. Cahier de notes manuscrites intitulé „Mémoires", BHVP, Archives Marie-Louise Bouglé, Fonds Madeleine Pelletier, Ms Na 502, Bl. 29. Ähnlich scheint es beispielsweise auch André Gide gegangen zu sein, der in den 1930er Jahren „fleißig auch theoretische Schriften" las und sich „mit dem Kapital unter dem Arm" zeigte, dessen Stärken jedoch kaum auf der Ebene der theoretischen Reflexion lagen. Vgl. Maurer: Zu *Zurück aus Sowjetrußland* und *Retuschen zu meinem Rußlandbuch*, S. 396.

kommunistischen Presseorganen oder Massenorganisationen – über die Komintern und deren 1919 gegründete Abteilung für Agitation und Propaganda kontrolliert und gesteuert[125]. Zum anderen diente die auswärtige Kulturpolitik der Sowjetunion, so beispielsweise die Aktivitäten der bereits erwähnten VOKS, der Pflege der sowjetischen Außendarstellung[126]. Darüber hinaus wurden auch die Handels- bzw. diplomatischen Vertretungen der Sowjetunion im Ausland für die Unterstützung kommunistischer Bewegungen und sonstige Propagandatätigkeit genutzt[127]. Die von Anfang an unternommenen Bemühungen, die öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen, gewannen seit den späten 1920er Jahren an Intensität und Kohärenz[128].

Die sowjetische Propaganda fußte auf einer durch die marxistische Theorie begründeten Weltsicht, wobei die Analyseinstrumente des Marxismus in der Regel in entstellendem Maße vereinfacht und auf Stereotypen reduziert wurden, die sich ohne Mehrdeutigkeiten für das Verständnis von „Sozialismus", d. h. der Sowjetunion, und von „Kapitalismus", also der übrigen Welt, heranziehen ließen[129]. Dabei war das wichtigste Ziel der Auslandspropaganda, das Ansehen der Sowjetunion nicht nur unter der Arbeiterschaft anderer Länder, sondern auch in deren bürgerlichen Kreisen zu verbessern[130]. In aller Kürze sollen im Folgenden die Interpretationsangebote der sowjetischen Auslandspropaganda zu fünf Themenblöcken umrissen werden:

1. Die Sowjetunion und die übrige Welt: Ein wesentliches Element der sowjetischen Propaganda bestand in der Postulierung einer Dichotomie zwischen „sozialistischer" und „kapitalistischer Welt". Letztere wurde dabei in der Regel als feindliches „Lager" – das allerdings von inneren Widersprüchen zerfressen war – und als Verschwörung der „Bourgeoisie" bzw. des „Imperialismus" gegen das Proletariat aufgefasst[131]. Seit der Oktoberrevolution und den Erfahrungen der

[125] Seit 1921 erschien die von der Komintern in unterschiedlichen Sprachen herausgegebene Informationsbroschüre *Internationale Pressekorrespondenz* (*Inprekorr*), die eine entscheidende Rolle für die Verbreitung von Informationen spielte und häufig die Grundlage für die Kampagnen der Kommunistischen Parteien darstellte. Zur Auslandspropaganda der Komintern s. Stern: Western intellectuals, S. 36–48. Zur Geschichte der Komintern vgl. allgem. Buckmiller u. Meschkat (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale; Linder u. Čurkin: Krasnaja pautina [Das rote Spinnennetz]; Broué: Histoire de l'Internationale communiste; sowie Hájek u. Mejdrová: Die Entstehung der III. Internationale.

[126] Zur auswärtigen Kulturpolitik der Sowjetunion vgl. ausführlicher und mit Literaturangaben Abschnitt I.C.3. S. außerdem zusammenfassend Kasack: Kulturelle Außenpolitik, S. 345–364; Barghoorn: The Soviet cultural offensive, S. 28–59; Golubev: „… vzgljad na zemlju obetovannuju" [„… Blick auf das gelobte Land"].

[127] Diese vom Politbüro der sowjetischen KP sowie von der Presse- und Informationsabteilung des sowjetischen Außenministeriums koordinierte Propagandatätigkeit war – entgegen den ständigen Versicherungen Moskaus – durchaus mit der Arbeit der Komintern verbunden, und die Grenzen zur Unterwanderung waren stets fließend. Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 53–56 u. 69–75.

[128] Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 438.

[129] Vgl. Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 49.

[130] Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 436.

[131] Mindestens bis zum Ende der 1920er Jahre erschien vor allem Frankreich, das die Intervention im Bürgerkrieg am energischsten vorangetrieben hatte, als Inbegriff imperialistischer Machtpolitik. In den 1930er Jahren richtete sich die sowjetische Auslandspropaganda zunehmend gegen die faschistischen Staaten und stellte gleichzeitig die Sowjetunion als wichtigstes Bollwerk gegen den Faschismus dar. Erst ab 1947 wurden die USA von der sowjetischen Propa-

Bürgerkriegsjahre tendierte die sowjetische Führung immer wieder dazu, die „kapitalistischen Staaten" als Kriegstreiber zu diffamieren und ihnen die heimliche Vorbereitung eines Angriffs gegen die Sowjetunion oder die Anzettelung innerer Unruhen, die den Aufbau des Sozialismus verhindern sollten, vorzuwerfen[132]. Die Sowjetunion erschien in dieser Perspektive als Verteidiger einer friedlichen Weltordnung[133], während der „kapitalistischen Welt" ein permanenter Aggressionswille unterstellt wurde. Die Vermittlung eines positiven Sowjetunionbildes durch die Propaganda diente vor diesem Hintergrund auch dazu, die Bürger westlicher Staaten auf die Verteidigung der Sowjetunion zu verpflichten und sie von eventueller Kritik abzuhalten, die – ob berechtigt oder nicht – den angeblich gefährdeten Arbeiter- und Bauernstaat zusätzlich geschwächt hätte[134].

2. Das sowjetische Herrschaftssystem: Nach der marxistischen Theorie kann die klassenlose Gesellschaft nur nach Durchlaufen einer Übergangsphase – der „Diktatur des Proletariats" – realisiert werden. Entsprechend interpretierten die Bolschewiki die Machtverhältnisse in der Sowjetunion als Herrschaft der Arbeiterklasse. Allerdings wurde dabei – im Sinne der leninistischen Auffassung von der Partei als elitärer Avantgarde – die KP als legitime Vertretung und Führung der „Arbeitermassen" dargestellt. Die sowjetische Propaganda setzte somit die Herrschaft der Partei weitgehend mit der Herrschaft des Proletariats gleich[135]. Eine zunehmend herausragende Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang der Parteiführung zugeschrieben, die seit den späten 1920er Jahren im Wesentlichen mit der Person Stalins identifiziert wurde: Dessen singuläre Position schien in der sowjetischen Propaganda durch die angeblich außerordentlichen Fähigkeiten und die besondere Weisheit des Parteiführers legitimiert, sein Wille schien mit jenem der „Massen" zu konvergieren[136]. Diese in hohem Maße ideologische Auslegung der sowjetischen Herrschaftsverhältnisse war freilich nur schwer mit Meldungen der westlichen Presse über Zwangsmaßnahmen und Terror in der Sowjetunion zu vereinbaren. Entsprechende Berichte über repressive innenpolitische Maßnahmen versuchte die Auslandspropaganda in der Regel zu dementieren und im Sinne einer „kapitalistischen Verschwörung" gegen die Sowjetunion als Lügengeschichten abzutun[137].

ganda als Hauptfeind benannt. Vgl. Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 51; Ebon: The Soviet propaganda machine, S. 10f.; sowie Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 354.

132 Vgl. Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 84f. u. 90–92. In diesem Kontext sind die in Abschnitt I.C. erwähnten Antikriegskongresse und die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* zu sehen.

133 Die sowjetischen Machthaber hielten bis etwa 1924 offiziell an der Vorstellung einer unmittelbar bevorstehenden Krise der „kapitalistischen Welt" und somit an der Erwartung der Weltrevolution fest. Gleichzeitig jedoch propagierten sie vom ersten Augenblick ihrer Herrschaft an das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens aller Völker. Diese Verbindung von Revolutions- und Friedensrhetorik wurde von den sowjetischen Machthabern dialektisch begründet: Der endgültige Weltfrieden könne nur durch den bedingungslosen Kampf gegen seinen schlimmsten Feind, den „Kapitalismus", erreicht werden, die bürgerliche Welt müsse untergehen, bevor die sozialistische Gesellschaft entstehen könne. Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 53; Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 353; sowie Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 80–82.

134 Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 217f.

135 Vgl. Kalnins: Der sowjetische Propagandastaat, S. 11–15.

136 Vgl. ebd., S. 15–17.

137 Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 139f.

3. Die sowjetische Wirtschaft: Nach der marxistischen Lehre sollte das Proletariat nicht nur die politische, sondern vor allem auch die ökonomische Macht erobern, um durch die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse jegliche Form der wirtschaftlichen Ausbeutung, und damit auch der politischen Unterdrückung, strukturell unmöglich zu machen. Dieses Ziel war durch die marxistische Analyse des „kapitalistischen Systems" begründet, nach der das im freien Wettbewerb entfaltete Eigeninteresse der einzelnen Akteure eben nicht wie durch eine „unsichtbare Hand" (Adam Smith) koordiniert und in eine für alle Mitglieder der Gesellschaft letztlich vorteilhafte Harmonie transformiert werde. Vielmehr gab es nach Marx im „kapitalistischen System" eindeutige Verlierer: die Arbeiter, die von den „Kapitalisten" ausgebeutet würden, ohne vom Wachstum der Produktion profitieren zu können. Um dieser Ausbeutung und den im kapitalistischen System aufgrund der mangelnden Koordination nach Marx zwingend auftretenden ökonomischen Krisen ein Ende zu setzen, müssten die Produktionsmittel in den Besitz des Proletariats überführt und die Produktion gesamtgesellschaftlich geplant werden.

Entsprechend dieser theoretischen Grundannahmen maßen die Bolschewiki wirtschaftlichen Faktoren großes Gewicht bei, was sich auch in ihrer Auslandspropaganda spiegelte. Die Sowjetunion – als erstes Gemeinwesen, in dem die Produktionsmittel tatsächlich in den Händen der arbeitenden Klasse lägen – erschien dabei als Speerspitze des historischen Fortschritts. Diese Interpretation konnte freilich mit Blick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zunächst allenfalls als verheißungsvolle Zielvorgabe bewertet werden, hatte doch Russland vor 1914 im europäischen Maßstab zu den rückständigsten Ländern gehört und war durch Weltkrieg und Revolutionswirren noch weiter zurückgeworfen worden. Mit dem Ersten Fünfjahresplan jedoch setzte die sowjetische Führung dem „Kapitalismus" ein ganz eigenes Modell der Industrialisierung entgegen, das sich ab 1929 im Kontext der Weltwirtschaftskrise zu bewähren schien. Die Bolschewiki konnten nun auf die gigantischen Großprojekte des Plans, Industrialisierungserfolge und moderne Städtebauprojekte verweisen[138]. Die Lebensumstände der sowjetischen Bevölkerung wurden dabei in der Regel stark beschönigt dargestellt, Probleme des Aufbaus als Wachstumsschwierigkeiten, die sich etwa aufgrund von Arbeitskräftemangel ergeben hätten, interpretiert[139]. Insgesamt wurde das sowjetische Wirtschafts- und Wohlfahrtssystem vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise als ein Modell dargestellt, das dem „kapitalistischen System" letztlich überlegen sei und dieses früher oder später aufgrund seiner höheren Leistungsfähigkeit verdrängen werde[140].

4. Kultur in der Sowjetunion: Ganz im Sinne der marxschen These, nach der das „Sein" das „Bewusstsein" bestimmt, maß die sowjetische Führung – im Gegensatz zu den Vertretern des *Proletkults*[141] – kulturellen Faktoren keinen zentralen Stellenwert für gesellschaftliche Veränderungen bei. Bildung galt den Bolschewiki lediglich als Voraussetzung für wirtschaftliche und politische Aktivität, Kultur im

[138] Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 131–133 u. 222–228.
[139] Vgl. ebd., S. 140f.
[140] Vgl. Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 166f.
[141] Vgl. hierzu ausführlicher oben S. 50–54.

Wesentlichen als Mittel von Agitation und Propaganda[142]. Trotzdem spielte das Thema Kultur in der Auslandspropaganda insbesondere mit Blick auf die bürgerliche Zielgruppe, die neben der Arbeiterschaft ebenfalls angesprochen werden sollte, eine gewisse Rolle. Dabei wurden in der Regel die generellen kulturellen Leistungen der Bolschewiki – etwa die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und die Öffnung von Hochkultur für alle Bürger der Sowjetunion – besonders hervorgehoben[143]. Zudem wurde immer wieder Wert darauf gelegt, die Sowjetunion nicht nur als Wiege einer neuen, proletarischen Kultur erscheinen zu lassen[144], sondern ebenso auch als Bewahrerin vorrevolutionärer, bürgerlicher Kultur[145].

5. Gesellschaftliche Gleichheit in der Sowjetunion: Im Sinne der marxistischen Lehre glaubten die Bolschewiki mit ihrer Politik den Weg in Richtung Endziel einer klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus zu verfolgen, auf dem soziale Gleichheit, Frieden und Wohlstand für alle ermöglicht werden sollte. Entsprechend betonte ihre Propaganda häufig die sowjetischen Bemühungen um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation bis dahin benachteiligter Bevölkerungsgruppen – so insbesondere der Frauen und kleinerer Nationalitäten[146]. Was das Selbstbestimmungsrecht der Völker anbelangt, wurde die Sowjetunion dabei zum Modell friedlichen Zusammenlebens in multi-nationalen Gesellschaften stilisiert, das es nachzuahmen gelte[147].

Wie noch zu zeigen sein wird, finden sich diese soeben umrissenen Inhalte sowjetischer Propaganda in einem Großteil der untersuchten Texte kommunistischer oder dem Kommunismus nahestehender Intellektueller. Dabei ist freilich nicht immer eindeutig festzustellen, ob dies tatsächlich die eigentliche Überzeugung der Autoren widerspiegelt oder ob die betreffenden Personen – sich selbst als Medium der Propaganda verstehend – die Inhalte lediglich reproduziert haben. Zweifelsfrei erscheint jedoch, dass eine entsprechende Beeinflussung nicht nur während, sondern auch schon vor der Reise stattgefunden hat. Den meisten wird dabei sehr wohl bewusst gewesen sein, dass derartige Interpretationsmuster stark vereinfachend und schematisch waren. Vielfach wurde jedoch gerade dies – als unabdingliches Mittel von Agitation – für durchaus notwendig gehalten und befürwortet. Eine solche Haltung kommt etwa in einem Brief Romain Rollands an Stefan Zweig zum Ausdruck, den er 1934, ein Jahr vor seiner Sowjetunionreise, verfasste:

„[J]e vous trouve très injuste ou mal informé, dans ce que vous écrivez (dans votre lettre) contre les Russes et leur prétendue invention de la ‚Propagande' intellectuelle. Comme si la ‚Propagande' n'avait pas existé de tout temps et en tous pays! Quel est donc le pouvoir qui n'en a pas usé? […] Quant à prétendre qu'en U.R.S.S. les cerveaux sont aplatis et la littérature asservie, c'est faux. […] Quand on est responsable de la construction d'un monde nouveau, on n'a pas le droit de le laisser saper par des ennemis déguisés sous la fausse ‚indépendance de l'esprit'."[148]

142 Vgl. Kalnins: Der sowjetische Propagandastaat, S. 205–228.
143 Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 132f.
144 Vgl. hierzu oben S. 50–54.
145 Vgl. Mick: Sowjetische Propaganda, S. 436.
146 Vgl. zu diesen Aspekten auch S. 166–176.
147 Vgl. Barghoorn: Soviet foreign propaganda, S. 130f.
148 Brief von Romain Rolland an Stefan Zweig aus Villeneuve vom 3. September 1934, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, lettres de Romain Rolland à Stefan Zweig, Mikrofilm 4583, Brief 400.

Allerdings wirkte die häufig stereotype Schwarz-Weiß-Malerei der kommunistischen Propaganda in einigen Fällen auch kontraproduktiv. In einem Brief an Henri Barbusse aus dem Jahr 1931 unterstrich Jean-Richard Bloch diese Gefahr und beklagte die „absence confondante de toute connaissance psychologique des masses européennes", durch die er die sowjetische Außendarstellung gekennzeichnet sah:

„Vous n'obtiendrez aucun crédit sur [l'opinion publique occidentale] en essayant de montrer les Soviets comme des petits saints, diplomatiquement purs et sans reproche. Une littérature qui réduirait les situations à la peinture du méchant ogre impérialiste menaçant et terrifiant le pauvre petit bolchevique innocent, – une littérature de ce genre a déjà été essayée un certain nombre de fois. […] L'expérience est faite qu'une pareille littérature ne prend pas sur le public, le lasse par sa fadeur et son insincérité trop évidente."[149]

Insgesamt ist also davon auszugehen, dass sowjetische Propaganda durchaus Einfluss auf das Sowjetunionbild eines wesentlichen Teils der behandelten Personen hatte. In einem gewissen Maße können dabei naiv-überzogene Erwartungen bestärkt worden sein. Jedoch muss dieser Zusammenhang differenziert betrachtet werden: Nicht immer werden die angebotenen Interpretationsschemata kritiklos und eins zu eins verinnerlicht worden sein. Gerade Intellektuelle, die sich in den Dienst der KP gestellt hatten und selbst aktiver Teil der sowjetischen Propagandamaschinerie waren, werden dazu tendiert haben, die vorgegebenen Topoi auch dann zu reproduzieren, wenn sie dabei eventuelle eigene Kritik zurückstellen mussten. Bei ideologisch weniger gebundenen Autoren konnten die häufig groben Vereinfachungen der Bolschewiki auch Zweifel wecken und eine längerfristig eher ambivalente Wirkung haben.

b) Die anfängliche Anziehungskraft Sowjetrusslands auf anarchistische und linkskommunistische Strömungen

Zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution war die revolutionäre Arbeiterbewegung Deutschlands und Frankreichs durchaus nicht ausschließlich vom Marxismus geprägt: Vor allem in Frankreich stand der extreme Flügel der Arbeiterbewegung bis zur Gründung und Bolschewisierung des PCF in erheblichem Maße unter dem Einfluss verschiedener anarchistischer und syndikalistischer[150] Strömungen; in ge-

[149] Brief von Jean-Richard Bloch an Henri Barbusse aus Poitiers vom 9. Januar 1931, BnF, Mss, Fonds Jean-Richard Bloch, Correspondance IV, Bl. 300f. Ganz ähnlich äußerte sich zu einem späteren Zeitpunkt auch Romain Rolland: In einem Brief vom 27. November 1938 [o. O.] schrieb er an Elena D. Stasova, eine hohe Kominternfunktionärin und Redakteurin der *Littérature internationale*: „[Si l'enseignement didactique] occupe tout le devant de la scène, le spectateur d'Occident se lasse et s'en va. Il n'aime pas qu'on lui fasse la leçon." In: Dialogue d'écrivains, S. 263f., hier S. 264.

[150] Da keiner der untersuchten Intellektuellen in besonderem Maße vom Syndikalismus geprägt war, wird dieser im Folgenden nicht vertieft behandelt – obwohl auch Syndikalisten Hoffnungen in das sowjetische Experiment setzten und in den Zielen der Bolschewiki Anknüpfungspunkte finden konnten: Ebenso wie jene strebten sie die Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Proletariats an – für welches allerdings nach syndikalistischen Vorstellungen die Gewerkschaften standen. Und ebenso wie die Bolschewisten lehnten die Syndikalisten die Beibehaltung staatlicher Strukturen nicht ab: Diese sollten nach der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft von den Gewerkschaften getragen sein. Die scheinbare Ähnlichkeit solcher Vorstellungen mit dem von den Bolschewiki propagierten Rätesystem machte das sowjetische Modell vor allem für Teile der französischen Syndikalisten attraktiv – wobei diese

ringerem Umfang waren diese in Deutschland ebenfalls existent. Und auch die marxistische extreme Linke war zunächst bei weitem nicht so homogen, wie sie es im Laufe der 1920er Jahre unter dem dominanten Paradigma des Marxismus-Leninismus werden sollte: Insbesondere in Deutschland gab es bis in die frühen 1920er Jahre quantitativ durchaus nicht völlig unbedeutende linkskommunistische Gruppierungen, die den Marxismus anders interpretierten als die Bolschewiki.

Auf den Großteil dieser teilweise heterogenen, teilweise aber auch miteinander vermischten Strömungen der revolutionären Arbeiterbewegung hatte der Erfolg der bolschewistischen Oktoberrevolution anfänglich eine erhebliche Anziehungskraft ausgeübt. Spätestens jedoch nach Lenins Verurteilung des Linksradikalismus als „Kinderkrankheit" des Kommunismus im Jahr 1920[151] und der endgültigen Absage der Komintern an einen Pluralismus innerhalb der kommunistischen Arbeiterbewegung im Jahr 1921 entstanden klarere Abgrenzungen zwischen den verschiedenen linksradikalen Bewegungen einerseits und den sowjetisch dominierten Kommunistischen Parteien andererseits. Anarchistische und syndikalistische ebenso wie linkskommunistische Strömungen, deren Mitglieder allerdings bereits zu einem erheblichen Teil zur größeren Erfolg versprechenden kommunistischen Massenpartei abgewandert waren, standen nun eindeutig außerhalb – und zwar links – von KPD bzw. PCF[152].

Erklärter Anarchist war zum Zeitpunkt der Sowjetunionreise lediglich einer der in dieser Arbeit behandelten Autoren: der Franzose Mauricius. Einige weitere Intellektuelle waren durch anarchistische Ideen beeinflusst, so etwa Madeleine Pelletier[153], Heinrich Vogeler[154] oder Armin T. Wegner[155]. Die Anziehungskraft, die die Oktoberrevolution in den ersten Jahren auf viele Anarchisten ausübte, ergab sich nicht nur aus dem Bewusstsein, ebenso wie die Bolschewiki Teil des extremsten und revolutionärsten Flügels der Arbeiterbewegung zu sein, und aus der

angenommene Parallele freilich auf einem Missverständnis beruhte, zumal faktisch von der Macht der Räte im sowjetischen System ohnehin in kürzester Zeit kaum etwas übrig bleiben sollte. Vgl. Schöttler: Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung, S. 448. S. auch Westergard-Thorpe: Syndicalist internationalism and Moscow 1919–1922. Allgem. zum revolutionären Syndikalismus vgl. Linden u. Thorpe: Aufstieg und Niedergang des revolutionären Syndikalismus; Bock: Anarchosyndicalism in the German Labour Movement; Mitchell: French syndicalism. Zur Haltung französischer Syndikalisten zu den Bolschewiki vgl. Schneider: Revolutionärer Syndikalismus und Bolschewismus.

151 Lenins Schrift richtete sich vor allem gegen linkskommunistische Strömungen in Deutschland und Großbritannien. Vgl. Lenin: Der „Radikalismus".

152 Zum Linksradikalismus in der Zeit zwischen den Weltkriegen sei insbes. verwiesen auf Bock: Geschichte des „linken Radikalismus" in Deutschland; ders.: Syndikalismus und Linkskommunismus. S. außerdem Bavaj: Von links gegen Weimar. Perspektivisch mit einbezogen werden die 1920er und 1930er Jahre auch in Gombin: Les origines du gauchisme.

153 Pelletier legte zwar Wert darauf, keine Anarchistin zu sein, veröffentlichte aber nach dem Ersten Weltkrieg regelmäßig Artikel in der anarchistischen Zeitschrift *Libertaire*. Vgl. Maignien: Madeleine Pelletier.

154 Vogeler hatte seit dem Ersten Weltkrieg begonnen, sich auch theoretisch mit Kommunismus und Sozialismus auseinanderzusetzen, und dabei Schriften des russischen Anarchisten Kropotkin gelesen. In der Kommune Barkenhoff lebte er u. a. mit Anarchisten zusammen. Vgl. Pforte: Soziale Phantasie und konkrete Utopie, S. 31f. u. 34.

155 Wegner betont in einem während seines Sowjetunionaufenthalts verfassten Brief an eine russische Freundin, dass er sich während seiner Reise „vom Anarchisten zum Bolschewisten entwickelt" habe. Vgl. Brief von Armin T. Wegner an Sina aus Moskau [o. D.], DLA, A: Wegner, 78.1.503/2.

Faszination, die der offensichtliche revolutionäre Erfolg der Bolschewiki mit sich brachte, sondern auch aus einer gewissen Übereinstimmung der Vorstellungen über die angestrebte Gesellschaftsordnung. Im Jahr 1920, wahrscheinlich kurz vor seiner Sowjetunionreise, unterstrich Mauricius, der trotz seines Bekenntnisses zum Anarchismus als Delegierter des PCF zum II. Kominternkongress nach Moskau kam, diese prinzipielle Identität der anarchistischen und bolschewistischen Ziele:

„Lénine lui veut s'emparer de la machine d'état pour la détruire et l'on ne voit pas bien comment les anarchistes pourraient procéder autrement […]."[156]

Ebenso wie der Marxismus, auf den Lenin sich berief, wollte auch der Anarchismus zu einer freiheitlichen Gesellschaftsform gelangen, in der es keine Ausbeutung, keine Klassen und keinen Staat mehr geben sollte. Lediglich hinsichtlich der Frage nach dem Weg dorthin waren sich die zwei „feindlichen Brüder" nicht einig: Die Marxisten gingen davon aus, dass die proletarische Revolution nicht sofort den Kommunismus hervorbringen könne und dass der Staat für einen gewissen Zeitraum auch nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie beibehalten werden müsse. Diese Übergangsperiode sollte nach Marx durch die „Diktatur des Proletariats" gekennzeichnet sein. Die Anarchisten hingegen glaubten, der Staat müsse durch eine Revolution auf einen Schlag abgeschafft und die Gesellschaft unmittelbar in den Kommunismus überführt werden. Neben der prinzipiellen Übereinstimmung der Ziele bestärkte auch die relativ wohlwollende Haltung der bolschewistischen Führung gegenüber westlichen Anarchisten die Hoffnungen, die viele von ihnen in das sowjetische Experiment setzten: Sie wurden von den Bolschewiki als gleichgesinnte, wenn auch fehlgeleitete Revolutionäre betrachtet, die potentielle Kommunisten und Verbündete gegen die Sozialdemokratie waren[157].

Doch schon ab den Jahren 1919/20 zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Gegensätze zwischen Anarchismus und Bolschewismus größtenteils unüberbrückbar waren: Die anarchistischen Strömungen waren von dezentral-föderalistischem sowie weitgehend antiautoritärem Denken geprägt und gründeten ihr Vorgehen auf die unmittelbare revolutionäre Aktion und Spontaneität der „Massen". Die Bolschewiki hingegen hatten in Russland die Herrschaft einer zentralistischen und autoritären Elitepartei aufgebaut, der die „Massen" zu folgen hatten, und forderten seit dem II. Kominternkongress die gleiche Taktik von allen Mitgliedsparteien der III. Internationale. Während die anarchistische Bewegung zudem durch Ideen französischer Theoretiker geprägt war, beriefen sich die Bolschewiki auf die historisch-materialistische Weltanschauung des Marxismus-

[156] Manuscrit de Mauricius Vandamme, Délégué du Parti communiste français, IFHS, Fonds Mauricius, 14 AS 451. Eventuell handelt es sich bei dem Manuskript um die von Mauricius für den II. Kominternkongress vorbereitete Rede. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist der Text vor seiner Sowjetunionreise entstanden, da das in ihm enthaltene relativ positive Bild des Bolschewismus nicht mit seinen Erlebnissen während der Reise (am Tag seiner Ankunft in Moskau wurde Mauricius verhaftet und, ohne über die Gründe informiert zu werden, erst nach einer Woche wieder freigelassen) und dem Ton seines unmittelbar danach entstandenen Reiseberichts vereinbar ist.

[157] Vgl. Hobsbawm: Der Bolschewismus und die Anarchisten, S. 87f. u. 104. Zur Entstehung von Marxismus und Anarchismus im 19. Jahrhundert und dem Verhältnis der beiden Bewegungen zueinander vgl. grundlegend Weber: Sozialismus als Kulturbewegung.

Leninismus. Die anfängliche Unterstützung und Faszination schlug deshalb sehr bald in deutliche Kritik und eine klare Abgrenzung vom Bolschewismus um[158]. Hierzu mögen auch Gerüchte über das Los der russischen Anarchisten während des bolschewistischen Terrors beigetragen haben: Die Tscheka strebte die Liquidierung aller anarchistischen Gruppen in Sowjetrussland an. Viele wurden als Oppositionelle inhaftiert und teilweise erschossen, nur wenige konnten sich wie der ukrainische Partisanenführer Nestor Machno ins Ausland retten[159].

Für die Wahrnehmung der Sowjetunion innerhalb der revolutionären Linken Deutschlands und Frankreichs spielte der anarchistische Blickwinkel allerdings ohnehin nur in den allerersten Jahren eine Rolle, denn die Bedeutung dieser Bewegung nahm in fast ganz Europa seit dem Ersten Weltkrieg merklich ab. Der deutsche Anarchismus, der auch vor 1914 kaum eine wesentliche Rolle gespielt hatte und hauptsächlich von einigen wenigen Künstlern und Intellektuellen getragen war, fiel spätestens mit dem Niedergang der bayerischen Räterepublik auf eine marginale Außenseiterposition zurück. Und selbst in Frankreich, wo lange ein wichtiger Teil der revolutionären Linken anarchistisch bis syndikalistisch und nicht marxistisch geprägt gewesen war, schwand der Einfluss dieser Ideologien rapide. Viele einfache Arbeiter, die die Masse der Bewegung ausgemacht hatten, gingen nach 1920 zum PCF über, der die französische revolutionäre Linke mehr und mehr auf den Marxismus ausrichtete[160].

Die zweite Traditionslinie des Linksradikalismus bildeten linkskommunistisch-marxistische Strömungen, die vor allem in Deutschland zeitweise eine relativ große Anhängerschaft und feste Organisationsstrukturen fanden[161]. Auch hier wandelte sich die anfänglich starke Anziehungskraft der Oktoberrevolution bald in Abgrenzung und grundlegende Kritik: Im Zuge der durch die Komintern forcierten Vereinheitlichung[162] entstanden – zunächst innerhalb, bald aber auch außerhalb der KPD – linkskommunistische Gruppierungen, die sich auf der Grundlage des Marxismus gegen das bolschewistische Vorgehen aussprachen. Ein wichtiger Vertreter des Linkskommunismus war zum Zeitpunkt seiner ersten Russlandreise Franz Jung, aber auch Persönlichkeiten wie etwa Heinrich Vogeler[163], Ernst Toller[164] und Oskar Maria Graf[165] standen diesen Tendenzen in den frühen 1920er Jahren nahe.

158 Zur Haltung deutscher Anarchisten zum Bolschewismus vgl. Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, S. 276–279.

159 Zur Behandlung der russischen Anarchisten durch die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution vgl. Wittkop: Unter der schwarzen Fahne, S. 210–221; Krämer-Badoni: Anarchismus, S. 255–262.

160 Vgl. Hobsbawm: Der Bolschewismus und die Anarchisten, S. 90–93.

161 In Frankreich entstand in den Jahren nach der Oktoberrevolution unter anderem deshalb keine nennenswerte linkskommunistische, marxistisch fundierte Kritik am Marxismus-Leninismus, weil Marx' Werk hier in den 1920er Jahren noch relativ wenig bekannt war. Vgl. Gombin: French Leftism, S. 33.

162 Zur Bolschewisierung von KPD und PCF vgl. den Überblick bei Wirsching: KPD und P.C.F. zwischen „Bolschewisierung" und „Stalinisierung", S. 278–286.

163 Vogeler war 1920, nach vorübergehender Mitgliedschaft in der KPD, der KAPD beigetreten. 1924 sollte er erneut KPD-Mitglied werden – allerdings nur bis zu seinem Parteiausschluss wegen „Rechtsabweichung" im Jahr 1929.

164 Toller gehörte in den Jahren 1918 bis 1920 zu den führenden Aktivisten der rätekommunistischen Münchner Räterepublik.

165 Graf trat öffentlich für die Bayerische Räterevolution ein.

Anders als in Frankreich, wo auch den überzeugtesten Revolutionären ein unmittelbarer kommunistischer Umsturz nach dem Ersten Weltkrieg wenig erfolgversprechend erscheinen musste, kam in den Monaten nach der Novemberrevolution in Deutschland auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung – vor allem unter Spartakisten und bei Teilen der USPD, also in Gruppierungen, die sich bis Ende 1920 in der KPD zusammenschließen sollten – die Erwartung auf, dass die politisch-sozialen Umwälzungen auf der Basis der Arbeiter- und Soldatenräte zur „Diktatur des Proletariats" weiterentwickelt werden könnten. Die Linkskommunisten, die sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Reaktion auf die Zentralisierung und Bürokratisierung der großen Arbeiterorganisationen formiert hatten, hielten auch nach der Errichtung eines liberal-parlamentarischen Systems in Deutschland am Ziel der unmittelbaren Revolution fest und verweigerten – entgegen der offiziellen Linie der KPD ab 1920 – jegliches Engagement innerhalb der Institutionen der neuen Republik. Während diese am Rätesystem orientierten und durch eine unmittelbare Revolutionserwartung charakterisierten Gruppierungen innerhalb der KPD zunächst die Mehrheit gebildet hatten, wurden sie ab Oktober 1919 in eine Minderheitenposition gedrängt. Die zunehmende Kritik am Kurs der von Moskau beeinflussten KPD führte bald zur Gründung verschiedener linkskommunistischer Organisationen – von denen vor allem die im April 1920 entstandene Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD), die zeitweilig über rund 43 000 Mitglieder verfügte, einige Bedeutung erlangen konnte[166].

Der KPD und den linkskommunistischen Bewegungen war vor allen Dingen die marxistisch-revolutionäre Weltanschauung gemeinsam. Darüber hinaus glaubten die deutschen Linkskommunisten fälschlicherweise lange, dass die eigene Taktik die völlige Billigung der Bolschewiki habe: Diese Vorstellung gründete sich nicht nur auf den allgemeinen Eindruck, dass der eigene revolutionäre Tatendrang mit dem der russischen Genossen übereinstimme, sondern auch auf das Bewusstsein einer gemeinsamen Opposition gegen die Sozialdemokratie[167]. Jedoch musste den Linkskommunisten im Zuge der innersowjetischen Ereignisse und der Entwicklungen in der Komintern zunehmend deutlich werden, dass die Differenzen zu den Bolschewiki erheblich waren: Die deutschen Linkskommunisten interpretierten den Marxismus im Lichte des rätekommunistischen Modells und gründeten ihre Strategie auf antiautoritäre, spontaneistische und föderalistische Prämissen. Im Gegensatz zu dem zentralistisch-autoritären System der bolschewistischen Partei wollten die Linkskommunisten mithilfe des Rätesystems eine tatsächliche, auf der Basis der „Massen" fußende „Diktatur des Proletariats" verwirklichen. Trotz des zunehmenden Bewusstseins von Meinungsverschiedenheiten bemühte sich die KAPD bis 1921 um eine Aufnahme in die III. Internationale: Einerseits, weil die Oktoberrevolution weiterhin als Erfolgsmodell einer kommunistischen Revolution gesehen wurde; andererseits aber auch, weil man hoffte, durch die Or-

166 Die Partei verlor nach 1921 zunehmend an Bedeutung und spaltete sich 1922 in unterschiedliche Richtungen auf. Zur KAPD vgl. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 225–287; ders.: Geschichte des „linken Radikalismus" in Deutschland, S. 74–169. Zu den linksrevolutionären Tendenzen in der frühen Weimarer Republik s. auch Broué: Révolution en Allemagne.

167 Vgl. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 251f.

ganisierung einer linken Opposition innerhalb der Komintern mehr Einfluss auf die internationale kommunistische Bewegung gewinnen zu können als in einer Außenseiterposition. Dass diese Bestrebungen nicht bereits früher scheiterten, ist auf die Strategie der Komintern zurückzuführen, den Mitgliedern linkskommunistischer Organisationen den Übertritt zur KPD durch eine scheinbar offene Haltung zu erleichtern[168].

Nach der endgültigen Abgrenzung vom Bolschewismus, etwa ab 1922, entwickelten deutsche Linkskommunisten eine grundsätzliche und theoretisch fundierte Kritik am russischen Modell: Sie forderten einen echten Rätekommunismus, der an die Stelle der Parteiherrschaft treten sollte, prangerten die zentralistischen Hierarchien und den Bürokratismus des sowjetischen Kommunismus an und interpretierten die Oktoberrevolution als letztlich bürgerliche und nicht proletarische Revolution[169]. Ähnlich wie die anarchistische Bewegung wurde freilich auch der Linkskommunismus im Zuge wirtschaftlicher und politischer Stabilisierung immer mehr marginalisiert; ein großer Teil der Mitglieder linkskommunistischer Organisationen, die auch danach die marxistisch-revolutionäre Weltanschauung nicht aufgaben, lief zur KPD über.

Die beschriebenen anarchistischen und linkskommunistischen Interpretationen des Bolschewismus waren für eine ganze Reihe der behandelten Intellektuellen prägend, nicht nur für den erklärten Anarchisten Mauricius, sondern auch für jene Reisenden, die im weiteren Sinne anarchistischen oder linkskommunistischen Strömungen nahestanden. Deren Argumente zentrierten sich, bei aller Heterogenität der unterschiedlichen Tendenzen und Gruppierungen, um drei wesentliche Punkte: Im Gegensatz zu den moskautreuen Kommunistischen Parteien wurde die unmittelbare revolutionäre Aktion außerhalb der parlamentarischen Institutionen gefordert, das Modell einer elitären Parteiherrschaft abgelehnt und stattdessen auf die Spontaneität der „Massen“ sowie dezentrale, föderalistische und antiautoritäre Organisationsformen wie das Rätesystem gebaut.

c) Die Faszinationskraft sowjetischer Experimente auf die künstlerisch-literarische Avantgarde und auf unterschiedliche Reformbewegungen

Von teilweise durchaus ähnlich utopischen Vorstellungen wie bei Kommunisten und Anarchisten konnte auch das Sowjetunioninteresse von Vertretern der künstlerisch-literarischen Avantgarde und von Anhängern verschiedener Reformbewegungen motiviert sein. Unter den behandelten Autoren finden sich mehrere, die vor allem in den 1920er Jahren in den sowjetischen Bemühungen zur Schaffung einer neuen Gesellschaft Parallelen zu ihren eigenen avantgardistisch-revolutionären bzw. reformerischen Vorstellungen sahen.

Vertreter der künstlerisch-literarischen Avantgarde gehörten, wie oben bereits ausführlicher dargestellt wurde, insbesondere in Deutschland zu den ersten begeisterten Befürwortern der Oktoberrevolution[170]. Mit großem Interesse verfolgten deutsche Expressionisten, Dadaisten und Förderer eines proletarischen

[168] Vgl. insges. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 251–274.
[169] Vgl. Gombin: Communisme de parti et communisme de conseils, S. 36–39.
[170] Vgl. hierzu mit Literaturhinweisen Abschnitt I.C.1.

Theaters sowie etwas später auch die kleinere Gruppe französischer Surrealisten das Wirken russischer Konstruktivisten und der *Proletkult*-Bewegung im „neuen Russland". Viele waren leicht geneigt, hierin die Realisierung eigener revolutionärer Vorstellungen zu sehen. Gemeinsam war ihnen dabei – neben der Ablehnung „bürgerlicher" Traditionen, an deren Stelle eine neue, radikal moderne Ästhetik treten sollte – oftmals der Glaube an die weltverändernde Kraft des Geistigen und eine entsprechende Höhergewichtung kultureller Faktoren gegenüber politischen und ökonomischen Einflüssen. Für eine ganze Reihe von Autoren kann davon ausgegangen werden, dass Einflüsse avantgardistisch-revolutionärer Strömungen die Erwartungen an das „neue Russland" mitprägten: Zu nennen sind so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Max Barthel, Wilhelm Herzog, Arthur Holitscher, Franz Jung, Heinrich Vogeler sowie auf französischer Seite Louis Aragon. Freilich gilt auch hier, dass sich ein Großteil entsprechender Vorstellungen vom „neuen Russland" letztlich als Missverständnis entpuppen sollte, wurden doch sowjetischer *Proletkult* und russische Avantgardekünstler von den Bolschewiki von Anfang an mit Misstrauen betrachtet und verloren schon bald wieder an Einfluss.

Was die Anhänger von Reformbewegungen anbelangt, so waren deren Erwartungen an die Sowjetunion insbesondere von reformpädagogischen und, auf deutscher Seite, allgemeineren lebensreformerischen Idealen geprägt. In der Tat waren die Aufbruchstimmung in der frühen Sowjetunion und die pädagogischen Experimente der Bolschewiki geeignet, das Interesse westlicher Reformpädagogen auf sich zu ziehen. Bis in die späten 1920er Jahre konnten sich hier verschiedene reformpädagogische Methoden – so etwa Versuche mit dem fächerübergreifenden Komplex-System, der Projektmethode oder dem Daltonplan[171] – relativ ungehindert entfalten. Das gesamte sowjetische Schulsystem war bis zum Beginn der 1930er Jahre am pädagogischen Leitbild der Einheits-Arbeitsschule orientiert, das auf einer Verbindung westlicher reformpädagogischer Ideen und marxistischer Prinzipien basierte und auch durch die von Tolstoj beeinflusste radikale Bewegung der freien Erziehung mitgeprägt war. Zu den wesentlichen Merkmalen der sowjetischen Einheits-Arbeiterschule gehörten unter anderem die Ablehnung der alten „Paukschule" sowie das Ideal der Schülerselbstverwaltung und eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Lehrern und Schülern. In didaktischer Hinsicht versuchte der neue Schultyp produktive Arbeit mit polytechnischer Bildung zu verbinden. Freilich sah die praktische Umsetzung dieser Prinzipien teilweise höchst uneinheitlich aus; zudem behinderten vor allem bis in die frühen 1920er Jahre häufig gravierende materielle Mängel die Realisierung der neuen pädagogischen Leitbilder. Ungeachtet dieser Widrigkeiten riefen die sowjetischen Bemühungen um neue Wege im Bereich von Erziehung und Bildung ein lebhaftes Echo unter westlichen Reformpädagogen hervor[172]. Allerdings sollten die sowjetischen Bildungsexperimente im Zuge des Ersten Fünfjahresplans schnell ein Ende

[171] Die Unterrichtsmethode des Daltonplans wurde von der Amerikanerin Helen Parkhurst entwickelt und 1920 in Dalton/Massachusetts eingeführt. Sie zielt auf eigenständiges, individuelles Lernen nach einem schriftlichen Arbeitsplan und unter beratendem Beistand von Lehrern.
[172] Vgl. Anweiler: Erziehungs- und Bildungspolitik, S. 16–33.

finden: An ihre Stelle trat ab 1931 zunehmend die autoritäre Lern- und Leistungsschule der Stalin-Ära, die vor allem auf die Heranbildung qualifizierter Kader zielte, um den durch den Plan definierten Bedarf der zentralistischen Volkswirtschaft an geschulten Arbeitskräften optimal decken zu können[173].

Zu den faszinierten westlichen Beobachtern der frühen sowjetischen Bildungsexperimente gehörte der französische Reformpädagoge Célestin Freinet, der 1925 die Sowjetunion besuchte: Er selbst hatte in den Jahren 1923 bis 1925 in mehreren Artikeln, die in Barbusses Zeitschrift *Clarté* unter dem Titel „Vers l'Ecole du prolétariat" erschienen[174], die Vision einer neuen Pädagogik entwickelt. Diese kam in gewissen Punkten den in der Sowjetunion der 1920er Jahre vorherrschenden schulischen Idealen durchaus nahe: Wie die Bolschewiki grenzte sich Freinet vom hergebrachten Frontalunterricht ab. Stattdessen forderte er Lehrmethoden, die von den Interessen des Kindes ausgehen. Nach Freinet sollten die Lehrmaterialien – vor allem die Texte, mit denen gearbeitet wird – von den Schülern selbst erstellt werden: Lernziele wie Grammatik, Stil und Wortgebrauch, aber auch Arithmetik könnten dann nach Freinet anhand dieser von den Kindern frei verfassten Texte („le texte libre") umgesetzt werden. Die so überarbeiteten Manuskripte sollten schließlich gedruckt werden („l'imprimérie à l'école"), um in ihrer endgültigen Form fixiert zu bleiben und gegebenenfalls wiederverwendet werden zu können. Vor allem die Idee der „imprimérie à l'école" musste die in der Sowjetunion auch in Schulen weit verbreitete Praxis der Wandzeitung für Freinet besonders interessant machen. Und auch sein Bild vom Lehrer – nach dem dieser nicht mehr als alleiniger Inhaber von als absolut betrachtetem Wissen erschien, sondern eher zu einem Organisator der gemeinsamen Arbeit wurde – ähnelte dem sowjetischen Ideal[175]. Ebenso wie Freinet brachte auch Maurice Wullens, der gemeinsam mit diesem die Sowjetunion bereiste und ebenfalls „instituteur", also Grundschullehrer war, ein besonderes – wenngleich weniger theoretisch fundiertes – Interesse für die pädagogischen Experimente in der Sowjetunion mit.

Auch bei dem deutschen Maler Heinrich Vogeler beeinflussten reformpädagogische Vorstellungen die Erwartungen an die Sowjetunion. Allerdings sind diese bei Vogeler im Kontext sehr viel umfassenderer, sozialistischer sowie auch lebensreformerischer Ideale zu sehen. Vogeler hatte bereits 1895 den Barkenhoff in der wenige Jahre zuvor gegründeten Künstlerkolonie Worpswede erworben. Die Sehnsucht des Malers nach einem einfachen und naturnahen Leben verband sich hier seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend mit dem Versuch der Realisierung sozialer Utopien[176]. Unter dem Eindruck frühsozialistischer und linksradikaler Einflüsse gründete Vogeler 1919 die Arbeitskommune Barkenhoff – eine „kommunis-

[173] Vgl. ebd., S. 45–66.

[174] Die Artikel erschienen am 15. November 1923, 1. Juni 1924, 1. Mai 1925 und im Juni 1925 in *Clarté*.

[175] Zu Freinets Reformpädagogik vgl. insges. Acker: Célestin Freinet; Kock: Célestin Freinet; Bruns: Demokratie und soziale Gerechtigkeit; Peyronie: Célestin Freinet; Célestin Freinet et l'Ecole moderne, hg. v. Lamihi; sowie Freinet: Erziehung ohne Zwang.

[176] Vgl. Pforte: Soziale Phantasie und konkrete Utopie, S. 26–38; sowie insges. zum politischen Engagement Vogelers in den frühen 1920er Jahren Bavaj: Lebensideologischer Kommunismus als Alternative.

tische Insel im kapitalistischen Staat“[177]. Zentral war hierbei unter anderem die Idee, dass die angestrebte ideale Gemeinschaft auf der Grundlage von radikal neuen Erziehungsmethoden entstehen und gefestigt werden sollte[178]. Die Grundprinzipien der Arbeitsschule des Barkenhoffs wiesen in einigen Punkten deutliche Ähnlichkeiten mit den reformpädagogischen Ansätzen der Bolschewiki auf: So sollte auch auf dem Barkenhoff eine Verbindung von polytechnischem Unterricht und produktiver Arbeit realisiert werden. Und ähnlich wie die russischen Schulreformer forderte Vogeler eine Arbeitsgemeinschaft von Kindern und Erwachsenen, die an die Stelle autoritären Unterrichts der alten „bürgerlichen“ Schule gesetzt werden sollte[179].

Das Bild des neuen Menschen und der neuen Gesellschaft, das Vogelers sozialen Utopien zugrunde lag, war unter anderem durch die Lebensreformbewegung mitgeprägt, die seit dem späten 19. Jahrhundert in Deutschland und der Schweiz in Reaktion auf Industrialisierung und Urbanisierung entstanden war[180]. In der Befürchtung, dass die Entwicklungen der Moderne beim Einzelnen, aber auch für die Gesamtgesellschaft zu Schäden führe, suchte die Lebensreformbewegung Wege zu einer alternativen Lebensweise, die es dem Menschen erlauben sollte, im Einklang mit der Natur und der Gesellschaft zu leben. Zu den teilweise recht disparaten Strömungen, die der Lebensreform zugerechnet werden können, gehören unter anderem Ernährungsreform, Naturheilkunde, Körperkultur, Kleidungsreform, Gartenstadt- und Siedlungsbewegung und auch Tendenzen der Reformpädagogik. Wie viele Lebensreformer glaubte Vogeler an die jedem Menschen innewohnenden natürlichen und schöpferischen Kräfte, deren freie Entfaltung es zu fördern gelte. Und auch er suchte jenen harmonischen Zustand, in dem der Mensch einen organischen Teil von Natur und Gesellschaft bilden sollte[181]. Wie noch gezeigt werden soll, waren Vogelers Erwartungen an das sowjetische Experiment wesentlich durch dieses utopische Menschen- und Gesellschaftsbild geprägt[182].

Vogeler und auch der Arzt Friedrich Wolf, der 1921 zeitweilig in Vogelers Kommune Barkenhoff lebte, waren außerdem Anhänger eines bestimmten Zweiges der Lebensreformbewegung: Beide begeisterten sich für die „freie Körperkultur“. Diese war die radikale Variante einer allgemeineren Strömung, die sich seit der Jahrhundertwende zunehmend für Körperpflege, Körperkultur und Körperhygiene interessierte[183]. In Vogelers sozialen Utopien spiegelte sich das Interesse für

[177] Vogeler: Siedlungswesen und Arbeitsschule, S. 126. Die Kommune Barkenhoff brach 1922 auseinander. In den Jahren 1923 bis 1932 wurde der Barkenhoff als Kinderheim der *Roten Hilfe Deutschlands* genutzt.

[178] Zur Verbindung von lebensreformerischen Gesellschaftsutopien und Reformpädagogik vgl. allgem. Skiera: Über den Zusammenhang von Lebensreform und Reformpädagogik.

[179] Vgl. Pforte: Soziale Phantasie und konkrete Utopie, S. 29–32. Die wichtigsten Schriften Vogelers zur Arbeitsschule finden sich in: Vogeler: Das neue Leben, S. 115–160.

[180] Zur Lebensreformbewegung vgl. allgem. Krabbe: Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform; Barlösius: Naturgemässe Lebensführung; Die Lebensreform, 2 Bde., hg. v. Buchholz u. a.; Fritzen: Gesünder leben; Sinnsuche und Sonnenbad, hg. v. Schwab u. Lafranchi. S. außerdem zusammenfassend Schwab: Monte Verità – Sanatorium der Sehnsucht, S. 34–49; Merta: Wege und Irrwege zum modernen Schlankheitskult, S. 25–92; Kurzmeyer: Viereck und Kosmos, S. 13–32; Hepp: Avantgarde, S. 75–78.

[181] Vgl. Pforte: Soziale Phantasie und konkrete Utopie, S. 20–26.

[182] Vgl. unten S. 285–287.

[183] Vgl. Wedemeyer-Kolwe: „Der neue Mensch“; sowie Fritzen: Gesünder leben, S. 231–252.

Freikörperkultur in seinen Forderungen nach nacktem Turnen und Tanzen von Kindern und Erwachsenen[184]. Bei dem Naturheilkundler und Sozialmediziner Wolf war das Augenmerk auf den menschlichen Körper stärker medizinisch fundiert: In den 1920er Jahren publizierte er eine Reihe von populär geschriebenen Texten mit naturärztlichen Empfehlungen für ein gesünderes Leben, die in Deutschland einige Verbreitung fanden. Im Zentrum standen hierbei neben der gesunden Ernährung vor allem Sport und Körperkultur. Die Freikörperkultur, die unter anderem auf die heilende Wirkung von Sonnen- und Luftbädern setzte, spielte in Wolfs ganzheitlicher Sicht auf die menschliche Gesundheit zwar keine zentrale Rolle, im privaten Leben jedoch pflegte er sie ausgiebig[185]. Wenngleich die Nudistenbewegung in der frühen Sowjetunion keinerlei Entfaltung fand, war die sowjetische Kultur des menschlichen Körpers durchaus geeignet, das Interesse von Vogeler und Wolf auf sich zu ziehen: Die sowjetische Macht propagierte – freilich in anderen ideologischen Kontexten und mit anderen Intentionen – das Ideal eines gesunden und durchtrainierten Körpers[186], das auch für Teile der Lebensreformbewegung im Mittelpunkt stand.

Anhänger unterschiedlichster moderner Avantgarde- und Reformbewegungen, die im weitesten Sinne von ganzheitlichen Vorstellungen eines neuen Menschen inspiriert waren, konnten also eine Reihe von Anknüpfungspunkten zu den künstlerischen und gesellschaftlichen Experimenten finden, denen der sowjetische Staat insbesondere während Kriegskommunismus und NĖP Raum bot. Dabei waren reformpädagogische Vorstellungen zumeist nicht in dem Maße utopisch aufgeladen wie die sehr viel umfassenderen Konzepte der künstlerisch-literarischen Avantgarde und der Lebensreformbewegung. Dementsprechend war auch die Diskrepanz zwischen reformpädagogischen Ideen und der konkreten Bildungspolitik der Bolschewiki, zumindest in den 1920er Jahren, nicht ganz so groß. Von einer Tendenz, überzogene und realitätsferne Hoffnungen auf die Sowjetunion zu projizieren, ist eher im Falle einiger avantgardistischer Künstler und Literaten und vor allem des Lebensreformers Vogeler auszugehen.

d) Sowjetrussland als „genossenschaftliche Republik"?

Auch der am Collège de France lehrende Wirtschaftsprofessor Charles Gide brachte 1923 ein sehr spezifisches Interesse mit in die Sowjetunion: Er hatte sich schon seit den 1880er Jahren nicht nur in seinen wissenschaftlichen Arbeiten intensiv mit der Theorie der Konsumgenossenschaft beschäftigt, sondern gehörte auch zu den wichtigsten Organisatoren des französischen Genossenschaftswesens. Gide glaubte, dass nach dem Aufbau eines umfassenden Netzes von Konsumgenossenschaften der Besitz von Produktionsmitteln sowie der Handel keinen Profit mehr bringen würden. Der Aufbau von Konsumgenossenschaften stellte somit für

184 Vgl. Pforte: Soziale Phantasie und konkrete Utopie, S. 34f.
185 Vgl. Müller (Hg.): Wer war Wolf?, S. 89–96.
186 Die sowjetischen Vorstellungen von Hygiene, Kraft und Schönheit bargen schon sehr früh auch totalitäre Tendenzen: Sport und Körperkultur wurden vom sowjetischen Staat zunehmend instrumentalisiert, um den menschlichen Körper und seine Leistungsfähigkeit zu perfektionieren. Paraden und sportliche Wettkämpfe dienten immer auch der Propaganda für das sozialistische Menschenbild. Vgl. insges. Ruffmann: Sport und Körperkultur in der Sowjetunion; sowie Baberowski: Der rote Terror, S. 99f.

Gide den Weg zur Emanzipation der Arbeiterklasse dar; das Genossenschaftswesen sah er als Instrument grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen.

Trotz seiner von Anfang an kritischen Haltung zum Bolschewismus musste Gide aufgrund dieser Erwartungshaltung auch fasziniert vom sowjetischen Experiment sein: In großem Maßstab sah er hier den Versuch, eine Gesellschaft und Wirtschaft ohne den Motor des Profits zum Funktionieren zu bringen. Hinzu kommt, dass das russische Genossenschaftswesen sich während der NĖP, freilich stets als Element des Staatskapitalismus, relativ frei entfalten konnte. Somit waren die Hoffnungen Gides, der 1923 die Sowjetunion bereiste, dort könne die von ihm erträumte „genossenschaftliche Republik" entstehen, durchaus nicht völlig aus der Luft gegriffen[187]. Der Aufschwung des Genossenschaftswesens wurde in der Sowjetunion erst im Kontext der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der 1920er Jahre beendet bzw. pervertiert[188].

3. Der Traum von der Gleichheit: Perspektiven benachteiligter Gruppen

Die verheißungsvolle Vorstellung sozialer Gleichheit, auf die sich das Projekt der Bolschewiki gründete, wurde von einer ganzen Reihe der behandelten Autoren nicht allein auf das Proletariat bezogen, sondern auch auf andere gesellschaftlich benachteiligte Gruppen – denen die ihrer Herkunft nach zumeist bürgerlichen Intellektuellen im Übrigen oftmals persönlich näher standen als der Arbeiterklasse. Tatsächlich war die Politik der Bolschewiki – zumindest bis in die frühen 1930er Jahre – geeignet, entsprechenden auf die Sowjetunion gerichteten Erwartungen Nahrung zu geben. Von besonderer Bedeutung für die untersuchte Personengruppe scheinen dabei Hoffnungen auf eine gleichberechtigte Anerkennung von Juden, Frauen und Homosexuellen gewesen zu sein.

a) Die „Lösung der Judenfrage" durch den Sozialismus? Hoffnungen jüdischer Intellektueller

Wie oben bereits ausgeführt, gab es vor allem in der Weimarer Republik zahlreiche Linksintellektuelle, die jüdischer Herkunft waren[189]. Von den in dieser Arbeit untersuchten Deutschen hatten dreizehn einen jüdischen Hintergrund[190], wäh-

[187] Allgem. zu Charles Gides Haltung zum Bolschewismus und zu Sowjetrussland vgl. Pénin: Charles Gide, S. 216–227. Zu den Hoffnungen, die er auf Sowjetrussland richtete, vgl. ebd., S. 219. S. auch die Schriften Gides zu diesem Thema in: Charles Gide: Les œuvres de Charles Gide, Bd. 7, S. 137–148.

[188] Aus der neueren Literatur zum russischen und sowjetischen Genossenschaftswesen sei für die Zeit zwischen den Weltkriegen verwiesen auf: Bilimovič: Kooperacija v Rossii [Das Genossenschaftswesen in Russland], S. 88–130; Titaev: Vlast'. Bednost'. Kooperacija [Macht. Armut. Genossenschaftswesen], S. 97–118; Čan Čžin: Gosudarstvennaja vlast' i kooperativnoe dviženie [Staatliche Macht und genossenschaftliche Bewegung], S. 181–222; Kabanov: Kooperacija, Revoljucija, Socializm [Genossenschaftswesen, Revolution, Sozialismus], S. 74–203; Todev u. a.: Perversion einer Idee, S. 35–90.

[189] In dieser Arbeit wird der Begriff „jüdischer Intellektueller" allgemein für Intellektuelle verwendet, die jüdischer Herkunft waren – auch dann, wenn sie die jüdische Religion nicht mehr praktizierten. Vgl. oben S. 48.

[190] Benjamin, Feuchtwanger, Friedländer, Goldschmidt, Gumbel, Heller, Holitscher, Kisch, Roth, Seghers, Toller, Weiskopf und Wolf.

rend sich unter den behandelten Franzosen nur drei finden[191]. Anhand der Reiseberichte dieser jüdischen Autoren lässt sich zeigen, dass ein großer Teil von ihnen ein besonderes Interesse für das Schicksal der in der Sowjetunion lebenden Juden mitbrachte[192]. Freilich gab es auch nichtjüdische Reisende, die sich mit der Frage der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion beschäftigten; dabei war die Stellung der sowjetischen Juden insofern von besonderer Bedeutung, als diese im Zarenreich sehr harten Diskriminierungen ausgesetzt gewesen waren. Im Gegensatz zur Perspektive der jüdischen Intellektuellen jedoch scheint der Blick dieser Autoren in der Regel weniger von einem besonderen Problembewusstsein für die „jüdische Frage" geprägt gewesen zu sein.

Um zu erläutern, welche Vorannahmen Einfluss auf die Wahrnehmungen jüdischer Intellektueller während der Sowjetunionreise haben konnten, soll in diesem Abschnitt ein knapper Überblick zur Debatte innerhalb der deutschen Linken über die „Judenfrage" im 19. und frühen 20. Jahrhundert gegeben werden. Das Thema wurde von fast allen namhaften Vertretern der deutschen Linken aufgegriffen, und die Diskussion lässt sich über mehrere Jahrzehnte hinweg verfolgen. Die Theoretiker der französischen Linken hingegen haben sich weitaus weniger intensiv mit dem „jüdischen Problem" auseinandergesetzt. Die Beschränkung auf Deutschland in diesem Abschnitt ergibt sich darüber hinaus auch aus der Tatsache, dass das Thema in höherem Maße für die behandelten Deutschen relevant war – nicht nur, weil der Anteil jüdischer Linksintellektueller hier um ein Vielfaches größer war, sondern auch, weil sich die sogenannte Judenfrage für die in Deutschland lebenden Juden mit ganz anderer Dringlichkeit als in der Dritten Republik stellte[193]. Friedmann, der einzige einbezogene Franzose mit jüdischem Hintergrund, der sich im Kontext seiner Sowjetunionreise intensiv mit dem „jüdischen Problem" auseinandersetzte[194], war an der marxistischen Theorie – und somit am deutschen und sowjetischen Diskurs – und weniger an französischen Theoretikern des Sozialismus orientiert.

Die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik lebenden jüdischen Intellektuellen waren in der Regel in hohem Maße assimiliert und zumeist stark von säkularen, modernen und laizistischen Strömungen beeinflusst. Dennoch blieb für sie fast immer das Gefühl prägend, einer ganz bestimmten Gruppe anzugehören: Sowohl die Fremd- als auch die Selbstwahrnehmung war stets durch die jüdische

[191] Bloch, Friedmann und Weiss.

[192] Vgl. hierzu Abschnitt IV.B.4.b).

[193] Vgl. Thau: Romans de l'impossible identité, S. 3f. u. 415–422. Obwohl es auch in Frankreich nicht unerhebliche antisemitische Strömungen gab – was nicht zuletzt die Dreyfus-Affäre zeigte – und obwohl sich auch hier das Problem der Integration von Zuwanderern aus dem Osten stellte, waren Juden in der Dritten Republik weitaus weniger Diskriminierungen ausgesetzt als im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In Frankreich hatten Juden nicht nur die Möglichkeit, in der Wirtschaft und in freien Berufen aufzusteigen, ihnen standen auch hohe Ämter in Politik und Staatsdienst, in der Armee und an den Universitäten offen. Jüdische Intellektuelle waren in der Dritten Republik nicht zu dem Außenseiterdasein verurteilt, das für viele deutsche Juden prägend war. Zur Geschichte der Juden in Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Wilson: Bernard-Lazare; Hyman: From Dreyfus to Vichy; Graetz: Les Juifs en France au XIX^{e} siècle; Marrus: Les Juifs de France à l'époque de l'affaire Dreyfus; Birnbaum (Hg.): Histoire politique des Juifs de France; ders.: Les fous de la République. S. auch ders.: Un mythe politique.

[194] Vgl. Friedmann: De la Sainte Russie à l'U.R.S.S., S. 186–195.

Herkunft mitbeeinflusst, wodurch schwer lösbare identitäre Fragen aufgeworfen wurden[195]: Auf der einen Seite waren die deutschen Juden durch die weit fortgeschrittene Assimilation der jüdischen Tradition in hohem Maße entfremdet; auf der anderen Seite jedoch blieben sie trotz allem für die Gesellschaft, in der sie lebten, Außenseiter, die in bestimmten Bereichen, etwa an den Universitäten oder im Staatsdienst, Diskriminierungen ausgesetzt waren. Viele Juden prägte aufgrund dieser gesellschaftlichen Situation ein starkes Gefühl der Entwurzelung – dessen positive Kehrseite allerdings eine hohe geistige Autonomie war[196]. Die Widersprüchlichkeiten, mit denen deutsche Juden leben mussten, wurden durch die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmende Einwanderung osteuropäischer Juden erheblich verstärkt: Diese konfrontierten sie mit einer anderen jüdischen Gemeinschaft, die Trägerin einer lebendigen jüdischen Kultur war und durch deren Präsenz nicht nur die Assimilation in Frage gestellt, sondern auch dem Antisemitismus neue Nahrung gegeben wurde[197].

Der Begriff „Judenfrage" – heute oftmals primär vor dem Hintergrund der Vernichtungspolitik des Dritten Reiches verstanden – verwies in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auf diese problematische Spannung zwischen jüdischer Identität und Assimilation, die für viele in Deutschland lebende Juden prägend war. Die „Judenfrage", die zunächst von Nichtjuden mit häufig antisemitischem Hintergrund formuliert, dann aber auch von Juden als Kennzeichnung eines existierenden Problems aufgegriffen wurde, implizierte einen ganzen Komplex von unterschiedlichen Aspekten: Worin bestanden die historischen Wurzeln jüdischen Andersseins? Waren die Juden eine Rasse, eine kulturell definierte Nation, eine sozioökonomische „Kaste" oder lediglich eine Religionsgemeinschaft? Und vor allem: Sollte das Judentum auch in Zukunft eine eigene Geschichte haben oder aber durch Assimilation in der Gesamtgesellschaft aufgehen?[198]

Im frühen 19. Jahrhundert war die Haltung der deutschen Linken zum „jüdischen Problem" von den aufklärerischen Zielen der Französischen Revolution bestimmt gewesen: Das Judentum wurde als eine Art soziale Anomalie betrachtet, die jedoch durch stufenweise Anpassung aufgehoben werden könne. Hierfür kam der Begriff der „Emanzipation" auf, der nach den Revolutionen von 1848 starke Verbreitung erfuhr. Jüdische Emanzipation wurde weitgehend mit der Auflösung jüdischer soziokultureller Identität gleichgesetzt – eine Haltung, die der Großteil der in Deutschland lebenden Juden selbst verinnerlichte[199]. Die Vorstellung, dass die „Judenfrage" früher oder später durch ein Aufgehen der Juden in der Gesamt-

195 S. hierzu Thau: Romans de l'impossible identité, S. 407–435, der auch den Vergleich zu Frankreich zieht.
196 Vgl. Grebing: Jüdische Intellektuelle in der deutschen Arbeiterbewegung, S. 20.
197 Vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 50–56, sowie Thau: Romans de l'impossible identité, S. 6f. Allgem. zur Geschichte der Juden in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert vgl. Lowenstein u. a.: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 3; Barkai u. Mendes-Flohr: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 4; Brenner: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik; Traverso: Les Juifs et l'Allemagne; Weltsch: Die deutsche Judenfrage.
198 Vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 25–28. Zum Begriff „Judenfrage" vgl. Bein: Die Judenfrage, Bd. 1, S. 1–8; Mazura: Zentrumspartei und Judenfrage, S. 16–21; Thau: Romans de l'impossible identité, S. 11–15.
199 Vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 27.

gesellschaft gelöst sein werde, blieb auch im frühen 20. Jahrhundert innerhalb der Linken weit verbreitet. Allerdings erfuhr dieses Interpretationsmuster in sozialistisch-kommunistischen Kreisen eine spezifische Färbung, die aus der Anwendung des Marxismus auf das „jüdische Problem" resultierte[200].

Ausgehend vom Fortschrittsgedanken und dem teleologischen Geschichtsbild des Marxismus vertraten im frühen 20. Jahrhundert sozialdemokratische Theoretiker – so etwa Otto Bauer und Karl Kautsky[201] – die Ansicht, dass die Assimilation der Juden und die Überwindung des Antisemitismus im Zuge der natürlichen Evolution der Gesellschaft zwingend eintreten würden. Beide Phänomene – die Existenz der Juden als spezifische gesellschaftliche Gruppe und die Judenfeindlichkeit – erschienen vor dem Hintergrund des historischen Materialismus als archaische Überbleibsel, die im Laufe des historischen Fortschritts völlig verschwinden würden. Häufig wurde die jüdische Gemeinschaft, wie sie sich im Feudalismus entwickelt hatte, nicht als Nation, sondern als sozioökonomisch definierte Gruppe von Händlern und Wucherern – Kautsky spricht von einer „Kaste" – verstanden. Seit dem Aufkommen des Kapitalismus seien die Juden in westlichen und mitteleuropäischen Ländern durch Assimilation im schrittweisen Verschwinden begriffen. Die osteuropäischen Juden der Gegenwart jedoch ähnelten noch immer der mittelalterlichen „Kaste". Vor dem Hintergrund dieser Interpretation war es naheliegend, davon auszugehen, dass die Realisierung des Sozialismus das „jüdische Problem" endgültig gegenstandslos machen würde – eine These, die etwa Otto Heller in seinem 1931 publizierten Buch „Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik, ihre Lösung durch den Sozialismus" vertrat[202].

Die Interpretation der „Judenfrage" durch die sowjetische KP, die III. Internationale und die KPD nach dem Ersten Weltkrieg basierte ebenfalls auf der marxistischen Theorie und folgte weitgehend den sozialdemokratischen Theoretikern. Lösungsentwürfe anderer linker Strömungen, etwa des jiddischen Sozialismus oder des sozialistischen Zionismus[203] – die beide eher osteuropäische Phänomene waren – wurden in Mittel- und Westeuropa nur sehr schwach rezipiert und in der Sowjetunion zunehmend marginalisiert. In Deutschland schenkte die KPD dem „jüdischen Problem" insgesamt nur wenig Aufmerksamkeit. Zwar wurde von ihr der Antisemitismus mit dem Argument bekämpft, dass dieser nur dem „Kapitalismus" Vorschub leiste, weil er die Arbeiterklasse spalte und so die revolutionäre Bewegung bremse. Doch geschah dies eher zögerlich: zum einen, weil die Gefahr

200 Dabei wurde auch Marx' Schrift „Zur Judenfrage" von einigen Autoren als Bestätigung herangezogen – obwohl ihre Übereinstimmung mit den theoretischen Grundlagen des Marxismus in der heutigen Forschung umstritten ist. Vgl. hierzu Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 38–44. Zur Haltung von Vertretern der frühen Arbeiterbewegung zur Judenfrage vgl. Na'aman: Die Bedeutung der Judenfrage in der frühen Arbeiterbewegung; Bensussan: Die Judenfrage in den Marxismen.

201 Speziell zu diesen beiden Theoretikern vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 90–101. Zu Kautskys Haltung s. auch Jacobs: Sozialisten und die „jüdische Frage" nach Marx, S. 17–49.

202 Pointiert zusammengefasst findet sich die theoretische Argumentation Hellers auch in seinem Aufsatz „Kommunismus und Judenfrage". Zu Heller und seinem Buch vgl. oben S. 102f. S. auch Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 274–279.

203 Zu diesen beiden Strömungen vgl. ausführlich Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage.

eines rassisch motivierten Judenhasses unterschätzt wurde, zum anderen, weil die KPD rechten Stereotypen vom „jüdischen Kommunismus“ keine Nahrung geben wollte[204].

Die Politik der sowjetischen KP in den 1920er Jahren schien schon eher die Hoffnungen linker jüdischer Intellektueller auf eine Lösung der „Judenfrage“ durch den Sozialismus zu berechtigen: Obwohl auch Lenin die Juden, theoretisch gesehen, nicht für eine Nation, sondern für eine „Kaste“ hielt, wurden die sowjetischen Juden wie eine nationale Minderheit behandelt. Die gravierenden Diskriminierungen der zaristischen Zeit blieben seit der Februarrevolution abgeschafft, und der zuvor häufig blutige Antisemitismus wurde durch die Bolschewiki energisch bekämpft. Gleichzeitig wurde seit Mitte der 1920er Jahre jüdische Kultur, so wie die anderer nationaler Minderheiten, durch die Schaffung eigener Schulen und kultureller Einrichtungen gefördert: Ziel war allerdings die Kreierung einer jüdischen proletarischen Kultur, die gemäß Stalins Losung „der Form nach national und dem Inhalt nach sozialistisch“ sein sollte[205]. Die Bolschewiki versuchten auch, die als „kleinbürgerlich“ und „unproduktiv“ betrachtete Wirtschaftsstruktur der sowjetjüdischen Bevölkerung zu verändern und Juden in Landwirtschaft und Schwerindustrie zu integrieren. Die sowjetischen Ansiedlungsprojekte zur Bildung jüdischer Kolonien vor allem in der Ukraine und im fernen Osten strebten also letztlich die „Produktivierung“ der Juden an, um sie so von ihrem Dasein als „Kaste“ zu befreien. Ein weiteres Ziel dieser jüdischen Kolonisation war es, dem als reaktionär und nationalistisch bekämpften Zionismus eine innerhalb der Sowjetunion realisierbare territoriale Lösung der „jüdischen Frage“ entgegenzusetzen. Dass die Förderung der Juden als nationale Minderheit der Sowjetunion nicht frei von Widersprüchen war und die Begünstigung von Assimilation nicht nur auf Freiwilligkeit setzte, steht außer Frage: Die von 1918 bis 1930 existierende Jüdische Sektion der KP beschränkte sich nicht darauf, nicht-proletarische jüdische Kultur als kleinbürgerlich und reaktionär zu brandmarken; sie griff auch zu Mitteln wie Infiltration, Drohung, Zwang und Gewalt, um eigenständige Organisationen jüdischen Lebens zu zerschlagen[206].

Der offizielle kommunistische Standpunkt zur „Judenfrage“ war freilich nicht die einzig mögliche Interpretation nach Marx: In Mitteleuropa gab es auch vereinzelte jüdische Intellektuelle, die eine eigene und sehr spezifische, marxistische Vision der „Judenfrage“ entwickelten, die sich signifikant von der Parteilinie unterschied. Die Vorstellungen dieser Autoren, zu denen Ernst Bloch, Georg Lukács (in seiner frühen Phase) und auch Walter Benjamin zählen, fußten auf der von der

[204] Zur Haltung der Weimarer KPD vgl. Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 265–297. S. auch ders.: Rosa Luxemburg, ihre Partei und die Judenfrage; sowie ders.: Die Kommunistische Partei Deutschlands zur Judenfrage.

[205] Zitiert nach Engel: Das sowjetische Judentum zwischen den Kriegen, S. 215.

[206] Zur Haltung der sowjetischen KP in der Zeit zwischen den Weltkriegen vgl. Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 138–210. Allgem. zur Geschichte der Juden in der Sowjetunion s. Kochan (Hg.): The Jews in Soviet Russia since 1917; Goldberg: Les Juifs en Union soviétique jusqu'en 1941; Freitag: Nächstes Jahr in Moskau!; Jews and Jewish life in Russia and the Soviet Union, hg. v. Ro'i; Lustiger: Rotbuch. Zum sowjetischen Versuch der Schaffung eines jüdischen autonomen Gebiets im fernen Osten vgl. Weinberg: Birobidshan; Kuchenbecker: Ein „Rotes Palästina“ im Fernen Osten der Sowjetunion.

jüdischen Religion ausgehenden Idee eines revolutionären Messianismus[207]. Benjamins Mitte der 1920er Jahre entwickelte Haltung verband auf höchst unkonventionelle Weise historischen Materialismus und jüdische Theologie. Für Benjamin war das Judentum nicht lediglich ein Anwendungsbereich der marxistischen Theorie, ganz im Gegenteil: In seinen messianistischen Vorstellungen kam der jüdischen Religion ein zentraler Stellenwert zu, das Judentum erschien ihm als Quelle aller revolutionären Veränderungen. Diese Auslegung stieß freilich weder in kommunistischen noch in jüdischen Kreisen auf Verständnis[208], was Benjamins mit seiner Sowjetunionreise beginnende Entfremdung von der kommunistischen Bewegung wohl noch verstärkt hat.

Insgesamt betrachtet gaben sich die behandelten Autoren also durchaus nicht rein utopischen Wunschträumen hin, wenn sie hofften, dass die Existenz der UdSSR dazu beitragen werde, das Los der Juden zu verbessern: Nicht nur die dominierende marxistische Interpretation der „Judenfrage", sondern auch die praktische sowjetische Politik gegenüber der jüdischen Minderheit schien tatsächlich auf Emanzipation und Gleichberechtigung zu zielen, hatte sich doch die Stellung der sowjetischen Juden im Vergleich zum Zarenreich in bis dahin ungekanntem Maße verbessert. Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Antisemitismus in der Weimarer Republik[209] wird so verständlich, dass die Haltung der Sowjetunion zur „Judenfrage" zusätzliche Sympathien von Seiten jüdischer Linksintellektueller wecken konnte.

b) Befreiung der Frau? Der feministische Blickwinkel

Zu den untersuchten Sowjetunionreisenden gehörten auf deutscher Seite zwei[210] und auf französischer Seite fünf[211] Frauen. Einige von ihnen, etwa die Französin Madeleine Pelletier und die Deutsche Helene Stöcker, waren exponierte Vertreterinnen des radikalen Feminismus. Im Prinzip brachten alle behandelten Autorinnen und darüber hinaus auch ein großer Teil der männlichen Reisenden ein besonderes Interesse für die Stellung und die Lebensbedingungen der sowjetischen Frau mit[212]. Zu den Zielen der Bolschewiki hatte es von Anfang an gehört, der jahrhundertelang gesetzlich legitimierten Unterordnung der Frau ein Ende zu setzen; die neuen Machthaber konnten bereits wenige Wochen nach der Oktoberrevolution darauf verweisen, dass Frauen in keinem anderen Land der Welt so viele Rechte hatten wie in Sowjetrussland[213]. Bei Anhängern eines Welt- und Menschenbildes,

[207] Vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 37 u. 70; Löwy: Erlösung und Utopie. Zur Verbindung sozialistischer und religiöser Ideen in den frühen Schriften Benjamins vgl. Palmier: Walter Benjamin, S. 247–254.

[208] Vgl. Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage, S. 166–183; Löwy: Erlösung und Utopie, S. 143–188.

[209] Zum Antisemitismus in der Weimarer Republik vgl. Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik; Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt; sowie Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 69–100.

[210] Stöcker und Seghers.

[211] Marx, Pelletier, Weiss, Gramont und Viollis.

[212] Vgl. hierzu Abschnitt IV.B.4.c).

[213] Dass den russischen Frauen bereits nach der Februarrevolution die Staatsbürgerrechte zuerkannt worden waren, übergingen die Bolschewiki dabei gerne. Vgl. Edmondson: Die Lösung der Frauenfrage, S. 16 sowie S. 33, Anm. 1.

das auf der Vorstellung prinzipieller Gleichheit fußte, musste dieser Anspruch zumindest reges Interesse und Neugier hervorrufen.

In der Dritten und in der Weimarer Republik waren Frauen den Männern rechtlich nicht gleichstellt. Vor allem in Frankreich war die Benachteiligung eklatant: Sowohl die politischen als auch die bürgerlichen Rechte der Frauen waren hier in ganz erheblichem Maße beschnitten. Obwohl viele Französinnen durchaus politisch engagiert waren, etwa als Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften oder Vereinen, hatten sie weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Und auch zivilrechtlich waren die Diskriminierungen erheblich: Frauen waren nach dem bis 1938 geltenden Gesetz unmündig – verheiratete Frauen gar hatten den Status von Minderjährigen – und blieben, trotz einiger Verbesserungen im Laufe der Dritten Republik, in zahlreichen Lebensbereichen in hohem Maße von ihrem Vater bzw. ihrem Ehemann abhängig. Die Abtreibung stand in Frankreich ebenso unter Strafe wie „Propaganda" für Empfängnisverhütung. Lediglich was die Bildung anbelangt, hatten sich die Möglichkeiten von Frauen schon im 19. Jahrhundert deutlich verbessert: In den 1860er bis 1880er Jahren öffneten sich immer mehr Fakultäten auch weiblichen Studierenden, 1882 wurde die Schulpflicht für Mädchen und Jungen von sechs bis dreizehn Jahren eingeführt, und in der Folge entstanden auch zunehmend Gymnasien für Mädchen. Zudem war ein relativ hoher Anteil der Französinnen – auch der verheirateten – erwerbstätig (zwischen 1906 und 1946 stellten sie 36,6 bis 37,9% der erwerbstätigen Bevölkerung), was allerdings in der Regel die zweifache Bürde von Haushalts- und Erwerbsarbeit mit sich brachte[214].

Auch in Deutschland gab es schon seit dem Kaiserreich die Schulpflicht für Jungen und Mädchen ab dem sechsten Lebensjahr, jedoch wurde den Frauen der Zugang zur höheren Bildung erst ab 1908 nach und nach eröffnet. In der Weimarer Republik jedoch waren die Verhältnisse im Vergleich zu Frankreich weitaus moderner: Mit der Novemberrevolution hatten die Frauen die staatsbürgerliche Gleichheit – und somit aktives und passives Wahlrecht – erlangt[215]. Trotzdem gab es auch hier erhebliche, vor allem privatrechtliche Defizite: Nach dem geltenden Familienrecht war die Ehefrau primär zur Familien- und Hausarbeit verpflichtet, der Ehemann war berechtigt, Arbeitsverträge seiner Frau zu kündigen, und hatte in allen ehelichen Angelegenheiten das Entscheidungsrecht. Auch beruflich waren die Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen beschränkt: Zwar war ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Frauen erwerbstätig – 1925 lag der Anteil der weiblichen Erwerbsbevölkerung bei 35,9%[216] –, doch diese Frauen mussten häufig mit überkommenen Rollenklischees kämpfen und waren in der Regel der Doppelbelastung

214 Vgl. Bard: Feministinnen in Frankreich, S. 86. Zur Frauenbewegung in der Dritten Republik s. dies.: Les filles de Marianne; Cova: Maternité et droits des femmes en France, insbes. S. 233–392; Sohn: Zwischen den beiden Weltkriegen; Christadler: Mondäner und rebellischer Feminismus. Vgl. außerdem die umfassende Chronologie der französischen Frauenbewegung in: Christadler u. Hervé (Hg.): Bewegte Jahre, S. 194–206.

215 Wie sich bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung zeigte, waren die deutschen Frauen durchaus bereit, diese Verantwortung zu übernehmen: Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei fast 90%, und es wurden insges. 41 weibliche Deputierte in die Nationalversammlung gewählt – 9,6% aller Abgeordneten. Allerdings sollte der Frauenanteil im Reichstag in den Folgejahren wieder deutlich zurückgehen. Vgl. hierzu Gerhard u. a.: Neue Staatsbürgerinnen, S. 180–182.

216 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 47 (1928), S. 25.

von Haushalt und Beruf ausgesetzt. Vor allem die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen wurde in großen Teilen der Bevölkerung negativ aufgenommen und auch rechtlich eingedämmt: So blieb die Teilhabe von Frauen an staatlichen Ämtern beschränkt durch das sogenannte Beamtinnenzölibat, das verheiratete Frauen vom öffentlichen Dienst ausschloss. Während in der Weimarer Republik sexuelle Fragen und auch Möglichkeiten der Empfängnisverhütung in der Öffentlichkeit relativ freizügig diskutiert werden konnten, war auch hier die Abtreibung nach wie vor eine Straftat – trotz der zahlreichen Proteste gegen die §§ 218 und 219 StGB, an denen sich viele kommunistische und sozialdemokratische Frauen, Sexualreformer und Feministinnen beteiligten[217].

Die Ziele, für die die deutschen und französischen Frauenbewegungen kämpften, waren durch die faktische Diskriminierung der Frau in beiden Ländern bestimmt; zwischen den feministischen Gruppierungen gab es allerdings deutliche Unterschiede in der Radikalität der Forderungen. Die in der Dritten und der Weimarer Republik relativ starke bürgerlich-liberale Frauenbewegung kämpfte vor allem um das Recht der Frauen auf politische Partizipation und um eine Erweiterung der Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Viele existierende Strukturen und Stereotypen wurden jedoch von der bürgerlichen Frauenbewegung kaum in Frage gestellt, so etwa das Bild der Mütterlichkeit, das alte Familienmodell oder die geschlechterspezifische Segregation des Arbeitsmarktes. Demgegenüber vertrat die proletarische Frauenbewegung in Deutschland wie in Frankreich zumindest bis in die frühen 1930er Jahre sehr radikale Positionen: Sie forderte die vollkommene Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Mann und Frau, gab dabei jedoch stets dem Klassenkampf oberste Priorität, da die Frauenfrage als Variable der Klassenfrage betrachtet wurde. Schließlich gab es in beiden Ländern radikale Feministinnen – etwa die Anhängerinnen der Sexualreformbewegung –, deren Forderungen weit über die der bürgerlichen Frauenbewegung hinausgingen, die jedoch gleichzeitig eine gewisse Distanz zur proletarischen Frauenbewegung wahrten, unter anderem, weil sie bezweifelten, dass die Unterdrückung der Frau ausschließlich auf die ungerechten Strukturen kapitalistischer Gesellschaften zurückzuführen sei[218].

Im Vergleich zu den Verhältnissen im eigenen Land musste die sowjetische Politik zur „Frauenfrage" aus deutscher und französischer Perspektive extrem modern erscheinen[219]. Die Haltung der Bolschewiki zu diesem Themenkomplex fußte im Wesentlichen auf den theoretischen Positionen der marxistischen Klassiker, vor allem Friedrich Engels' und August Bebels. Ihnen zufolge war die Befreiung der Frau eine primär gesellschaftliche Frage, da die Stellung der Frau grundlegend

[217] Zur Stellung der Frauen und zur Frauenbewegung in der Weimarer Republik s. Schaser: Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933; Gerhard u. a.: Neue Staatsbürgerinnen; Nave-Herz: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, S. 32–41; Gerhard: Unerhört, S. 326–380; Frevert: Frauen-Geschichte, S. 163–199.

[218] Vgl. insges. Schaser: Frauenbewegung in Deutschland; Bard: Feministinnen in Frankreich; Christadler: Mondäner und rebellischer Feminismus; Bard: Les filles de Marianne, S. 249–267.

[219] Zur sowjetischen Familienpolitik vgl. Goldman: Women, the state and revolution; Rosenbaum: Frauenarbeit und Frauenalltag in der Sowjetunion; Kon: The sexual revolution in Russia; Hohmann (Hg.): Sexualforschung und -politik in der Sowjetunion; sowie Köbberling: Das Klischee der Sowjetfrau.

vom Wirtschafts- und Gesellschaftssystem abhänge. Als wichtigster Faktor wurde hierbei der weibliche Anteil an der gesellschaftlichen Produktion gesehen: Solange Frauen keine produktive Arbeit, sondern lediglich Haushaltsarbeit und Kindererziehung leisteten, seien sie als Gruppe in einer benachteiligten Stellung. Um die Frauen hiervon zu befreien und ihnen die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben zu ermöglichen, müsse die Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung durch die Entwicklung kollektiver Dienstleistungen an die Gesellschaft übertragen werden. Die marxistischen Klassiker gingen allerdings davon aus, dass die vollkommene Befreiung der Frau erst im Sozialismus Realität werden könne[220].

Bereits in den ersten Wochen ihrer Herrschaft verankerten die Bolschewiki die völlige rechtliche Gleichberechtigung von Mann und Frau. Entsprechend den marxistischen Vorgaben bemühten sie sich um eine Sozial- und Familienpolitik, die Frauen durch die „Vergesellschaftung" von Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung die Möglichkeit geben sollte, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Darüber hinaus betrieben Frauenrechtlerinnen wie Aleksandra M. Kollontaj[221] und Inessa Armand über die Sektion Frauen der KP eine Politik, die darauf zielte, Frauen in alle Bereiche der neuen Gesellschaft einzubeziehen und ihre Gleichberechtigung auch in der Praxis Realität werden zu lassen. Vor allem im Familienrecht führten die Bolschewiki eine Reihe radikal moderner Regelungen ein, die über das bloße Ziel weiblicher Gleichberechtigung deutlich hinausgingen und im Prinzip auf die Entwertung der traditionellen Familie, die als Grundelement der alten Gesellschaftsordnung gesehen wurde, hinausliefen. Bereits im Dezember 1917 wurde sowohl das Verfahren der Eheschließung als auch das der Scheidung extrem vereinfacht, und eheliche wie nichteheliche Kinder erhielten die gleichen Rechte. In der Folge wurde die eheliche Gewalt des Mannes abgeschafft, Mutterschaftsurlaub und Schutz des Arbeitsplatzes gesetzlich garantiert und 1920 schließlich die Abtreibung legalisiert. Diese Bestimmungen wurden 1926 noch erweitert, indem die standesamtlich geschlossene mit der „faktischen" Ehe, dem Konkubinat, gleichgestellt wurde; für die Scheidung war fortan lediglich ein formloses, einseitiges Scheidungsbegehren erforderlich. Im Gegenzug sah das Recht weitgehende gegenseitige Unterhaltsverpflichtungen für beide Partner vor. Diese Gesetze führten zu einer geringeren Stabilität der Familien und einer Lockerung der Familienbeziehungen – und das war im Prinzip auch so beabsichtigt, denn Frauen, Männer und Kinder sollten von als überholt erachteten Familienstrukturen befreit werden. Im Zuge des Ersten Fünfjahresplanes schließlich wurden so viele Frauen in die „produktive Arbeit" eingegliedert, dass die sowjetische Führung die „Frauenfrage" als gelöst betrachtete. 1930 wurde die Sektion Frauen der KP durch Stalin abgeschafft – eine aktive frauenfördernde Politik war fortan nicht mehr erwünscht und auch nicht mehr möglich[222].

Freilich lag die Antriebskraft für diese radikalen Veränderungen durchaus nicht ausschließlich im feministischen Bemühen um die völlige Gleichberechtigung von

220 Vgl. Navailh: Das sowjetische Modell, S. 260f.; Lehto: Feminismus und Sozialismus, S. 22f.; Koepcke: Frauenbewegung zwischen den Jahren 1800 und 2000, S. 99–102.
221 Zur Biographie, insbes. zum politischen Engagement Kollontajs vgl. Farnsworth: Aleksandra Kollontai.
222 Vgl. Navailh: Das sowjetische Modell, S. 259.

Mann und Frau oder in ideologischen Bestrebungen zur Schaffung einer tatsächlich grundlegend neuen und anderen Gesellschaftsordnung. Abgesehen von den wenigen Feministinnen, die politischen Einfluss erlangt hatten, maß der Großteil der bolschewistischen Führung dem Kampf um weibliche Gleichberechtigung wenig Bedeutung bei: Man ging davon aus, dass die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme in der „Klassenfrage" zu suchen seien und dass die „Frauenfrage" mit der Entstehung einer sozialistischen Gesellschaft von alleine verschwinden werde. Dass man sich trotz dieser theoretischen Grundannahmen sehr aktiv um die Integrierung der weiblichen Bevölkerung ins Arbeitsleben bemühte, hatte – vor allem im Zuge der forcierten Industrialisierung – primär wirtschaftlich-ideologische Gründe.

Ungeachtet rechtlicher Verbesserungen blieben allerdings auch in der Sowjetunion die grundlegenden Strukturen eines hierarchischen und patriarchalischen politischen und gesellschaftlichen Systems im Prinzip unverändert bestehen: Frauen in politischen Machpositionen bildeten durchweg eine verschwindend kleine Minderheit. Die kollektiven Einrichtungen, die den Frauen die mit Haushalt und Kindererziehung verbundenen Arbeiten abnehmen sollten, waren in den 1920er und 1930er Jahren häufig völlig unzulänglich, so dass diese Aufgaben nun neben der Erwerbsarbeit zu bewältigen und Frauen dadurch häufig einer doppelten Belastung ausgesetzt waren. Und schließlich machte die konservative Wende der stalinschen Familienpolitik ab 1934 einen Großteil der Bestimmungen der 1920er Jahre wieder rückgängig. Die traditionelle Familie wurde rehabilitiert, und die Propaganda unterstrich zunehmend Reproduktion und Mütterlichkeit als wichtigste Bestimmungen weiblichen Daseins. In den Jahren 1934 bis 1936 wurde unter anderem die väterliche Gewalt wieder eingeführt, die Abtreibung verboten und das Scheidungsverfahren erschwert. Allerdings war die Sowjetunion auch in den 1930er Jahren noch – im Vergleich zu vielen westlichen Ländern – ein nominell fortschrittliches Land, was die Stellung der Frau anbelangt: Frauen hatten nach wie vor passives und aktives Wahlrecht, im Bereich von Bildung und Beruf standen ihnen die gleichen Möglichkeiten wie Männern offen, und auch wirtschaftlich waren sie weitgehend emanzipiert[223].

Im Ausland war man über die spektakulären gesetzlichen Bestimmungen, die die Stellung der sowjetischen Frau so radikal verändert hatten, im Prinzip gut informiert. Die Unzulänglichkeiten in der Umsetzung dieser Gesetze hingegen waren weniger bekannt. Die zumindest in den 1920er Jahren radikale Modernität der sowjetischen Politik ging Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung in der Regel deutlich zu weit, wobei vor allem moralische Überlegungen ausschlaggebend für ihre Kritik wurden: Auch in jenen Kreisen, die nicht geneigt waren, den teilweise phantastischen Gerüchten über sexuelle Libertinage in der Sowjetunion Glauben zu schenken, erschienen die sowjetischen Entwicklungen häufig als bedauernswerter Verlust an positiven Werten, die mit Begriffen wie Liebe, Familie und Weiblichkeit verbunden waren. Dass die proletarische Frauenbewegung weit-

[223] Zur Stellung der Frau in der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren vgl. Edmondson: Die Lösung der Frauenfrage; Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 550–554; Navailh: Das sowjetische Modell; Köbberling: Zwischen Liquidation und Wiedergeburt, S. 23–57.

gehend bereit war, in der Sowjetunion ein Vorbild zu sehen, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Doch auch für radikale Feministinnen bot die sowjetische Frauenpolitik einige Attraktivität – nicht nur, weil unabhängig und originell denkende Persönlichkeiten wie Kollontaj zu ihren Urhebern zählten, sondern auch, weil die sozialen Experimente, die im Laboratorium Sowjetunion an der traditionellen Familie durchgeführt wurden, einige Berührungspunkte mit den Forderungen des radikalen Feminismus aufwiesen. Eventuelle Kritik konnte sich hier auf die kommunistische Grundannahme beziehen, dass die Emanzipation der Frau automatisch aus der Lösung der Klassenfrage resultieren werde und feministisches Engagement deshalb unnötig sei.

c) Ein Land ohne Diskriminierungen? Erwartungen Homosexueller

Ein nicht unerheblicher Teil der untersuchten Linksintellektuellen – mindestens zwei auf deutscher[224] und vier auf französischer Seite[225] – hatte homosexuelle Neigungen. Zwar scheint ein besonderes Interesse für die Haltung des sowjetischen Staates zur Homosexualität in den Reiseberichten zumeist nur am Rande auf, und auch sonstige Quellen geben kaum Hinweise hierzu[226]. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass der Blick dieser Personengruppe auf die Sowjetunion von dem Wissen über sowjetische Gesetzgebung und Politik in Bezug auf Homosexuelle und auch allgemeiner in Bezug auf die Familie beeinflusst war[227].

Wie in vielen anderen Bereichen zeigte sich die Sowjetunion auch hier zunächst überaus progressiv: Unmittelbar nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiki mit der Außerkraftsetzung des Strafgesetzbuches von 1832 auch jene Gesetze abgeschafft, die Homosexualität mit mindestens vier bis fünf Jahren sibirischer Verbannung und unter Umständen auch Zwangsarbeit bestraften. Die 1922 und 1926 in Kraft tretenden sowjetischen Strafgesetzbücher sahen von einer erneuten Kriminalisierung der Homosexualität ab. Allerdings wurden gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen nach wie vor als unnatürliche Abweichung gesehen, die es prinzipiell zu bekämpfen galt: Die sowjetische Führung neigte dazu, Homosexualität als heilbare Krankheit und die von ihr „Befallenen" als Opfer zu betrachten, denen geholfen werden müsse. Freilich war die neue gesetzliche Lage um ein Vielfaches moderner, als die in großen Teilen der sowjetischen Gesellschaft vorherrschenden Mentalitäten: Auch in den 1920er Jahren bevorzugten es Schwule und Lesben in der Sowjetunion, ihre Identität zu verbergen; von einer tatsächlichen gesellschaftlichen Toleranz gegenüber Homosexuellen kann keine Rede sein[228].

[224] Klaus Mann und Siemsen. Stöcker gehörte in den 1920er Jahren zu den erklärten Gegnern des § 175 StGB und engagierte sich für seine Abschaffung.

[225] André Gide, Herbart, Gramont und Pelletier. Aragon sollte sich erst in hohem Alter, nach dem Tod seiner Frau Elsa Triolet im Jahr 1970, zu seinen homosexuellen Neigungen bekennen.

[226] Vgl. hierzu ausführlicher unten S. 310f.

[227] Zu André Gides Beschäftigung mit dem Thema im Vorfeld der Reise vgl. Nemer: Corydon citoyen, S. 276–278.

[228] Zur Geschichte der Homosexualität in der Sowjetunion s. Healey: Homosexual desire in revolutionary Russia; Fremont: Out of the blue; Banting u. a.: Sexuality, S. 319–329; Healey: The Russian Revolution and the decriminalisation of homosexuality; Tornow: Männliche Homosexualität und Politik in Sowjet-Rußland; Karlinsky: Russia's gay literature and culture.

Trotzdem konnte die Situation in der Sowjetunion überaus fortschrittlich erscheinen – nicht nur im Vergleich zur russischen Vergangenheit, sondern auch zur Gegenwart vor allem der Weimarer Republik: Während in der Dritten Republik kein repressives Gesetz gegen Homosexuelle existierte, war in Deutschland noch immer der aus der Kaiserzeit übernommene § 175 StGB in Kraft, nach dem die „widernatürliche Unzucht […] zwischen Personen männlichen Geschlechts" mit bis zu sechs Monaten Gefängnis bestraft werden konnte[229]. Im Vergleich zum Kaiserreich stieg die Zahl der Verurteilungen auf Grundlage dieses Paragraphen in der Weimarer Republik sogar deutlich an[230]. Auch Homosexuellen standen allerdings prinzipiell demokratische Rechte wie Koalitions- und Versammlungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse zu – und viele nutzen diese, um einen öffentlichen Kampf für rechtliche Gleichberechtigung zu führen[231]. Erst gegen Ende der 1920er Jahre wurde die öffentliche Präsenz homosexueller Organisationen durch die verschärfte Zensurpraxis wieder etwas eingeschränkt. Wenngleich die gesellschaftliche Freizügigkeit in Deutschland sicherlich größer war als in der Sowjetunion, herrschte unter vielen deutschen Homosexuellen die Vorstellung einer besonderen sowjetischen Liberalität in sexuellen Fragen vor, die sich vor allem aus der rechtlichen Situation und offiziellen Stellungnahmen einiger Bolschewiki speiste[232]. Auch die Haltung der KPD stütze dieses Bild, waren doch die Kommunisten neben der SPD die einzige Partei, die sich in Deutschland für eine ersatzlose Streichung des § 175 StGB einsetzte[233].

Doch auch für französische Homosexuelle konnte die Sowjetunion zu einer positiven Referenz werden. Die Gründe hierfür lagen zum Teil in der allgemeinen Solidarität mit Gleichgesinnten in der Sowjetunion und der prinzipiellen Zustimmung zu den rechtlichen Erleichterungen. Anzunehmen ist auch, dass Homosexuelle den sowjetischen Maßnahmen zur Aufweichung des traditionellen Familienmodells eher positiv gegenüberstanden. Darüber hinaus war allerdings im französischen Fall ausschlaggebend, dass auch hier trotz der prinzipiellen Straffreiheit nach wie vor Diskriminierungen existierten: Immer wieder waren Homosexuelle in der Dritten Republik besonderer polizeilicher Überwachung ausgesetzt und homosexuelle Publikationen häufiges Ziel der Zensurbehörden[234].

Gerade vor dem Hintergrund der Situation in den 1920er Jahren musste das stalinsche Dekret vom 17. Dezember 1933 als herber Rückschlag erscheinen. Das neue Gesetz übernahm fast wörtlich die Bestimmungen des zaristischen Strafgesetzbuches von 1832 zur Homosexualität, die nur geringfügig inhaltlich modifiziert wurden. Im Gegensatz zur Praxis des zaristischen Regimes jedoch wurde das Gesetz in der Folge mit ungleich größerer Härte und Konsequenz umgesetzt. Diese

229 Zitiert nach Stümke: Homosexuelle, S. 21. Zur Geschichte der Homosexualität in der Weimarer Republik s. auch Micheler: Selbstbilder und Fremdbilder der „Anderen".
230 Vgl. Stümke: Homosexuelle, S. 90f.
231 Vgl. ausführlich ebd., S. 53–90.
232 Vgl. Tamagne: Histoire de l'homosexualité, S. 418–422.
233 Zu den Debatten um eine Modifizierung bzw. Streichung des § 175 StGB vgl. Stümke: Homosexuelle, S. 65–90.
234 Vgl. hierzu Tamagne: Histoire de l'homosexualité, S. 503–530. Zur Geschichte der Homosexualität in der Dritten Republik s. auch Tamagne: Le „crime du Palace"; sowie Pénet: L'expression homosexuelle dans les chansons françaises de l'entre-deux-guerres.

neue stalinsche Politik gegenüber Homosexuellen stand vor allem im Kontext der konservativen Wende in der sowjetischen Frauen- und Familienpolitik. Homosexualität wurde nun mit moralischer Dekadenz der ehemals herrschenden Klassen, die schädlichen westlichen Einflüssen ausgesetzt gewesen seien, identifiziert. Sie wurde als ein der gesunden, sowjetischen Gesellschaft prinzipiell wesensfremdes Phänomen dargestellt, das vor allem für „kapitalistische Gesellschaften" charakteristisch sei. Häufig brachte man sie auch mit konterrevolutionären Verschwörungen oder gar nationalsozialistischen Unterwanderungsversuchen in Verbindung. Die „volksschädigende" homosexuelle Orientierung wurde somit unter Stalin zu einem „politischen Verbrechen", das mit aller Härte bekämpft wurde[235].

Für deutsche und französische Homosexuelle musste diese neue Gesetzgebung, über die auch Informationen in den Westen gelangten, ebenso wie der neue, ideologisch begründete Diskurs überaus abschreckend wirken. Die in dieser Hinsicht deutliche Parallele zu den Entwicklungen im nationalsozialistischen Deutschland – die verschärften Gesetze gegen Homosexuelle traten hier 1934 nach dem Röhm-Putsch in Kraft – konnte kaum geeignet sein, die Eigendarstellung der Sowjetunion als konsequentester Widersacher des Faschismus glaubwürdig erscheinen zu lassen.

4. Pazifistische Zweifel

Ein großer Teil der untersuchten Russlandreisenden kann als pazifistisch bezeichnet werden oder war zumindest von pazifistischen Strömungen beeinflusst. Einige gehörten sogar zu den wichtigsten Exponenten der Friedensbewegung[236], so etwa Barbusse, Rolland, Gumbel, Stöcker oder Toller. Gesamtgesellschaftlich betrachtet waren die Pazifisten in der Weimarer Republik lediglich eine kleine, „angefeindete Minorität"[237] – während der französische Pazifismus nach dem Ersten Weltkrieg erhebliche Legitimität und gesellschaftlichen Rückhalt erlangen konnte[238]. Wenngleich die Differenzen innerhalb der pazifistischen Bewegung in Deutschland sicherlich drastischer als in Frankreich und auch die Kräfteverhältnisse nicht identisch waren, lassen sich doch für die beiden Länder drei ähnliche Haupttendenzen der Friedensbewegung ausmachen: erstens ein gemäßigter, bürgerlich-liberaler Pazifismus, der zwischenstaatliche Konflikte durch die Arbeit internationaler Institutionen wie den neu gegründeten Völkerbund und schiedsgerichtliche Verfahren eindämmen wollte[239], zweitens ein revolutionärer Pazifismus, der zwar

[235] Vgl. Fremont: Out of the blue (1).

[236] Der Begriff „Pazifismus" wird im Folgenden relativ offen und weitgehend synonym mit dem Begriff „Friedensbewegung" verstanden: Er soll definiert werden als „Gesamtheit individueller und kollektiver Bestrebungen […], die eine Politik friedlicher, gewaltfreier zwischenstaatlicher Konfliktaustragung propagieren und den Endzustand einer friedlich organisierten, auf Recht gegründeten Staaten- und Völkergemeinschaft zum Ziel haben". Holl: Pazifismus, S. 768.

[237] Wette: Einleitung, S. 11.

[238] Vgl. Gorguet: Les mouvements pacifistes et la réconciliation franco-allemande dans les années vingt, S. 281.

[239] In der Dritten Republik spielte für den gemäßigten Pazifismus auch der Gedanke, dass die eigene nationale Stärke den internationalen Frieden garantieren könne, eine zentrale Rolle. Vgl. zusammenfassend den Artikel „Pacifisme", in: Berstein u. Berstein: Dictionnaire historique de la France contemporaine, Bd. 1, S. 580–584.

letztlich eine friedliche internationale und gesellschaftliche Ordnung anstrebte, auf dem Weg dorthin aber gewaltsame Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Abschüttelung repressiver Herrschaft nicht grundsätzlich verurteilte, sowie drittens ein religiös begründeter, unbedingter Pazifismus, der sich an Vorbildern wie Tolstoj und Gandhi orientierte, jede Art der Gewaltanwendung prinzipiell ablehnte und Methoden wie Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik propagierte[240].

Die gemäßigten Pazifisten, die in Deutschland wie in Frankreich den Großteil der Bewegung ausmachten, begegneten dem „neuen Russland" mit ausgesprochenem Misstrauen: Dieses speiste sich nicht nur aus der grundsätzlichen Kluft zwischen bürgerlich-liberaler und marxistischer Weltanschauung sowie aus der teilweise exzessiven Anwendung von Gewalt durch die Bolschewiki während der Revolutionsjahre. Darüber hinaus lagen die Reserven des gemäßigten Pazifismus auch darin begründet, dass die Sowjetunion bis in die 1930er Jahre den Völkerbund ablehnte, weil sie in der internationalen Friedensorganisation lediglich ein Instrument des „Imperialismus" sah, das unter anderem auf die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion ziele[241]. Sowjetische Alleingänge, wie etwa der Vorschlag weltweiter vollständiger Abrüstung vom November 1927, trafen bei vielen gemäßigten Pazifisten auf Skepsis – auch hinsichtlich der Ehrlichkeit der sowjetischen Absichten[242]. Zusätzlich verstärkt wurden die Vorbehalte vor allem der deutschen Friedensbewegung gegenüber der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre durch die Aufdeckung der geheimen Kooperation zwischen Reichswehr und Roter Armee, die der Umgehung der Friedensbestimmungen von Versailles dienten[243].

Das Verhältnis der revolutionären Pazifisten zur Sowjetunion hingegen war weitaus positiver. In Frankreich war der wichtigste Vertreter dieser marxistisch-sozialistisch geprägten Strömung Henri Barbusse. In Deutschland, wo der revolutionäre Pazifismus insgesamt gesehen wohl marginaler war als in Frankreich[244], gründete Kurt Hiller im Jahr 1926 zusammen mit Kurt Tucholsky die *Gruppe revolutionärer Pazifisten* (GRP). Von den untersuchten Linksintellektuellen traten mit mehr oder weniger großem Engagement Ernst Toller, Helene Stöcker, Hans Siemsen und zwischenzeitlich auch Klaus Mann in diesem Verband auf. Für die revolutionären

240 Vgl. Hecker: Dokumentation, S. 25. Zum Pazifismus in der Weimarer Republik vgl. generell Holl: Pazifismus in Deutschland; Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland; Harth u. a. (Hg.): Pazifismus zwischen den Weltkriegen; Holl u. Wette (Hg.): Pazifismus in der Weimarer Republik. Zum Pazifismus in der Dritten Republik vgl. Siegel: The moral disarmament of France; Ingram: The politics of dissent. S. außerdem Gorguet: Les mouvements pacifistes et la réconciliation franco-allemande; sowie Lorrain: Des pacifistes français et allemands.

241 Zur Politik der Sowjetunion gegenüber dem Völkerbund bis 1934 vgl. Plettenberg: Die Sowjetunion im Völkerbund 1934 bis 1939, S. 35–65; Haigh u. a.: Soviet foreign policy, S. 1–36.

242 Vgl. Holl: Pazifismus in Deutschland, S. 176f.

243 Vgl. Holl: Pazifismus, S. 185. Generell zur Haltung der Friedensbewegung zur Rüstungs- und Militärpolitik in der Weimarer Republik vgl. Lütgemeier-Davin: Die militärische Sicherheitspolitik der Weimarer Republik im Licht pazifistischer Organisationen.

244 Vgl. Holl: Pazifismus, S. 153. In Frankreich gab es außerdem eine gemäßigte Strömung des sozialistischen Pazifismus, die Antimilitarismus und Patriotismus miteinander verband. Der kommunistisch-revolutionäre Flügel des Pazifismus stellte deshalb auch hier eher eine Randgruppe dar.

Pazifisten bestand „eine Hauptquelle der Kriege in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“, weshalb von ihr „jede[r] Kampf für den Frieden als illusorisch [angesehen wurde], der nicht zugleich Arbeit für die soziale Revolution ist“[245]. Erst durch die Überwindung der „kapitalistischen Gesellschaft“ könne die den Frieden garantierende sozialistische Gesellschaftsform erreicht werden. Wenngleich die GRP keine kommunistische Organisation war und auch Sozialdemokraten und Freie Sozialisten zu ihren Mitgliedern zählte, die teilweise ein offenes Bekenntnis zur Gewaltanwendung ablehnten, befand sie sich – ebenso wie französische revolutionäre Pazifisten – mit dieser Grundhaltung insgesamt doch in weitgehender Übereinstimmung mit der sowjetischen Interpretation des Pazifismus[246].

Die unbedingten Pazifisten schließlich hatten häufig ein eher ambivalentes Verhältnis zur Sowjetunion. Einerseits mussten sie, da sie Gewaltanwendung unter allen Umständen ablehnten, erhebliche Vorbehalte gegen die Methoden der Bolschewiki hegen, die ja ganz offensichtlich auch zu kriegerischen Mitteln griffen. Andererseits jedoch führten Zweifel an der Effizienz internationaler Organisationen wie dem Völkerbund auch zu einer gewissen Offenheit gegenüber alternativen Friedensbemühungen, so dass hier zumindest bei einigen die Bereitschaft vorhanden war, sich unvoreingenommen mit den Positionen der Sowjetunion zum Pazifismus auseinanderzusetzen. Positiv wurde nicht nur die Tatsache aufgenommen, dass Sowjetrussland 1917/18 als erste der kriegführenden Mächte zu Friedensverhandlungen bereit gewesen war, sondern auch, dass es zu den ersten Staaten gehörte, die im 20. Jahrhundert das Recht auf Wehrdienstverweigerung anerkannten[247]. Zu den unbedingten Pazifisten kann – neben Gumbel und Rolland – auch Wegner gezählt werden, der während des Ersten Weltkriegs die von türkischer Seite zu verantwortenden Grausamkeiten gegen das armenische Volk aus nächster Nähe miterlebt hatte. Gut ein Jahr vor seiner Sowjetunionreise, im Herbst 1926, wechselte Wegner Briefe mit dem Kommunisten Max Hoelz, der wegen seiner Rolle als Führer gewaltsamer Arbeiteraufstände in den Jahren 1919 bis 1921 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt war[248]. Hoelz versichert Wegner in dieser Korrespondenz ganz in Übereinstimmung mit der kommunistischen Linie zur Frage des Pazifismus:

[245] Zitiert aus der Verfassung der GRP von 1929 nach Bockel: Ein Beispiel, S. 45. Zu den „revolutionären Pazifisten“ in Deutschland s. auch ein ausführliches Polizeidossier mit Berichten und Zeitungsartikeln: BArch, R 1501, 20253, Bl. 1–48.

[246] Vgl. insges. zur GRP Bockel: Ein Beispiel. Zur sowjetischen pazifistischen Propaganda s. oben S. 153.

[247] Nach Großbritannien (1916) und Dänemark (1917) verankerte Sowjetrussland das Recht auf Wehrdienstverweigerung im Januar 1919. Die Möglichkeiten wurden jedoch schon seit 1923 wieder eingeschränkt. Vgl. Coppieters: Die pazifistischen Sekten, die Bolschewiki und das Recht auf Wehrdienstverweigerung.

[248] Der auch von anarchistischen Ideen beeinflusste Hoelz trat 1918 der USPD und 1919 der KPD bei. In den Jahren 1920/21 initiierte er gegen den Willen der KPD mit bewaffneten Kampfgruppen Aufstände im Vogtland und wurde schließlich wegen Disziplinlosigkeit von der Partei ausgeschlossen. Daraufhin trat Hoelz 1920 der linkskommunistischen KAPD bei, von der er jedoch Mitte der 1920er Jahre wieder zur KPD übergehen sollte. 1921 wurde er zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, wogegen immer wieder öffentliche Proteste laut wurden, darunter auch von namhaften Intellektuellen. Nach einer Amnestie kam er 1928 frei und emigrierte ein Jahr später in die Sowjetunion. Dort starb er 1933 – höchstwahrscheinlich gewaltsam durch die GPU. Zu Hoelz’ Biographie vgl. Giersich u. Kramer: Max Hoelz; Gebhardt: Max Hoelz; sowie Pike: Deutsche Schriftsteller, S. 417f.

„[…] *Ihr* Hass gegen alle Gewalt auf Erden kann niemals grösser, niemals stärker sein als *unser* Hass gegen jegliche Gewaltanwendung des Menschen gegen alle Lebewesen. Und unser heissestes Sehnen, unser leiddurchglühter Kampf gilt der Hinwegräumung aller sichtbaren und greifbaren *Ursachen*, die zur Gewaltanwendung führen."[249]

Wegner stellt dieser Argumentation eine prinzipielle Ablehnung von Gewalt entgegen, die sich auf die Liebe zum Menschen gründet: Er verstehe zwar den Hass der Kommunisten auf bestimmte Strukturen und Einrichtungen, die Gewalt hervorrufen, aber er könne niemals die Menschen selbst, die Gewalt erzeugten, hassen. Niemals werde er „den *Hass* gegen eine Klasse von Menschen predigen können"[250], wie es die Kommunisten täten. Darüber hinaus, so Wegner, glaube er nicht, dass gerade eine Revolution und die damit einhergehende Errichtung neuer Machtstrukturen in einen Zustand völliger Gewaltfreiheit münden werde:

„Ich begreife und verstehe die Stimme der Verzweifelung jeden Sklaventums, ich will selber als erster die Hand an das Schloss legen, um die Kette zu lösen; aber die Einsicht ist zu groß gewesen, *dass jede Befreiung auch eine neue Unterdrückung*, jeder Sieg eines neuen, noch so menschlichen Zeitalters auch ein neues Sklaventum ist."[251]

Die Haltung von Pazifisten zur Sowjetunion konnte also je nach Ausrichtung unterschiedlich aussehen. Insgesamt betrachtet war das Verhältnis des Großteils der Friedensbewegung zur Sowjetunion ablehnend bis kritisch. Eine gewisse Offenheit zeigten einige unbedingte Pazifisten, die zwar die in der Oktoberrevolution angewendeten gewaltsamen Methoden der Bolschewiki ablehnten, gleichzeitig aber auch die Positionen des gemäßigten Pazifismus als unzulänglich empfanden und deshalb vorsichtige Hoffnungen in das „neue Russland" zu setzen bereit waren. Lediglich die zahlenmäßig eher marginale Gruppe der revolutionären Pazifisten tendierte stärker zu sowjetischen Positionen, nach denen durch eine gewaltsame Revolution der „Kapitalismus" endgültig überwunden werden müsse, bevor eine sozialistische, gewaltfreie Gesellschaft entstehen könne.

5. Abwehrreaktionen gegen „antibolschewistische Schundliteratur"[252]

Zahlreiche, teilweise sehr unterschiedliche Gründe und Interessen konnten also deutsche und französische Linksintellektuelle dazu bringen, das sowjetische Experiment mit positivem Interesse, oftmals auch mit Faszination und Hoffnung, zu sehen. Gleichzeitig – auch dies wurde in den bisherigen Ausführungen deutlich – waren die im linksintellektuellen Milieu anzutreffenden Interpretationsangebote zur Sowjetunion nicht ausschließlich von naiven Wunschträumen bestimmt, sondern konnten durchaus auch zu kritischen Betrachtungsweisen veranlassen. Allerdings waren Linksintellektuelle nicht immer bereit, sich mögliche Kritik zu eigen zu machen und sie öffentlich und uneingeschränkt zu äußern. Dies ist unter

[249] Brief von Max Hoelz an Armin T. Wegner aus dem Zuchthaus Gross-Strehlitz vom 19. September 1926, in: Hoelz u. Wegner: Zwischen den Barrikaden, S. 153–159, hier S. 153.
[250] Brief von Armin T. Wegner an Max Hoelz aus Neuglobsow vom 12. Oktober 1926, in: ebd., S. 154–158, hier S. 154.
[251] Ebd., S. 156.
[252] Die Formulierung stammt von Siemsen: Rußland ja und nein, S. 246. Er beschäftigt sich mit diesem Thema, auch mit dem im Folgenden zitierten Roman Eckerskorns, ebd., S. 246–252.

anderem vor dem Hintergrund der über lange Phasen hinweg sehr polarisierten und aufgeheizten Diskussion über die Sowjetunion zu sehen, in der nicht nur die kommunistische Propaganda, sondern auch die Gegner des Kommunismus immer wieder zu starken Pauschalisierungen und Übertreibungen neigten.

Mitursächlich für die Vehemenz der Diskussion war die anfänglich höchst unsichere Informationslage: Wie noch zu zeigen sein wird, war die Berichterstattung über die Sowjetunion während der 1920er und 1930er Jahre oftmals durch erhebliche Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet[253]. Von konservativer Seite wurden dabei immer wieder stark übertriebene Horrorgeschichten über die Zustände in der Sowjetunion kolportiert, die oftmals jeglicher Grundlage entbehrten. Kennzeichnend für die antisowjetischen Gräuelphantasien war in Deutschland ebenso wie in Frankreich eine „stereotype Verbindung von angeblicher sexueller Libertinage und terroristischer Brutalität“[254], die auf hergebrachten Fremdbildern vom „barbarischen Russen“ fußte[255]. Häufig wurde dabei vor dem Bolschewismus als „teuflischer“ – also per se vom Bösen kommender – Verschwörung gewarnt, für die wahlweise Freimaurer, Juden oder, in Frankreich, auch Deutsche verantwortlich gemacht wurden. Die Darstellungen beschränkten sich in der Regel auf simpelste Schwarz-Weiß-Malerei: Dies lässt sich etwa am Beispiel des Buches „Die Hölle im Sowjet-Paradies. Roman aus dem gegenwärtigen Rußland“ von Joseph Eckerskorn veranschaulichen, das 1930 in dem katholischen *Verlag A. Vollmer* erschien. Eckerskorn lässt eine seiner Figuren mit folgenden Worten von den Grausamkeiten der Bolschewiki berichten:

„Ich war Augenzeuge, wie man einen hochangesehenen, ergrauten und um Rußland verdienten Professor marterte. […] Man stach ihm die Augen aus und goß in die blutenden Höhlungen Salzsäure. Dann gab man ihm die Kugel und warf ihn auf den Leichenwagen. […] Das Augenausstechen ist eine beliebte Methode im Rußland von heute.
Eine[r] junge[n] Frau […] hackte man […] die Zehen ab und man schnitt ihr die Brüste ab. Auch sie bekam dann die Kugel.
Einem älteren General steckte man die gefesselten Hände in siedendes Wasser. Man lachte über sein Schmerzensgeschrei, streifte die Haut und Fleisch über die Knochen und nannte das: ‚Handschuhausziehen‘.“[256]

Auch die angebliche moralische Verkommenheit der Bolschewiki schildert Eckerskorn aufs Drastischste:

„Heute sitzt Frau Venus auf dem Throne Russlands, die Greuel der Unzucht übersteigen jedes Maß. Alle Leidenschaften sind entfesselt. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher schnellt unheimlich hinauf. Die Bestie im Menschen stürzt mit größerer Begier über die armen Opfer her als die hungrigen Wölfe in den Steppen Rußlands. Das Weib ist Freiwild geworden.“[257]

Solche Bilder vom sowjetischen Russland fanden in den Bürgerkriegsjahren in Deutschland wie in Frankreich starke Verbreitung. Darstellungen vom Bolschewismus als monströsem Mörder, mit blutigem Messer zwischen den Zähnen und

253 Vgl. hierzu Abschnitt III.C.2.
254 Schütz: Kritik der literarischen Reportage, S. 122; Cœuré: La grande lueur à l’Est, S. 39.
255 Vgl. die Ausführungen unten S. 343.
256 Eckerskorn: Die Hölle im Sowjet-Paradies, S. 186.
257 Ebd., S. 193f. Zu in Deutschland verbreiteten Phantasien und Kolportagen über die „freie Liebe“ im sowjetischen Russland vgl. Cohen: Revolution und Emanzipation.

teuflischer Fratze, waren diesseits und jenseits des Rheins auf Plakaten und Broschüren anzutreffen[258]. Während die Topoi dieser frühen Jahre auch in der Folge weitgehend unverändert bleiben sollten, nahmen Breite und Virulenz der antisowjetischen Gräuelpropaganda seit Mitte der 1920er Jahre etwas ab. Lediglich auf der extremen Rechten und in der dem äußeren Anschein nach eher unpolitischen rechten Presse etwa des Hugenberg-Konzerns wurden die Horrorklischees weiter reproduziert. Vor allem in Deutschland profilierten sich auch Teile des politischen Katholizismus mit dieser Thematik, insbesondere nach dem Aufruf von Papst Pius XI. vom 2. Februar 1930 zu einem „Kreuzzug des Gebets" gegen den Bolschewismus[259]. Mit der Zunahme der Spannungen zwischen den politischen Extremen sollte sich jedoch in Deutschland wie in Frankreich schnell zeigen, dass die antibolschewistischen Stereotypen nach wie vor präsent und reaktivierbar waren[260].

Für das Gros der Linksintellektuellen waren die primitiven Sensationsmeldungen, Horrorgeschichten, „Hetz- und Hintertreppenroman[e]"[261] der antisowjetischen Gräuelpropaganda nicht nur deshalb ernst zu nehmen, weil darin eine Verschleierung und Verfälschung der sowjetischen Wirklichkeit gesehen wurde, sondern auch, weil sie sich in innenpolitischen Auseinandersetzungen für eine generelle Diskreditierung linker Ideen instrumentalisieren ließen. Insgesamt wirkte sich dabei die antisowjetische Hetze im linksintellektuellen Milieu eher problematisch aus: Eine wesentliche Folge war, dass realitätsnahe Berichte über Liquidationen und Exzesse Gefahr liefen, in der Masse der Horrormeldungen weitgehend unterzugehen. Der Wunsch, ein Korrektiv zu den Negativdarstellungen zu liefern, führte zudem häufig zur Unterdrückung von Kritik und zur Auferlegung einer gewissen Selbstzensur, zumindest bei öffentlichen Äußerungen[262]. Oftmals erhöhte die teilweise stark überzogene Panikmache gegenüber der Sowjetunion somit die Bereitschaft, Geschichten von bolschewistischer Grausamkeit und Maßlosigkeit pauschal als unglaubwürdig zu betrachten und die Sowjetunion dagegen verteidigen zu wollen[263].

C. Reisevorbereitung und Information

Nachdem in den beiden vorangegangenen Abschnitten dargestellt wurde, welche generellen Wahrnehmungen, Interessen und Vorannahmen die Sicht auf die Sowjetunion prägen konnten, soll nun gefragt werden, wie sich die Reisenden konkret auf ihren Sowjetunionaufenthalt vorbereiteten. In einem ersten Schritt wird kurz umrissen, inwieweit sich die behandelten Personen sprachlich auf ihren Russland-

258 S. hierzu sehr anschaulich den Bildband von Bouton u. Gervereau: Le couteau entre les dents.
259 Vgl. ausführlich Kaiser: Realpolitik oder antibolschewistischer Kreuzzug?, S. 185–370.
260 Zu Frankreich vgl. insges. Monier: Le complot dans la République; Becker u. Berstein: Histoire de l'anticommunisme, S. 29–42, 116–136, 320–335.
261 Siemsen: Rußland ja und nein, S. 249.
262 Vgl. Schütz: Kritik der literarischen Reportage, S. 122.
263 Ganz in diesem Sinne äußerte sich beispielsweise Wullens 1926, einige Monate nach seiner Sowjetunionreise, in einem Brief an Rolland, in dem er trotzig festhielt: „Et quand je vois les attaques de partout contre ce pays héroïque, je suis bien près de devenir communiste." Brief von Maurice Wullens an Romain Rolland vom 27. Januar 1926 aus Paris, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, correspondance avec Maurice Wullens, Bl. 11.

aufenthalt einstellten. Im zweiten Abschnitt werden die allgemeinen Informationsmöglichkeiten zum Thema Sowjetunion in der deutschen und französischen Presse sowie in Reiseberichten skizziert, ist doch davon auszugehen, dass die Autoren regelmäßig Zeitungen und andere publizistische Texte lasen und hieraus einen wichtigen Teil ihres Wissens über die Sowjetunion bezogen. Drittens schließlich soll versucht werden, dort, wo es die Quellen erlauben, im Detail nachzuvollziehen, wie die reisevorbereitende Lektüre der deutschen und französischen Linksintellektuellen aussah; auch nach anderen Informationsquellen wird gefragt, insbesondere nach solchen, die sich aus persönlichen Kontakten ergaben.

1. Beschäftigung mit der russischen Sprache

Der Großteil der untersuchten Personen scheint ohne sprachliche Vorbereitung in die Sowjetunion gefahren zu sein. Diese Reisenden nahmen in Kauf, auf Dolmetscher angewiesen zu sein oder die Hilfe von russischsprechenden Freunden oder Bekannten in Anspruch nehmen zu müssen – und somit zumeist nur indirekt mit Sowjetbürgern in Kontakt treten zu können. Für viele schien dies eine akzeptable Lösung gewesen zu sein. Doch einige empfanden diese Situation auch als höchst unbefriedigend: Walter Benjamin etwa, der nur sehr wenig Russisch gelernt hatte, nicht durch sowjetische Stellen betreut wurde und häufig auch ohne Moskauer Bekannte und Freunde unterwegs war, kam sehr bald zu dem Schluss, er werde nicht nochmals nach Russland kommen, sollte er nicht vorher die Sprache besser erlernt haben[264]. In der Tat war es für ihn äußerst mühselig, sich alleine in der – auch aufgrund des eisigen Winters – sehr unwirtlichen Großstadt zurechtzufinden[265]. Ebenso waren Reisende, die ständig von Führern und Übersetzern begleitet wurden, hiermit nicht immer zufrieden[266].

Es gab allerdings auch nicht wenige Besucher, ca. ein Drittel der untersuchten Personen, die sich in der einen oder anderen Form vor oder während der Reise mit der russischen Sprache auseinandersetzten[267]. Einige eigneten sich nur sehr rudimentäre Kenntnisse an, die dazu ausreichten, russische Aufschriften zu entziffern oder einfache Informationen zu erfragen. So schildert beispielsweise Andrée Viollis, dass sie sich im Zug von Warschau nach Moskau von einem polnischen Diplomaten die „mystères de l'alphabet" erklären ließ[268]; ebenso hatten sich Madeleine Pelletier[269] und Luc Durtain[270] vor der Reise Kenntnisse der russischen

264 Vgl. Benjamin: Moskauer Tagebuch, S. 64 u. 101f.
265 Zahlreiche Stellen in seinem Tagebuch verweisen auf die unaufhörlichen Schwierigkeiten im Alltag, so etwa, wenn es darum ging, den Weg zu finden oder Besorgungen zu erledigen. Die ständigen – sehr banalen – Misserfolge empfand er offensichtlich als äußerst zermürbend: „Dann ein vergeblicher Versuch, in einem Restaurant am Arbat etwas Warmes zu essen. Ich wollte Suppe bestellen und man brachte zwei kleine Scheiben Käse." Ebd., S. 162.
266 Zur Bedeutung von Dolmetschern im Reisealltag vgl. unten S. 210f.
267 Zu deutschen Sprachführern, Lehr- u. Wörterbüchern vgl. Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 119–121.
268 Viollis: Seule en Russie, S. 18.
269 „J'ai pu la déchiffrer [une enseigne, E.O.] parce que je sais un peu de russe […]." Pelletier: Mon Voyage aventureux, S. 55.
270 Vgl. Brief von Luc Durtain an Georges Duhamel vom 19. November 1926 [o. O.], BnF, Mss, Fonds Georges Duhamel, lettres reçues de Luc Durtain.

Buchstaben angeeignet. Magdeleine Marx berichtet, wie sie einen Passanten – „bizarrement coiffé d'une toque de mongolie" – nach dem Weg gefragt und wie dieser angesichts ihres „détestable accent russe" sofort in bestem Französisch geantwortet habe[271]. Auch Jean-Richard Bloch scheint sich ein wenig mit dem Russischen beschäftigt zu haben – er bat seine Frau vor der Reise, ihm Wörterbücher und eine Grammatik mit nach Paris zu bringen[272] – und Oskar Maria Graf erwähnt (allerdings unmittelbar nach seiner Russlandfahrt) Sprachkurse, die er bei einem Litauer genommen hat[273].

Ein kleinerer Teil der Reisenden eignete sich sehr viel bessere Sprachkenntnisse an. Dies geschah jedoch nicht unbedingt im Zuge der unmittelbaren Reisevorbereitungen: Einige Autoren hatten schon lange, bevor der Entschluss einer Russlandfahrt gefasst wurde, die Sprache erlernt, so etwa Ludwig Renn, dessen Mutter Russin war und der 1920 bis 1923 russische Philologie in Göttingen und München studiert hatte[274], oder Joseph Roth, der aus dem galizischen Osten der Donaumonarchie, also aus unmittelbaren Grenzgebieten zum Zarenreich, stammte[275]. Andere wiederum hielten sich für längere Zeit in der Sowjetunion auf oder bereisten sie mehrmals und konnten so nach und nach ihre Sprachkenntnisse erheblich verbessern. Hierzu zählen etwa Louis Aragon[276], Georges Friedmann, René Marchand, Emil Julius Gumbel, Otto Heller, Heinrich Vogeler und Franz Carl Weiskopf, deren Reiseberichte auf eine sichere Beherrschung der Sprache schließen lassen. Auch im Falle von Henri Guilbeaux, Pierre Herbart, Léon Moussinac, Franz Jung und Arthur Koestler[277] kann davon ausgegangen werden, dass sie während ihrer mehrmonatigen Aufenthalte zumindest solide Grundlagen erlernten.

In Deutschland wie in Frankreich gab es also durchaus eine Reihe von Russlandreisenden, die sich vor oder während ihrer Reise mit der russischen Sprache beschäftigten. Gemessen an der Gesamtzahl der untersuchten Autoren jedoch blieb diese Gruppe eine Minderheit. Der fehlende oder unzulängliche Erwerb der russischen Sprache durch die Mehrzahl der behandelten Intellektuellen sollte freilich nicht zwingend als ein Zeichen mangelnder Bereitschaft gewertet werden, sich auf das fremde Land einzulassen: Vor allem im Falle einer nur kurzen und ein-

271 Marx: C'est la lutte finale!, S. 31.

272 Vgl. Brief von Jean-Richard Bloch an seine Frau Marguerite [o. D., o. O.], BnF, Mss, Papiers Jean-Richard Bloch, Correspondance: lettres de Jean-Richard Bloch à sa femme, VII (1931–1946), Bl. 266.

273 Vgl. Brief von Oskar Maria Graf an Isabella Grünberg vom 4. Dezember 1934 [o. O.], in: Bauer u. Pfanner (Hg.): Oskar Maria Graf in seinen Briefen, S. 88–90, hier S. 88.

274 Vgl. http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/Renn Ludwig [31. Mai 2010].

275 Vgl. Westermann: Nachwort, S. 273.

276 Zu Aragons Russischkenntnissen vgl. Robel: La langue, la littérature et la culture russes dans l'œuvre d'Aragon, S. 145.

277 Koestler beschreibt die Russischkenntnisse, auf die er sich während seines Sowjetunionaufenthaltes stützen konnte, in seiner Autobiographie: „Mein Russisch war ungrammatikalisch, aber recht fließend. Ich hatte es in den letzten vier Monaten in Berlin im […] Schnellkochverfahren gelernt […]. Mein Wortschatz bestand aus etwa tausend Wörtern, mit denen ich jonglierte, wie es Hotelportiers und Fremdenführer machen, ohne mich dabei um Grammatik oder Satzkonstruktion zu kümmern. Auf diese Weise konnte ich allein reisen, die Straßenbahn benutzen, meine Einkäufe selbst machen und mit den Leuten auf der Straße reden." Koestler: Frühe Empörung, S. 323.

maligen Reise hätte der Aufwand, den die Beschäftigung mit der komplexen und schwierigen russischen Sprache erfordert, wohl kaum in einem sinnvollen Verhältnis zu dem zu erwartenden Verständnisgewinn gestanden.

2. Informationsmöglichkeiten in Presse und Reiseberichten

Der Presse kam in den Jahren zwischen den Weltkriegen eine überaus hohe Bedeutung für Information und Meinungsbildung zu. Zweifellos stützten sich auch die behandelten Linksintellektuellen auf dieses Medium, um über das aktuelle Zeitgeschehen auf dem Laufenden zu sein. Allerdings war das, wenn es um das Thema Sowjetunion ging, nicht immer einfach: Wenngleich sich prinzipiell die Qualität der Berichterstattung in Presse und Publizistik über das sowjetische Russland im Laufe der Zwischenkriegszeit deutlich verbesserte, blieb es doch ein schwieriges Unterfangen, sich umfassend und kritisch zu informieren. Topoi von der Unzuverlässigkeit der Nachrichten, die vor allem bis in die frühen 1920er Jahre ihre Berechtigung hatten, fanden auch später noch weite Verbreitung und ließen sich jederzeit aktivieren, um den Wahrheitsgehalt von Meldungen in Frage zu stellen. Insgesamt wirkte das Thema Sowjetunion derart polarisierend, dass auch die Darstellung der reinen Fakten häufig widersprüchlich und von politischen Standpunkten beeinflusst blieb. Die Versuchung war somit größer als bei anderen Themen, vor allem jenen Berichten glauben zu schenken, die dem eigenen Weltbild entsprachen, anstatt immer wieder aufs Neue sorgfältig und kritisch abzuwägen.

Während der gesamten Zeit des Kriegskommunismus, also bis etwa 1921, war die deutsche wie auch französische Berichterstattung über die Vorgänge im sowjetischen Russland durch einen extremen Mangel an gesicherten und regelmäßigen Nachrichten geprägt. Seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs befanden sich keine deutschen Zeitungskorrespondenten mehr in Russland; direkte Nachrichten aus dem Zarenreich waren somit in Deutschland weitgehend unzugänglich[278]. Franzosen hingegen konnten sich – als offizielle Verbündete Russlands – weiterhin dort aufhalten. Erst die Politik der neuen bolschewistischen Machthaber sollte seit November 1917 zu einer nahezu vollständigen Unterbrechung des Informationsflusses auch nach Frankreich führen: Die russische Missachtung der internationalen Regeln sowie die beginnenden Waffenstillstands- und dann Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrussland und Deutschland wurden in Frankreich als Verrat empfunden und brachten den Abbruch der offiziellen russisch-französischen Beziehungen mit sich – eine Situation, die durch die ab Dezember 1917 diskutierten französischen Interventionspläne noch verschärft wurde. Als einziger Korrespondent einer französischen Zeitung berichtete lediglich noch Boris Kritchevsky aus Russland, dessen Artikel von Oktober bis Dezember 1917 in der sozialistischen *Humanité* erschienen[279]. Seit Beginn des Jahres 1918 jedoch wurde es auch in Frankreich nahezu unmöglich, gesicherte Informationen über die Vorgänge in Sowjetrussland zu erhalten. Die Verbindungen der Sozialisten nach Russland waren weitgehend abgebrochen, die meisten französischen Pressekorrespon-

[278] Vgl. Koenen: Vom Geist der russischen Revolution, S. 49.
[279] Vgl. hierzu ausführlich Jelen: L'aveuglement, S. 19–40.

denten in ihr Land zurückgekehrt, und die wenigen Franzosen, die sich noch in Russland aufhielten, hatten sich entweder offen auf die Seite der Bolschewiki – und damit gegen Frankreich – gestellt[280] oder waren Opfer sowjetischer Verhaftungen geworden[281].

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1918, noch während des Weltkriegs, wagten einige wenige deutsche bzw. französische Journalisten einen kurzen Aufenthalt in Sowjetrussland: So war von Mai bis Oktober 1918 der französische Journalist Robert Vaucher für *L'Illustration* in Moskau, und im Spätsommer und Herbst 1918 zwei deutsche Journalisten: der bereits erwähnte Alfons Paquet im Auftrag der *Frankfurter Zeitung* sowie Hans Vorst für das *Berliner Tageblatt*[282]. Und auch danach reisten immer wieder einzelne Berichterstatter nach Sowjetrussland, so etwa im April 1920 die Franzosen Charles Petit vom *Petit Parisien* und Albert Londres vom *Excelsior*[283], Philippe Landrieu, der 1921 für die *Humanité* in Moskau war[284], oder Louise Weiss, deren Russlandartikel 1921 im *Petit Parisien* erschienen[285].

Größtenteils waren deutsche und französische Zeitungen jedoch gezwungen, indirekte Quellen für ihre Berichterstattung über Russland zu verwenden. Häufig griffen sie auf die Berichte anderer, meist ausländischer Blätter, zurück, was zur Folge hatte, dass diese Meldungen aus zweiter, wenn nicht gar dritter oder vierter Hand stammten und ihre Quellen meist nicht mehr nachzuvollziehen waren. Dementsprechend war der Aktualitäts- und Wahrheitsgehalt der Nachrichten oft gering[286]. Ganz ähnlich verhielt es sich mit den Beiträgen von vermeintlichen Russlandkennern, die vom Ausland aus Spekulationen über die russische Entwicklung anstellten. In Deutschland prägten, insbesondere bis zum Abschluss des Rapallovertrags, russische Emigranten das Bild Sowjetrusslands. Tonangebend waren hierbei vor allem Deutschbalten und auch Russlanddeutsche, aus denen sich die Russlandexperten der rechtsbürgerlichen Parteien und Presse rekrutierten, sowie Menschewiki, deren überaus kritisches Bild der bolschewistischen Herrschaft auf die Berichterstattung im Umfeld von SPD und Gewerkschaften Einfluss hatte[287]. In Frankreich beeinflussten in den frühen 1920er Jahren vor allem Franzosen, die nach dem russischen Regimewechsel in ihre Heimat zurück-

[280] So etwa die ehemaligen Mitglieder der Französischen Militärmission Marcel Body, Robert Petit, Pierre Pascal und Jacques Sadoul – sowie der bereits erwähnte René Marchand.

[281] Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 28f.; sowie Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 79f. Eine detaillierte Untersuchung der österreichischen Berichterstattung am Beispiel der Zeitung *Neue Freie Presse* findet sich bei Leitsch: Die Ereignisse in Russland von Oktober 1917 bis Januar 1918. Die Berichterstattung der Hamburger Presse wird ausführlich analysiert von Scholz-Doutiné: Das deutsch-russische Verhältnis im Spiegel der Hamburger Presse 1917–1923. Ein in der DDR publiziertes Dossier bietet umfangreiches Quellenmaterial: Vgl. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Einen kurzen Überblick zur französischen Berichterstattung über Sowjetrussland bzw. die Sowjetunion bietet Martin: Les grands reporters, S. 195–213.

[282] Diese im *Berliner Tageblatt* veröffentlichten Artikel erschienen kurz darauf im Verlag *Der neue Geist* in Buchform: Vorst: Das bolschewistische Rußland.

[283] Die Artikel von Londres sind erneut publiziert in Londres: Dans la Russie des soviets.

[284] Vgl. Pelletier: Mon voyage aventureux, S. 97.

[285] Vgl. oben S. 84f.

[286] Vgl. hierzu ausführlicher Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 81–83.

[287] Vgl. Mick: Grauzonen der russischen Emigration, S. 164f.; Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 79.

gekommen waren, die Berichterstattung über das „neue Russland“[288], ab 1923 zunehmend auch Exilrussen, die aus dem inflationsgeschüttelten Deutschland nach Frankreich kamen. Gemeinsam war diesen deutschen und französischen Augenzeugenberichten, dass sie die politische und wirtschaftliche Lage kaum umfassend beleuchteten und meist in Einzelheiten über Nahrungsmittelbeschaffung, Preise und Rohstoffmangel stecken blieben[289] – und dass sie in aller Regel von ausgesprochenen Gegnern des bolschewistischen Regimes stammten[290]. Dies hatte zur Folge, dass sowohl in Deutschland als auch in Frankreich in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution die Darstellungen Sowjetrusslands in Presse und Publizistik größtenteils von einer überaus kritischen und grundsätzlich negativen Tendenz dominiert waren. Eine Ausnahme bildeten in dieser Hinsicht jene linksgerichteten Zeitungen, die dem bolschewistischen Experiment aus ideologischen Gründen wohlwollend gegenüberstanden: Von dem ohnehin dünnen Nachrichtenfluss aus Sowjetrussland wurden hier fast nur Positivmeldungen gedruckt. Häufig beriefen sich diese Blätter nahezu ausschließlich auf bolschewistische Nachrichtenquellen, so etwa sowjetrussische Nachrichtenagenturen, Zeitungsberichte und Funksprüche, die eine stark propagandistische Note hatten[291].

Bereits während der Phase des Kriegskommunismus erschienen außerdem erste Reiseberichte über Sowjetrussland, die angesichts der beeinträchtigten Informationsmöglichkeiten als besonders authentische Quellen galten. Zu den Autoren zählten nicht nur geflohene Russland- und Baltendeutsche, heimgekehrte deutsche Soldaten sowie Franzosen, die in Russland gelebt und aufgrund des Regimewechsels nun das Land verlassen hatten, sondern auch erste Reisende, die trotz aller Widrigkeiten eine Fahrt ins bolschewistische Russland gewagt hatten. Wie Abbildung 17 zeigt, stieg die Anzahl der als Monographien publizierten Reiseberichte in deutscher Sprache kontinuierlich an und erreichte mit der Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen 1921 einen ersten Höhepunkt. In Frankreich nahmen die Veröffentlichungen bis 1919 deutlich zu; nachdem jedoch das Gros der Franzosen, die in Russland gelebt hatten, nach Frankreich zurückgekommen war, sank die Zahl der Reiseberichte zunächst wieder spürbar, um bis über die Mitte der 1920er Jahre hinaus auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau zu bleiben.

Aufgrund dieser insgesamt äußerst unsicheren Nachrichtenlage war in Deutschland und Frankreich in den ersten Jahren nach der Revolution die Berichterstattung über Sowjetrussland nicht nur willkürlich und oft realitätsfern, sondern auch in höchstem Maße widersprüchlich. Breiten Raum nahmen spektakuläre, immer neu variierte Darstellungen der „Mordlust der Bolschewisten“ und der Auswirkungen ihrer blutrünstigen Schreckensherrschaft ein[292]. Häufig thematisierten auch die Berichte selbst die Unzuverlässigkeit der Informationen, die zu einem

[288] Vgl. Cœuré: La grande lueur à l’Est, S. 29 u. 31f.
[289] Der erste umfassende, in deutscher Sprache publizierte Bericht über die wirtschaftlichen Zusammenhänge in Sowjetrussland ist der von Goldschmidt.
[290] Vgl. Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 80 u. 85; sowie Cœuré: La grande lueur à l’Est, S. 29.
[291] Vgl. Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 86; sowie Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 84f.
[292] Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 455–458.

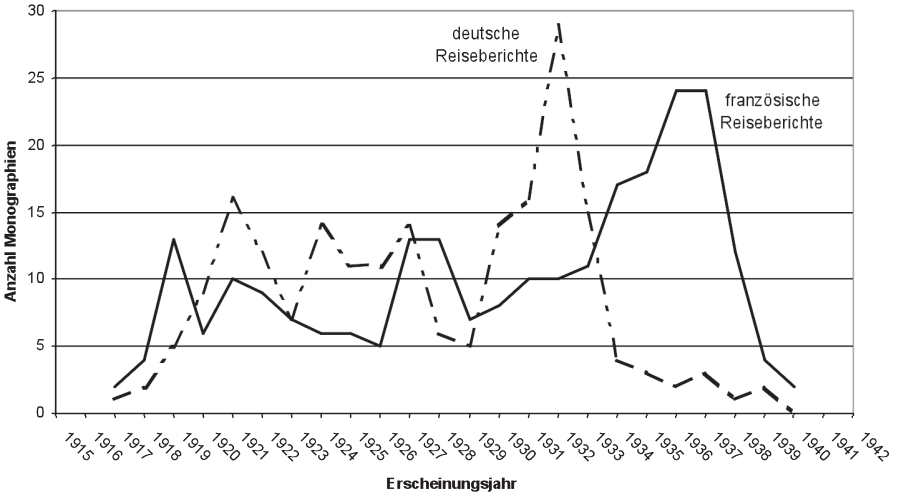


Abbildung 17: Deutsch- und französischsprachige Reiseberichte über die Sowjetunion (Monographien) 1917–1940[293]

strukturierenden Topos im Diskurs über Sowjetrussland wurde[294]. Selbst gesicherte Informationen liefen so schnell Gefahr, als unzuverlässig abgetan zu werden. Die zunehmenden Bemühungen des sowjetischen Russland um eine positive Beeinflussung seines Image trugen kaum dazu bei, die Diskussionen auf eine sachlichere Grundlage zu stellen. Dieses Grundproblem sollte auch für die Folgejahre prägend bleiben, selbst wenn sich der Nachrichtenfluss allmählich verbesserte.

Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Berichterstattung über das sowjetische Russland ergaben sich bis in die frühen 1920er Jahre aus der Tatsache, dass die Oktoberrevolution anfangs in breiten Kreisen vor allem unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens betrachtet und bewertet wurde[295]. In den ersten Jahren nach der Revolution wurde Lenin in großen Teilen der französischen Presse als deutscher Agent beschimpft und Sowjetrussland als Verräter dargestellt, der sich nicht an die Vereinbarungen seiner Vorgängerregierung hielt: Ein besonderes Reizthema waren die russischen Staatsanleihen[296]. Lediglich Presseorgane wie die sozialistische und später kommunistische Tageszeitung *L'Humanité* setzten sich von diesem negativen Tenor ab. In Deutschland hingegen war die

[293] Die der Graphik zugrunde liegenden Daten sind entnommen aus: Kupferman: Au pays des soviets, S. 172–182; Furler: Augen-Schein, S. 150–170; Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 303–322; Koenen: „Rom oder Moskau", S. 732f.; Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 556–637.

[294] Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 35.

[295] Vgl. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 455; Winkler: Demokratie oder Bürgerkrieg, S. 1.

[296] Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 29f. Zwischen 1888 und 1914 hatten insges. 1,6 Millionen Franzosen, aufgefordert von der französischen Regierung, russische Staatsanleihen gegengezeichnet und so dem russischen Staat rund 12 Milliarden Goldfrancs zur Verfügung gestellt. Frankreich hoffte, dadurch seine Stellung gegen den Dreibund stärken zu können. Nach der Oktoberrevolution weigerte sich die bolschewistische Regierung, diese Schulden des zaristischen Regimes zurückzuzahlen.

Polarisierung zwischen sowjetfreundlicher und -feindlicher Berichterstattung nicht immer eindeutig, denn hier neigten ausgerechnet Presseorgane des rechten Spektrums dazu, im sowjetischen Russland auch einen möglichen Partner zu sehen und deshalb gegenüber den Ententemächten die deutsch-russischen Gemeinsamkeiten zu unterstreichen. Die Gründe hierfür lagen dabei nicht nur in der aktuellen politischen Situation: Zum Teil erklärt sich diese russlandfreundliche Haltung auch aus der Skepsis konservativer Kreise gegenüber einer „Verwestlichung" Deutschlands und aus den Nachwirkungen der bismarckschen Orientierung an Russland[297]. Häufig zögerten rechts ausgerichtete Zeitungen sogar nicht, auf propagandistische Quellen der Bolschewiki zurückzugreifen, wenn dies dem publizistischen Kampf gegen die Ententemächte diente[298].

Bis zum Frühjahr 1921 – genauer bis zum Kronstädter Aufstand Anfang März 1921, der die Wende zur NEP einleitete – war es also nahezu unmöglich, ausgehend von der deutschen oder französischen Presse und Publizistik den Verlauf der russischen Ereignisse im Detail mitzuverfolgen. Die Meldungen in westlichen Zeitungen blieben in dieser ersten Phase extrem ungenau und unzuverlässig[299]. Dementsprechend konnten Reisende, die in den Jahren des Kriegskommunismus ins bolschewistische Russland fuhren, keinerlei Gewissheit darüber haben, was sie dort erwartete. Häufig genug waren es in diesen frühen Jahren eben gerade der Informationsmangel und die Unglaubwürdigkeit der Berichte sowjetfeindlicher, aber auch -freundlicher Tendenz, die den Anstoß zur Reise gaben: Man wollte mit eigenen Augen die „Wahrheit" über Sowjetrussland erfahren.

Ab dem Sommer 1921 wurde die Situation auf dem Nachrichtenmarkt insbesondere aus deutscher Perspektive übersichtlicher: So waren die Berichte über den Hungerstreik der Butyrka-Häftlinge im Januar 1922 und auch über den Prozess gegen die Sozialrevolutionäre im Juni des gleichen Jahres, die vor allem von der sozialdemokratischen Presse gebracht wurden, bereits weitgehend verlässlich[300]. Diese Verbesserung der Nachrichtenlage ist vor allem auf die Annährung zwischen Deutschland und Sowjetrussland zurückzuführen: Durch den deutsch-russischen Handelsvertrag vom 6. Mai 1921 und durch den Rapallovertrag vom April 1922 wurden die deutsch-russischen Beziehungen, die nur von April bis November 1918 eine vorübergehende Wiederbelebung erfahren hatten, wieder aufgenommen, und Deutschland konnte offizielle Vertreter nach Moskau entsenden[301]. Seit August 1921 berichtete die Nachrichtenagentur *Ost-Express* unmittelbar aus Moskau, und im Laufe der Jahre 1922/23 brachte auch das *Wolffsche Telegraphen-Bureau* vermehrt Meldungen direkt aus Moskau, so dass nun das russische Geschehen zumindest in seinen Erscheinungsformen lückenlos verfolgt werden konnte. Seit 1921 war es für deutsche Zeitungen auch wieder möglich, offiziell eigene Kor-

297 Vgl. Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 359.
298 Vgl. Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 89. Zur anfänglichen Interpretation der Oktoberrevolution als Kriegsvorteil in Deutschland s. auch Scholz-Doutiné: Das deutsch-russische Verhältnis, S. 76–82. Zur Haltung der deutschen Rechtspresse zum sowjetischen Russland vgl. Nasarski: Osteuropavorstellungen in der konservativ-revolutionären Publizistik, S. 133–155.
299 Vgl. Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 80.
300 Vgl. Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 146–149 u. 160–168.
301 Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 80f.

respondenten nach Russland zu schicken[302], so etwa Paul Scheffer, der für das *Berliner Tageblatt* tätig war[303], Fritz Schotthöfer, der nach Paquet 1921/1922 für die *Frankfurter Zeitung* in Moskau war[304], N. Bruck, der für die *Vossische Zeitung* schrieb[305], oder Arthur W. Just, der im Dienst der *Kölnischen Zeitung* stand[306].

Für Frankreich gestaltete sich die Beschaffung direkter Informationen aus dem bolschewistischen Russland zu Beginn der NĖP schwieriger, zumal die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten erst nach der französischen Anerkennung der Sowjetunion am 29. Oktober 1924 und auch dann nur zögerlich wieder aufgenommen wurden[307]. Allerdings konnten schon im Vorfeld Kontakte zwischen der französischen Nachrichtenagentur *Havas* und der russischen Agentur ROSTA[308] etabliert werden, wodurch der *Havas* im Dezember 1924 ermöglicht wurde, Jean Fontenoy als ständigen Korrespondenten nach Russland zu entsenden. Dieser musste allerdings auf sowjetischen Druck wegen seiner kritischen Stellungnahmen schon im März 1926 das Land wieder verlassen, ohne dass ein Nachfolger ihn ersetzte. Erst seit der Intensivierung der französisch-russischen Beziehungen nach 1932 kamen vermehrt französische Berichterstatter in die Sowjetunion[309]. In den frühen 1920er Jahren jedoch gab es dort keinen ständigen französischen Korrespondenten; lediglich vereinzelt berichteten französische Journalisten direkt aus dem Land, so beispielsweise Henri Rollin, der sich mehrmals in Russland aufhielt, und Lucien Bourguès, der im Winter 1924/25 für den *Petit Parisien* eine Russlandreise unternahm. Dennoch waren auch in Frankreich die Informationen über den „sozialistischen" Staat zuverlässiger und vollständiger geworden, denn französische Blätter konnten nun auf die Berichterstattung ausländischer Zeitungen zurückgreifen, von denen inzwischen viele eigene Korrespondenten in Moskau hatten[310].

Allerdings gab es nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland zahlreiche Zeitungen, die auf gesicherte, direkt aus der Sowjetunion übermittelte Infor-

302 Vgl. ebd., S. 85–87.

303 Scheffer kam zum ersten Mal im November 1921 als Sonderkorrespondent für seine Zeitung nach Sowjetrussland. Seit Anfang 1924 war er ständiger Korrespondent des *Berliner Tageblatts* in Moskau. Seine Berichte sind veröffentlicht in: Scheffer: Augenzeuge im Staate Lenins.

304 Die in dieser Zeit in der *Frankfurter Zeitung* publizierten Artikel erschienen kurz darauf in der *Societäts-Druckerei* in Buchform: Schotthöfer: Sowjetrußland im Umbau.

305 Bruck war seit dem Sommer 1923 ständiger Korrespondent der *Vossischen Zeitung* in Moskau. Vor ihm waren Theodor Scholl und Colin Ross als Sonderberichterstatter für das gleiche Blatt dort gewesen. Vgl. Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 123. Über seine Reise berichtet Ross auch in seinem im Verlag *F. A. Brockhaus* erschienenen Buch: Ross: Der Weg nach Osten.

306 Vgl. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 459f.

307 Frankreich entsendete zwar einen Botschafter nach Moskau, jedoch keinen Militärattaché, und eröffnete auch keine weiteren Konsulate im Lande. Der Grund hierfür lag vor allem in der Befürchtung, dass sonst umgekehrt auch eine erhöhte Anzahl sowjetischer Diplomaten nach Frankreich kommen und dort eine verstärkte Propagandatätigkeit entfalten könnte. Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 61.

308 Im Juli 1925 wurde die Nachrichtenagentur ROSTA (*Rossijskoe telegrafnoe agentstvo* [*Russische Telegrafenagentur*]) in TASS (*Telegrafnoe agentstvo Sovetskogo Sojuza* [*Telegrafenagentur der Sowjetunion*]) umbenannt.

309 Vgl. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 462f.

310 So lebte eine Reihe von amerikanischen, deutschen, englischen, polnischen und tschechischen Journalisten in diesen Jahren in der Sowjetunion. Vgl. Cœuré: La grande lueur à l'Est, S. 59f.

mationen völlig verzichteten. In Deutschland handelt es sich vor allem um eine Reihe von Blättern des nationalistischen Hugenberg-Konzerns. Diese bedienten sich primär der durch die *Telegraphen-Union* verbreiteten Sensationsmeldungen über die Sowjetunion, die häufig – als Moskauer Originalberichte ausgegeben – aus baltischen Emigrantenkreisen stammten[311]. Bis Ende der 1920er Jahre lebten in Deutschland Flüchtlinge aus dem bolschewistischen Russland davon, erfundene „Geheimberichte" und gefälschte Dokumente an Nachrichtenagenturen zu verkaufen[312]. Insgesamt spielte der Einfluss von russlanddeutschen, deutschbaltischen und menschewistischen „Russlandexperten" auf die Berichterstattung bis in die Spätphase der Weimarer Republik eine wichtige Rolle[313].

Eine weitere Unsicherheit bestand darin, dass selbst der Informationsgehalt von Meldungen, die direkt von Korrespondenten aus Moskau stammten, oft problematisch war: Ein Grund hierfür war, dass die Beschaffung von Informationen für Ausländer in der Sowjetunion über lange Phasen hinweg schwierig war. Die wichtigste Nachrichtenquelle bildete in der Regel die Sowjetpresse, die auf die offizielle sowjetische Sicht der Ereignisse festgelegt war. Von besonderer Bedeutung war für viele ausländische Journalisten in Moskau auch der ungewöhnlich intensive Informationsaustausch zwischen Pressevertretern und diplomatischem Corps. Pressekonferenzen und Gespräche hoher sowjetischer Politiker mit Auslandskorrespondenten hingegen waren lediglich bis zum Ende der NĖP gängig, später wurden sie nur noch höchst selten gewährt. Ähnlich verhielt es sich mit der Möglichkeit, Verbindung zu einfachen Sowjetbürgern aufzunehmen: Während dies in den 1920er Jahren noch weitgehend möglich war, mied die sowjetische Bevölkerung in den 1930er Jahren aus Angst vor Repressalien häufig Kontakte zu Ausländern[314]. Auch Reisen außerhalb Moskaus, die in den 1920er Jahren noch ohne größere Einschränkungen durchgeführt werden konnten[315], wurden in den 1930er Jahren häufiger erschwert: So verboten die sowjetischen Behörden 1933 den ausländischen Berichterstattern, von Moskau aus in die von der Hungersnot betroffenen Regionen zu reisen und darüber zu berichten[316].

Ein zusätzlicher Grund für den teilweise problematischen Informationsgehalt von aus Moskau stammenden Meldungen lag in der Tatsache, dass ausländische Berichterstatter wegen des Einflusses der sowjetischen Behörden zumeist nicht frei bestimmen konnten, welche Informationen sie an ihre Zeitungen weitergaben. Akkreditierte westliche Korrespondenten mussten, seit 1922 eine Depeschenvorzensur eingeführt worden war, bei der Pressestelle des Außenkommissariats alle Telegramme an die Heimatredaktionen vorlegen; eine Weiterbeförderung der Meldungen war nur mit Unterschrift und Siegel der Presseabteilung möglich. Seit 1927 verschärfte sich die sowjetische Zensurpraxis in Bezug auf die ausländischen Journalisten zunehmend. Zudem wurde versucht, mit polemischen Artikeln in der

311 Vgl. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 461f.
312 Vgl. Mick: Grauzonen der russischen Emigration, S. 167.
313 Vgl. ebd., S. 175. Für die Jahre 1929 bis 1932 s., wenngleich mit starker ideologischer Färbung, auch Mentzel: Die Sowjetunion in der Publizistik der Weimarer Republik.
314 Vgl. hierzu auch unten S. 211f. u. 227.
315 Vgl. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 466–471.
316 Trotzdem berichteten einige westliche Zeitungen über die Hungersnot. Entsprechende Meldungen wurden freilich von sowjetischer Seite dementiert. Vgl. unten S. 252, Anm. 307.

Sowjetpresse die Berichterstattung kritischer Ausländer zu bremsen. Weitere disziplinarische Maßnahmen der Pressestelle bestanden etwa in Verwarnungen, Bitten von sowjetischer Seite an die Heimatredaktionen um Abberufung oder Verzögerungen bei der Erteilung der Rückreisevisa. Prinzipiell behielten es sich die Sowjetbehörden auch vor, unerwünschte Journalisten gar nicht erst zuzulassen. Die Korrespondenten waren unter diesen Umständen gezwungen, sich einer gewissen Selbstzensur zu unterwerfen: Problemlos senden konnten sie in der Regel nur das, was auch in der Sowjetpresse veröffentlicht worden war und somit die interne Zensur schon durchlaufen hatte[317].

Angesichts dieser im Vergleich zur Phase des Kriegskommunismus zwar etwas verbesserten, aber nach wie vor problematischen Nachrichtenlage kam Reiseberichten im gesamten Zeitraum zwischen den Weltkriegen als Informationsquelle ein besonderer Stellenwert zu. Dass eine nicht unerhebliche Nachfrage nach solchen Augenzeugenberichten existierte, zeigt allein schon die Tatsache, dass zahlreiche Verlage bereit waren, Reiseberichte in teilweise hohen Auflagen zu drucken[318]. Bis 1933 scheint dabei das Interesse in Deutschland insgesamt größer gewesen zu sein als in Frankreich: Abbildung 17 zeigt die Anzahl der in Monographieform erschienenen deutsch- und französischsprachigen Reiseberichte pro Jahr[319]. Abgesehen von den wirtschaftlichen Krisenjahren 1923 und 1929 lag die Anzahl der in deutscher Sprache publizierten Reiseberichte zwischen 1920 und 1933 meist deutlich über der in Frankreich. Ihren Höhepunkt erreichte die Publikation von Monographien über Russlandreisen hier 1932 – zu einem Zeitpunkt, als Deutschland mit den dramatischen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu kämpfen hatte, während sich in der Sowjetunion der Erste Fünfjahresplan als Erfolg zu erweisen schien. Die Zahl der französischsprachigen Publikationen stieg seit 1929 und dann seit den sowjetisch-französischen Annährungen von 1932 stetig an. Der Höhepunkt war hier 1936/37, also während der Zeit der ersten Volksfrontregierung, erreicht. Durch die zunehmende Zahl der Reiseberichte entstand eine Fülle von Informationsangeboten, die den Anspruch höchster Authentizität erhoben. Doch ein zuverlässiges und objektives Bild konnten auch sie dem deutschen und französischen Leser nicht vermitteln, im Gegenteil: Die Widersprüchlichkeit der Urteile und teilweise auch der dargestellten Fakten über die Sowjetunion spiegelte sich in den Reiseberichten ebenso wie in der Presse.

Wenngleich also die Berichterstattung über die Sowjetunion ab 1921 in Deutschland wie in Frankreich zuverlässiger wurde, blieben doch in vielerlei Hinsicht Widersprüche bestehen: Auf der einen Seite gab es nach wie vor Zeitungen, die unter

317 Vgl. insges. Müller: Aspekte der Russlandberichterstattung, S. 463–466. Zu den Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten im Moskau der 1920er und 1930er Jahre s. auch Bassow: The Moscow correspondents, S. 19–91.

318 Eine sorgfältige Aufstellung der zugänglichen Auflagenzahlen deutschsprachiger Reiseberichte findet sich bei Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 561–637. Einen Überblick zu den Auflagenzahlen einiger wichtiger französischsprachiger Reiseberichte bietet Kupferman: Au pays des soviets, S. 182.

319 Entsprechend den Angaben in Abbildung 17, S. 189, wurden in Deutschland im Zeitraum von 1917 bis 1933 187 Reiseberichte veröffentlicht, in Frankreich hingegen nur 140. Betrachtet man jedoch den gesamten Zeitraum von 1917 bis 1940, so liegt die Zahl der französischsprachigen Reiseberichte mit 241 höher als die von 207 für deutschsprachige Reiseberichte.

Berufung auf kaum verlässliche Quellen Gräuelmeldungen über die Sowjetunion brachten. Zwar nahm die Zahl solcher Darstellungen ab, und sie wurden meistens mit gewissen Vorbehalten präsentiert[320], doch blieben auch während der NĖP und danach Horrormeldungen, die zu den Realitäten nur noch schwachen Bezug hatten, keine Seltenheit. Auf der anderen Seite entwarfen kommunistische Blätter ein häufig ebenso unglaubwürdiges Positivbild. Schließlich gab es auch eine Reihe von Presseorganen, die sich um seriöse Berichterstattung bemühten, dabei jedoch leicht in das Kreuzfeuer von sowjetunionfeindlicher und kommunistischer Presse geraten konnten. In dieser unübersichtlichen Lage wurde Nachrichten aus der Sowjetunion oftmals ein so grundsätzliches Misstrauen entgegengebracht, dass auch der Wahrheit entsprechende Meldungen als tendenziös oder falsch abgetan wurden[321]. Kritische Berichte etwa über Repressionen, Zwangsarbeit und Hungerkatastrophen liefen so Gefahr unterzugehen: Sie wurden nicht nur durch offizielle sowjetische Stellen dementiert, sondern schienen sich zudem nur graduell von sowjetfeindlicher Hetze zu unterscheiden. Positive Meldungen wiederum konnten als kommunistische Propaganda aufgefasst werden. Sich sorgfältig und umfassend über die Sowjetunion zu informieren, war also in Deutschland und Frankreich nicht nur in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, sondern zu einem gewissen Grad auch während der NĖP und im Stalinismus eine schwierige – aber nicht unmögliche –Angelegenheit: Trotz aller Widrigkeiten war es für einen kritischen und sorgfältig abwägenden Leser spätestens seit den frühen 1920er Jahren durchaus möglich, sich ein zumindest annäherndes Bild über den Verlauf der Ereignisse und die generellen Tendenzen zu machen.

3. Exemplarische Schlaglichter: Reisevorbereitende Lektüre und Gespräche

Anhand der zur Verfügung stehenden Quellen fällt es schwer, umfassend zu rekonstruieren, wie die konkrete Reisevorbereitung der deutschen und französischen Linksintellektuellen im Detail aussah. Zumeist kann dies nur in Einzelfällen nachgezeichnet werden. Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, dass der Großteil der untersuchten Russlandfahrenden versuchte, sich vor der Reise zusätzlich zur regelmäßigen Presselektüre gezielt zu informieren: Dies war zum einen durch das Studium von Reiseberichten, Reiseführern und anderer Literatur möglich, zum anderen aber auch über persönliche Kontakte zu früheren Sowjetunionreisenden, zu Bürgern der Sowjetunion oder auch zu Exilrussen.

Hinweise auf Bücher anderer Russlandreisender finden sich bei zahlreichen Linksintellektuellen. Wie im vorigen Abschnitt ausgeführt wurde[322], stieg das Angebot an Reiseberichten über die Sowjetunion im Laufe der Zeit zwischen den Weltkriegen in Deutschland wie in Frankreich kontinuierlich an, so dass interessierte Leser zwischen einer Fülle von Autoren wählen konnten. Soweit es sich anhand der zugänglichen Quellen nachvollziehen lässt, scheint es weder für Deutsche noch für Franzosen unter den Reiseberichten Standardwerke für die Reise-

320 Vgl. Döser: Das bolschewistische Rußland, S. 97.
321 Vgl. ebd.
322 Vgl. Abbildung 17, oben S. 189.

vorbereitung gegeben zu haben[323]. Als allgemeine Tendenz kann jedoch festgehalten werden, dass der Großteil von ihnen sich anscheinend bei der Lektüre von Reiseberichten auf Neuerscheinungen konzentrierte und meist bei Büchern blieb, die in der eigenen Sprache zugänglich waren.

In den ersten Jahren während und nach den Revolutionswirren lagen nur wenige Berichte von Augenzeugen in veröffentlichter Form vor. Doch bereits Paquet erhielt im Herbst 1918 in Moskau von Karl B. Radek die soeben erschienene Schrift von Jacques Sadoul über die bolschewistische Revolution[324]. Der französische Anarchist Mauricius, der zwei Jahre nach Paquet Sowjetrussland bereiste, informierte sich über die Realitäten des ersten „sozialistischen" Staates, indem er sorgfältig das Buch von Pierre Pascal „En Russie Rouge" studierte[325]. Mitte der 1920er Jahre war das Angebot bereits deutlich umfangreicher: Walter Benjamin etwa las vor seiner Moskaureise das Buch „Der Russe redet" von Ssofja Fedortschenko, das Aufzeichnungen von der russischen Kriegsfront der Jahre 1915/16 enthält, sowie René Fülöp-Millers umfangreiche Darstellung zum kulturellen Leben der Sowjetunion „Geist und Gesicht des Bolschewismus"[326]. Joseph Roth, der fast zeitgleich mit Benjamin in Russland war, las zur Vorbereitung Ernst Tollers Reisebilder[327] und Egon Erwin Kischs Russlandreportagen im *Tagebuch*, aber auch ältere Reiseberichte aus dem 18. und 19. Jahrhundert[328]. Georges Duhamel wiederum, der nur wenige Monate nach Roth und Benjamin die Sowjetunion besuchte, erwähnt den Reisebericht von Herbert George Wells „Russia in the shadows" (New York 1921)[329]. Mitte der 1930er Jahre schließlich las Jean-Richard Bloch vor seiner Sowjetunionfahrt „le livre de Moussinac sur l'Ukraine"[330]. Der anderthalb Jahre nach Bloch reisende André Gide studierte vorbereitend die Artikel Blochs über die Sowjetunion in *Europe*[331]; und Lion Feuchtwanger, der

[323] Zu diesem Ergebnis kommt für Deutschland auch Heeke in: Reisen zu den Sowjets, S. 122f. Zur vorbereitenden Lektüre französischer Sowjetunionreisender vgl. Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 77–82.

[324] Vgl. den Tagebucheintrag Paquets vom 31. Oktober 1918 in: Paquet: Tagebuch und Aufzeichnungen Alfons Paquets, S. 198. Es handelt sich um das Buch von Sadoul: Notes sur la révolution bolchévique.

[325] Pascal: En Russie rouge. Zu Pascal vgl. Panné: Pierre Pascal. Im Nachlass von Mauricius finden sich ausführliche Exzerpte der Schrift Pascals unter den 1921 aus Russland zurückgebrachten Dokumenten. Es ist möglich, dass Mauricius das Buch erst in Russland gelesen hat. S. Notes et documents rapportés de Russie par Mauricius en 1921, IFHS, Fonds Mauricius, 14 AS 292f.

[326] Fedortschenko: Der Russe redet; sowie Fülöp-Miller: Geist und Gesicht des Bolschewismus. Vgl. die Briefe Benjamins an Siegfried Kracauer vom 5. und 16. November 1926 aus Berlin, in: Benjamin: Gesammelte Briefe, Bd. 3, S. 211–215.

[327] So Westermann: Nachwort, S. 284. Da Tollers Reisebericht erst 1930 publiziert wurde, ist anzunehmen, dass er diesen Roth in Manuskriptform zur Verfügung gestellt hat.

[328] Die Reportagen Kischs erschienen im linksliberalen *Tagebuch*, bevor sie 1927 in Buchform publiziert wurden. Zur Reisevorbereitung Roths insges. vgl. Westermann: Nachwort, S. 284f.

[329] Das Buch erschien ebenfalls 1921 in französischer Übersetzung unter dem Titel „La Russie telle que je viens de la voir". Zur Reisevorbereitung Duhamels vgl. Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 78.

[330] Es handelt sich um: Moussinac: Je reviens d'Ukraine. Bloch bat seine Frau kurz vor der Abreise nach Moskau in einem Brief [o. D., o. O.], ihm das Buch nach Paris mitzubringen. BnF, Mss, Papiers Jean-Richard Bloch, Correspondance: lettres de Jean-Richard Bloch à sa femme, VII (1931–1946), Bl. 266.

[331] Gide erwähnt die Schriften Blochs in seinem Brief an den Autor vom 28. Dezember 1934 [o. O.], in: Gide u. Bloch: Correspondance, S. 125.

wenige Monate nach Gide in die sowjetische Hauptstadt kam, arbeitete den Reisebericht Gides vorab kritisch durch[332].

Viele Russlandreisende bedienten sich auch vor und während ihres Aufenthaltes eines Reiseführers. Allerdings war das Angebot hier relativ beschränkt und interessanterweise für Deutschland und Frankreich nahezu identisch: Bis in die Mitte der 1920er Jahre war der aktuellste Russlandführer, den deutsche und französische Reisende nutzten, der Baedeker aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, der primär den europäischen Teil Russlands behandelte: Die neueste Auflage in deutscher Sprache stammte aus dem Jahr 1912[333], die französische Übersetzung war zuletzt 1902 erschienen[334]. Wenngleich das Buch in der Zeit zwischen den Weltkriegen keine Neuauflage erfuhr, wurde es – wohl auch in Ermangelung von Alternativen – nach wie vor von zahlreichen Sowjetunionreisenden gelesen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Baedeker mit seinen zum Teil über Jahrzehnte unveränderten Texten dazu beigetragen hat, einprägsame Russland-Klischees aus dem 19. Jahrhundert weiterzutragen[335].

Eine Alternative zum Baedeker kam in Deutschland 1925 auf den Markt: Es handelt sich um den von der VOKS[336], also von einer sowjetischen Einrichtung, herausgegebenen „Führer durch die Sowjetunion" von Alexander Radò, der zu dem in der Zwischenkriegszeit zweifelsohne bekanntesten und meistgenutzten Reisehandbuch für die Sowjetunion werden sollte[337]. Die erste Auflage beschränkte sich auf die großen Städte des europäischen Teils der Sowjetunion. Münzenbergs *Neuer Deutscher Verlag* publizierte 1928 eine erweiterte Neuauflage in deutscher Sprache[338]: Diese erfasste nicht nur den europäischen, sondern auch den asiatischen Raum der Sowjetunion[339] und erschien 1929 auch in französischer Übersetzung[340]. Das Buch enthält ausgiebige Passagen über Geographie und Geschichte, den Staatsaufbau, die KP und die Rote Armee, das Kulturleben und die sowjetische Volkswirtschaft. Bloch wird wohl diesen „Radò" gemeint haben, als er kurz vor seiner Sowjetunionreise an seine Frau schrieb: „J'ai acheté un gros guide (en français) de l'U.R.S.S., qui vient de paraître, – type Baedeker; bien utile."[341] In der Tat war der Reiseführer der VOKS – trotz inhaltlicher Unter-

[332] Vgl. Feuchtwangers kritischen Artikel über Gides Reisebericht: Feuchtwanger: Der Ästhet in der Sowjetunion. Feuchtwanger erwähnt Gides Buch außerdem mehrmals in seinem eigenen Moskau-Buch. Vgl. Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 8, 21, 32 u. 34.

[333] Baedeker: Rußland nebst Teheran, Port Arthur, Peking.

[334] Baedeker: La Russie. Der auf dem französischen Markt außerdem zugängliche Führer von Joanne: L'Allemagne septentrionale, Copenhague, Saint-Pétersbourg, Moscou, Varsovie, wurde anscheinend in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr genutzt. Vgl. Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 82.

[335] Vgl. Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 114. Zu Russlandstereotypen aus der Zeit vor 1917 sowie zu deren anhaltender Wirkung auch bei den hier behandelten Linksintellektuellen vgl. Abschnitt V.A.1.

[336] Zur VOKS vgl. oben S. 72f.

[337] Radò (Bearb.): Führer durch die Sowjetunion (1925).

[338] Radò (Bearb.): Führer durch die Sowjetunion (1928).

[339] Zu dem von der VOKS herausgegebenen Führer vgl. Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 114–116.

[340] Radò: Guide à travers l'Union soviétique. Vgl. hierzu Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 85–88.

[341] Brief von Jean-Richard Bloch an seine Frau Marguerite vom 26. Juli 1934 aus Paris, BnF, Mss, Papiers Jean-Richard Bloch, Correspondance: lettres de Jean-Richard Bloch à sa femme, VII (1931–1946), Bl. 257f.

schiede – mit seinem roten Einband und auch von der sonstigen Aufmachung her an der Tradition des Baedekers orientiert.

In deutscher Sprache stand außerdem noch das 1909 erstmals erschienene Reise-Taschenlexikon „Land und Leute in Rußland" von Martin Ludwig Schlesinger zur Verfügung, das mit seiner dritten, vollständig neubearbeiteten Auflage „Land und Leute in Sowjetrussland" aus dem Jahr 1927 (*Langenscheid*, Berlin-Schöneberg) den neuen sowjetischen Realitäten Rechnung trug[342]. Im Jahr 1938 erschien zudem sowohl in deutscher als auch in französischer Sprache ein von *Intourist* herausgegebener Reiseführer über Moskau[343], der allerdings von keiner der behandelten Personen mehr genutzt wurde. Schließlich gab es auch zahlreiche Reiseführer in russischer Sprache, die allerdings, wie soeben ausgeführt, nur von wenigen gelesen werden konnten. Von den untersuchten Autoren erwähnt lediglich Heller in der Bibliographie zu seinem Reisebericht über Sibirien russischsprachige Reiseliteratur[344]. Zur systematischen Vorbereitung ihrer Reise werden einige sicherlich auch auf Handbücher und Fachliteratur über Russland zurückgegriffen haben, beispielsweise auf die 1930 erschienene russische Landeskunde von Hans von Eckardt[345].

Zudem lasen viele Linksintellektuelle mit literarischem Interesse vor oder während ihrer Reise neuere sowjetische Literatur – zu deren wichtigster Ikone in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre Maxim Gorki wurde –, um sich mit dem Geistesleben im „neuen Russland" auseinanderzusetzen[346]. Insgesamt kann aber wohl angenommen werden, dass die Lektüre sowjetischer und auch vorrevolutionärer, russischer Literatur nicht immer Teil konkreter Reisevorbereitungen war, sondern oftmals auch schon sehr viel früher und unabhängig von dem geplanten Aufenthalt erfolgte – und so unter Umständen zur Entstehung bzw. Verfestigung allgemeiner Russlandbilder und -stereotypen beitrug[347].

Eine weitere Möglichkeit, sich über das sowjetische Russland zu informieren, bestand in der mündlichen oder schriftlichen Kommunikation mit Personen, die Russland aus eigener Anschauung kannten[348]. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass ein sehr großer Teil der untersuchten Autoren versuchte, sich vor der Reise auf dem Wege persönlicher Kontakte genauer zu informieren. Besonders in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution wird es sich bei den Kontaktpersonen auch um exilierte Russen gehandelt haben. Arthur Holitscher etwa schreibt in seinem ersten Reisebericht aus dem Jahr 1921, er habe, „zumeist bei Nacht und Nebel, Briefe und Pakete aus Deutschland, Österreich und Estland an Petersburger und Moskauer Bürger abgegeben", die ihm von Verwandten dieser Leute an-

342 Vgl. Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 116.
343 Im Lande der Sowjets; sowie Au pays des soviets. Das Buch war ein Jahr zuvor bereits in englischer Sprache erschienen: In the land of the soviets.
344 Vgl. Heller: Sibirien, S. 253–256.
345 Eckardt: Rußland. Zur wichtigsten Fachliteratur in deutscher Sprache vgl. Heeke: Reisen zu den Sowjets, S. 117f.
346 Vgl. Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 77–82.
347 Vgl. hierzu unten S. 342–344. Zum allgemeinen Interesse für russische und sowjetische Literatur in der Weimarer Republik vgl. Koenen: Bilder mythischer Meister; sowie ders.: Der Russland-Komplex, S. 355–362.
348 Zu diesen Möglichkeiten der Reisevorbereitung vgl. auch Mazuy: Croire plutôt que voir?, S. 72–75.

vertraut worden seien[349]. Einer dieser Exilrussen, für den Holitscher einen Brief an die in Russland lebende Schwester transportierte, war Alexander Bloch, der in Russland mit führenden Bolschewiki – unter anderem Marchlewski, Dzierżyński und Radek – gut bekannt gewesen war. Holitscher traf sich unmittelbar vor seiner Reise mit ihm, um sich ein Bild von dem zu machen, was ihn in Russland erwarten würde[350].

Einige Intellektuelle, die sich für die Sowjetunion interessierten und bemüht waren, sich möglichst umfassend zu informieren, standen auch in Briefkontakt mit Sowjetbürgern. Rolland etwa korrespondierte bereits seit 1916/17 mit dem russischen Schriftsteller Maxim Gorki, und dieser rege Gedankenaustausch wurde nach dessen endgültiger Rückkehr in die Sowjetunion im Jahr 1931 nicht nur fortgesetzt, sondern zunehmend intensiviert[351]. Auch mit weniger exponierten Bewohnern der Sowjetunion stand Rolland in Briefkontakt. Einige Monate vor seiner Sowjetunionreise des Jahres 1935 schrieb er an den zu diesem Zeitpunkt in Moskau weilenden Jean-Richard Bloch:

„Sans avoir vu l'U.R.S.S., j'ai tant d'yeux qui voient pour moi, – tant d'amis jeunes et vieux de là-bas qui m'écrivent, – que ce nouveau monde m'est devenu une seconde patrie, – la vrai patrie de ma raison et de ma volonté."[352]

Insbesondere von deutscher Seite gab es vor allem nach 1933 auch Kontakte zu Landsleuten, die im sowjetischen Exil lebten. Graf etwa betont kurz vor seiner Sowjetunionfahrt im Jahr 1934, er habe „allerhand gute Bekannte drüben", sogar seinen „nächststehenden Freund Erich Müller"[353].

Von wesentlichem Einfluss war im Falle einiger Reisender auch eine andere Art von persönlichem Kontakt: Einige der untersuchten Autoren waren mit Frauen liiert bzw. verheiratet, die die Sowjetunion aus persönlicher Erfahrung heraus sehr gut kannten; es ist davon auszugehen, dass die Berichte und Ansichten dieser Frauen eine ganz erhebliche Rolle spielten[354].

Im Vorfeld der Reise waren sicherlich die Kontakte zu anderen Linksintellektuellen, die bereits die Sowjetunion besucht hatten, am häufigsten. Ein Großteil der behandelten Autoren war persönlich miteinander bekannt[355], und aufgrund des

[349] Holitscher: Drei Monate in Sowjet-Rußland, S. 181.

[350] Vgl. den Brief von Alexander Bloch an Arthur Holitscher vom 2. September 1920 aus Berlin, DLA, A: Holitscher, 87.7.54. Für die Reise gab Bloch dem Schriftsteller folgende Worte mit auf den Weg: „Lieber Holitscher, ich beglückwünsche Sie, dass Sie Gelegenheit haben, ein einzigartiges Land in einer einzigartigen Zeit kennen zu lernen. Sie werden dort in jedem Falle ungeheuerlich geistig und seelisch bereichert werden. Was Sie im übrigen dort an Schattenseiten sehen werden, so haben wir ja gestern darüber gesprochen. Man muss sich immer vor Augen halten, dass es sich um eine werdende Idee handelt, die sich natürlich nur schwer, unter ungeheuerlichen Schmerzen und auch nur unter grossen [sic!] Irrungen durchringen kann." Ebd.

[351] Der Briefwechsel liegt in veröffentlichter Form vor: Rolland u. Gorki: Correspondance. Zu Rolland und Gorki s. auch Pérus: Romain Rolland et Maxime Gorki; Winkel: Der fremde Freund.

[352] Brief von Romain Rolland an Jean-Richard Bloch vom 15. November 1934 aus Villeneuve, BnF, Mss, Fonds Jean-Richard Bloch, correspondance XLI, Bl. 182f.

[353] Brief von Oskar Maria Graf an Ruth und Ernst Fischer vom 24. Juli 1934 [o. O.], in: Bauer u. Pfanner (Hg.): Oskar Maria Graf in seinen Briefen, S. 85–88, hier S. 88.

[354] Vgl. hierzu ausführlicher und mit Beispielen oben S. 140f.

[355] Zu linksintellektuellen Netzwerken in Deutschland und Frankreich vgl. Abschnitt I.C.

allen gemeinsamen Interesses für die Entwicklungen in der Sowjetunion ist es naheliegend, dass viele von ihnen diese Beziehungen zur Reisevorbereitung genutzt haben. Bloch etwa berichtete seiner Frau im Vorfeld der Reise ausführlich von Gesprächen mit Moussinac, Vaillant-Couturier und Aragon, die ihm Tipps gegeben haben: Die Schriftstellerkollegen warnten ihn vor Taschendieben in der Moskauer Straßenbahn, klärten ihn über das russische Klima und die für die Reise erforderlichen Kleidungsstücke auf, erzählten von den aufgrund des „triomphe du 2e plan quinquennal" angeblich erheblich verbesserten Einkaufsmöglichkeiten in Russland und setzten ihm ihre – nicht sehr positive – Meinung über das sowjetische Literaturleben auseinander[356]. Auch in der Korrespondenz von Rolland finden sich zahlreiche Hinweise auf Kontakte zu früheren Sowjetunionreisenden, die ihm ihre Eindrücke mitteilten, so etwa Stefan Zweig, Panait Istrati, Jean-Richard Bloch, Georges Duhamel und Charles Vildrac[357]. Diese persönlichen Kontakte, die viele Linksintellektuelle untereinander pflegten, trugen auch dazu bei, dass Informationen über Repressionen gegen Oppositionelle in der Sowjetunion in diesem Milieu relativ präsent waren: Vor allem in Frankreich erregten verschiedentlich sowjetische Maßnahmen, die sich gegen in Frankreich bekannte Persönlichkeiten richteten, einiges Aufsehen, wobei die Affäre Victor Serge sicherlich die höchsten Wellen schlug[358].

Festzuhalten bleibt also, dass die reisevorbereitende Lektüre in der Regel eine gezielte Auswahl aus dem breiten und teilweise widersprüchlichen Spektrum der zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten darstellte. Insbesondere was die gelesenen Reiseberichte anbelangt, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Reisenden tendenziell eher für Autoren entschieden, mit deren politischen Positionen sie weitgehend übereinstimmten. Die reisevorbereitende Lektüre spiegelt dementsprechend zumindest in einem gewissen Maße die jeweiligen politischen Präferenzen. Aufgrund der höheren Glaubwürdigkeit von im persönlichen Kontakt vermittelten Informationen jedoch dürften Verbindungen, die sich aus den

356 Brief von Jean-Richard Bloch an seine Frau Marguerite vom 27. Juli 1934 aus Paris, BnF, Mss, Papiers Jean-Richard Bloch, Correspondance: lettres de Jean-Richard Bloch à sa femme, VII (1931–1946), Bl. 259f.

357 Vgl. etwa: Brief von Romain Rolland an Charles Baudouin vom 31. Dezember 1927 aus Villeneuve, in: Rolland u. Baudouin: Une si fidèle amitié, S. 152–154; Briefwechsel von Romain Rolland und Stefan Zweig im September/Oktober 1928, in: Rolland u. Zweig: Briefwechsel, Bd. 2, S. 296–307; Brief von Charles Vildrac an Romain Rolland vom 11. Dezember 1928 aus Paris, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, correspondance avec Charles Vildrac; Istrati u. Rolland: Correspondance (1919–1935), insbes. die Briefe der Jahre 1927 bis 1935, S. 241–372; Briefe von Romain Rolland an Charles Vildrac vom 14. Dezember 1928 und 2. Dezember 1929 aus Villeneuve, BnF, Mss, Fonds Romain Rolland, correspondance avec Charles Vildrac: lettres de Romain Rolland adressées à Charles Vildrac; Brief von Romain Rolland an Jean-Richard Bloch vom 15. November 1934 aus Villeneuve, BnF, Mss, Papiers Jean-Richard Bloch, correspondance XLI, B. 182f.

358 Vgl. hierzu ausführlicher oben S. 119f. Auch die Affäre Lazarévitch war von einiger Bedeutung: Nicolas I. Lazarévitch, Sohn in Belgien und Frankreich lebender russischer Revolutionäre, der dem Anarchismus nahestand, war nach der Oktoberrevolution nach Sowjetrussland gegangen. Wegen oppositioneller Tätigkeit wurde er 1924 verhaftet und erst 1926 aufgrund zahlreicher internationaler Proteste wieder freigelassen. Er kehrte im Oktober 1926 nach Frankreich zurück. Vgl. hierzu Fauré u. Lazarévitch: Nicolas Ivanovitch Lazarévitch. Über diese Affäre gut informiert war etwa Maurice Wullens, der während seiner Sowjetunionreise im September 1925 versuchte, die Freilassung von Lazarévitch zu erwirken. Vgl. Wullens: Paris – Moscou – Tiflis, S. 85.

Kontexten und Netzwerken ergaben, in denen die Linksintellektuellen verkehrten, noch mehr als die Lektüre von Reiseberichten und anderer Literatur dazu beigetragen haben, das unübersichtliche Informationsangebot in Presse und Publizistik zu kanalisieren.

Daraus sollte jedoch nicht gefolgert werden, dass die Erwartungen der untersuchten Reisenden ausschließlich von jenen Vorstellungen, Interpretationen und Informationen geprägt waren, die ohnehin der eigenen Weltsicht entsprachen, und dass die Mehrheit der Autoren in der Sowjetunion ein völlig wirklichkeitsfernes Wunderland real gewordener Utopie vermutete. Zu gewichtig waren, trotz aller Unsicherheiten in der Berichterstattung, kritische Stimmen der seriösen Presse und zu groß war die Vielfalt an oftmals auch skeptischen Meinungen in der „engagiert und kontrovers geführte[n], differenzierende[n] Diskussion“[359] zum sowjetischen Experiment im linken Spektrum: Kein ernsthaft interessierter Beobachter konnte hiervor die Augen völlig verschließen.

[359] Bachmann: Zwischen Paris und Moskau, S. 110.